

Diplomarbeit

Die „Sustainable Development Goals“ in den G7

Institut für Wald-, Umwelt und Ressourcenpolitik
Betreut von Assoc. Prof. Mag. Dr. Reinhard Steurer

Mag. Andrea Mutter

09805833

H 066 427

Masterstudium Umwelt- und
Bioressourcenmanagement

Hadersfelderweg 4

3423 St. Andrä-Wördern

Tel: 0650/ 7300288

Mail: andrea.mutter@enemy.org

St. Andrä-Wördern, am 11.10.2020

Eidesstaatliche Erklärung

Ich erkläre eidesstattlich, dass ich die Arbeit selbständig angefertigt habe. Es wurden keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Formulierungen und Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Diese schriftliche Arbeit wurde noch an keiner Stelle vorgelegt.

Andrea Mutter

St. Andrä-Wördern, Oktober 2020

Kurzfassung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der UN (SDGs) und deren Implementierung in den G7-Staaten. Dabei stehen Governance-Strukturen und der Mehrwert der SDGs für politischen Wandel im Vordergrund.

Die Arbeit geht zuerst generell auf integrierte Strategien und Nachhaltigkeitsstrategien ein, denen auch die SDGs zuzuordnen sind. Anschließend werden die Fragen erörtert, ob Änderungen der staatlichen Prioritäten stattfanden, was in den Staaten zur Umsetzung unternommen wurde, ob staatliche Akteure die Umsetzung der SDGs aktiv betreiben und welche Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede es zwischen den Staaten gibt.

Als Methoden liegen der Arbeit eine Literaturstudie, vor allem staatlicher Policy-Dokumente und Leitfäden der UN, sowie ein systematischer Vergleich der Staaten zugrunde.

Zentrale Ergebnisse der Arbeit sind, dass etwa die Hälfte der Staaten ihre Nachhaltigkeitsstrategien nicht den SDGs angepasst haben. Davon schenken zwei Staaten den SDGs im Inland keinerlei Beachtung. In drei Staaten wurden neue Ziele in die Nachhaltigkeitsstrategien übernommen und staatliche Strukturen für die SDGs geschaffen, in den restlichen Staaten wurden keine neuen Strukturen zur Umsetzung der SDGs geschaffen. In sechs Staaten wurden hochrangige Akteure für die SDGs ernannt. Die Vereinigten Staaten setzten als einziger Staat keinerlei Aktivitäten zu den SDGs, mit einer Ausnahme: Einzig das Monitoring nachhaltiger Entwicklung mit Indikatoren wurde von allen G7-Staaten implementiert.

Insgesamt sind keine oder nur geringe Änderungen in den Policies und der Governance der Staaten durch die SDGs wahrzunehmen. Von einer Umsetzung der SDGs kann kaum gesprochen werden, auch weil die staatlichen Strukturen für sektorübergreifende Koordination auch nach fünf Jahren nicht angemessen sind. All das lässt darauf schließen, dass die SDGs für die G7 nur als symbolische oder simulierte Politik dienen ohne nennenswerte Relevanz für wichtige politische Entscheidungen.

Abstract

This thesis analyses the implementation of the UN Sustainable Development Goals (SDGs) in the G7 states. It focuses on changes in the governance structures through the SDGs and their added value for policy change.

Initially, the thesis introduces integrated and sustainability strategies in general, and the SDGs in particular. Then it explores whether governments have changed their policy priorities, their environmental governance, and to what degree government officials actively promote the implementation of the SDGs. The seven case studies on SDG implementation are then compared to identify similarities and differences.

The thesis relies on desk research. Apart from academic literature on sustainability governance and SDGs, it made extensive use of public policy documents, UN guidelines and reports, and a systematic comparison of the seven cases.

Main results of the thesis are that about half of the countries have not changed their sustainability strategies due to the SDGs. Thereof two countries have not given the SDGs any attention in their domestic politics. In three countries new targets were adopted into the national sustainability strategies and governmental structures for the implementation of the SDGs were created, while in the rest of the countries no new structures were created. In six countries high-level actors were nominated for the SDGs. The United States was the only country not to set any activities for the SDGs at all, with one exception: merely the monitoring of sustainable development by indicators has been implemented by all G7 countries.

Little or no changes in the policies and governance of the states can be observed since the SDGs have been adopted. An implementation of the SDGs is hardly visible, also because governmental structures for cross-sectoral policy-making are even after five years still inadequate. This suggests that the SDGs serve mainly as symbolic or simulated policies for the G7 without noteworthy relevance for policy-making.

Inhalt

1	Einleitung	10
1.1	Problemstellung	11
1.2	Ziele und Fragestellungen	12
1.3	Methode	13
2	Integrierte Strategien und Nachhaltigkeitsstrategien	15
2.1	Geschichte seit Rio	15
2.2	Einordnung und Geschichte der integrierten Strategien	17
2.3	Merkmale und Funktionen integrierter Strategien	21
2.3.1	Merkmale integrierter Strategien	21
2.3.2	Horizontale und Vertikale Policy-Integration	22
2.3.3	Exkurs: Governance by Goal Setting	23
2.3.4	Nachhaltigkeitsstrategien	24
2.3.5	Funktionen von Nachhaltigkeitsstrategien	25
2.4	Kritik und Hindernisse	26
2.5	Fazit zu Nachhaltigkeitsstrategien und ihrer Relevanz für die Sustainable Development Goals	28
3	Sustainable Development Goals (SDGs)	30
3.1	Entstehungsgeschichte der SDGs	30
3.1.1	Open Working Group (OWG)	30
3.1.2	High Level Events der Staaten	31
3.1.3	Rolle des High-level Political Forum	31
3.1.4	Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung	32
3.2	Zusammenfassung der SDGs	34
3.3	Governance-Vorgaben in den SDGs	36
3.3.1	Nationale Umsetzung mit internationaler Unterstützung	36
3.3.2	Entwicklung nationaler Indikatoren und	

Nationale Freiwillige Überprüfungen (National Voluntary Reviews)	37
3.3.3 Follow-up und Review	37
3.4 Kritik an den SDGs	38
4 Umsetzung der SDGs in den G7	40
4.1 G7-Staaten allgemein	40
4.1.1 SDGs bei den G7-Treffen	40
4.1.2 Ergebnisse des „SDG Index and Dashboard Report“	45
4.2 Deutschland	48
4.2.1 Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland.....	48
4.2.2 Inhalte der deutschen Nachhaltigkeitspolitik und Veränderungen seit den SDGs.....	50
4.2.3 Governance, Institutionen und Veränderungen seit den SDGs.....	50
4.2.4 Monitoring der SDGs.....	55
4.2.5 Fazit zum Mehrwert der SDGs.....	55
4.3 Frankreich	56
4.3.1 Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Frankreich.....	56
4.3.2 Inhalte der französischen Nachhaltigkeitsstrategie und Veränderungen seit den SDGs	57
4.3.3 Governance, Institutionen und Veränderungen seit den SDGs.....	58
4.3.4 Monitoring der SDGs.....	60
4.3.5 Fazit zum Mehrwert der SDGs.....	60
4.4 Italien	61
4.4.1 Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Italien	61
4.4.2 Inhalte der italienischen Nachhaltigkeitsstrategie und Veränderungen seit den SDGs	61
4.4.3 Governance, Institutionen und Veränderungen seit den SDGs.....	63
4.4.4 Monitoring der SDGs.....	64

4.4.5	Fazit zum Mehrwert der SDGs.....	65
4.5	Japan.....	65
4.5.1	Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Japan.....	65
4.5.2	Inhalte der Japanischen Nachhaltigkeitspolitik und Veränderungen seit den SDGs	66
4.5.3	Governance, Institutionen und Veränderungen seit den SDGs.....	68
4.5.4	Monitoring der SDGs.....	70
4.5.5	Fazit zum Mehrwert der SDGs.....	70
4.6	Großbritannien.....	71
4.6.1	Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Großbritannien	71
4.6.2	Inhalte der britischen Nachhaltigkeitspolitik und Veränderungen seit den SDGs	72
4.6.3	Governance, Institutionen und Veränderungen seit den SDGs.....	73
4.6.4	Monitoring der SDGs.....	75
4.6.5	Fazit zum Mehrwert der SDGs.....	75
4.7	Kanada	76
4.7.1	Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Kanada	76
4.7.2	Inhalte der kanadischen Nachhaltigkeitspolitik und Veränderungen seit den SDGs	77
4.7.3	Governance, Institutionen und Änderungen seit den SDGs.....	77
4.7.4	Monitoring der SDGs.....	79
4.7.5	Fazit zum Mehrwert der SDGs.....	79
4.8	USA	80
4.8.1	Historie der Nachhaltigkeitspolitik in den USA	80
4.8.2	Inhalte der US-amerikanischen Nachhaltigkeitspolitik und Veränderungen seit den SDGs	80
4.8.3	Governance, Institutionen und Änderungen seit den SDGs.....	80
4.8.4	Monitoring der SDGs.....	82

4.8.5	Fazit zum Mehrwert der SDGs.....	82
5	Vergleich	83
5.1	Inhaltliche Aspekte.....	83
5.2	Umsetzung: Strukturen und Maßnahmen	84
5.3	Staatliche Akteure zur Umsetzung der SDGs	86
5.4	Zusammenfassung von Ähnlichkeiten und Unterschieden	88
6	Schlussfolgerungen.....	90
6.1	Diskussion zum Mehrwert der SDGs	93
6.2	Ausblick.....	96
7	Literatur.....	98

Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

Abbildung 1: Piktogramme der SDGs; UN (2018)	10
Abbildung 2: Graphische Darstellung der für die Nachhaltigkeitsstrategie verantwortlichen Institutionen (Quelle: Die Bundesregierung, 2016)	52
Abbildung 3: Prozess zur Implementierung der Agenda 2030 in Italien (Quelle: Italian Ministry for the Environment Land and Sea, 2017)	64
Abbildung 4: Struktur der SDG Initiative in Japan (Quelle: Cabinet Office Japan, 2018)	69

Tabellen

Tabelle 1: Zeitleiste der Konferenzen und Berichte zur Nachhaltigkeit	19
Tabelle 2: Erwähnungen von SDG-relevanten Themen in den Abschlusserklärungen der G7 Gipfeltreffen ohne konkrete Nennung der SDGs.....	42
Tabelle 3: Wörtliche Erwähnung der SDGs oder Agenda 2030 in den G7 Abschlussdokumenten	44
Tabelle 4: Auszug der Ergebnisse der Umfrage zur nationalen Koordination und Implementierung der SDGs in den G20 Staaten (vgl. Sachs et al., 2018).....	46
Tabelle 5: Identifizierung von nationalen Schlüsselindikatoren durch das nationale Statistikinstitut oder ähnliche Institutionen (Quelle: Sachs et al., 2018).....	47
Tabelle 6: Bemühungen der Regierungen zur Implementierung der SDGs (Quelle: Sachs et al., 2019)	48
Tabelle 7: Prinzipien nachhaltiger Entwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Quelle: Die Bundesregierung, 2018a).....	54
Tabelle 8: Die acht vorrangigen Bereiche in den Zielen der SDGs in Japan (Quelle: Division for Sustainable Development Goals, 2017).	67
Tabelle 9: Zuordnung der acht vorrangigen Bereiche zu den fünf Ps (Quelle: Ministry of Foreign Affairs Japan, 2017)	67
Tabelle 10: Staatliche Akteure und deren Aktivitäten zur Umsetzung der SDGs.....	87

1 Einleitung

Seit den 1970er Jahren ist nachhaltige Entwicklung immer wieder Thema auf großen Gipfelkonferenzen der Vereinten Nationen (UN). Seit damals wurden regelmäßig entsprechende Zusagen gemacht, Strategien entwickelt und Konventionen unterzeichnet. Trotzdem geht die Durchsetzung der Gipfelergebnisse auch heute noch äußerst zögerlich voran.

In den letzten zwei Jahrzehnten waren vor allem die von der UN im Jahr 2000 beschlossenen Millenniumsziele zur nachhaltigen Entwicklung ausschlaggebend. Davor war die Agenda 21 aus dem Jahr 1992 ein bedeutender Meilenstein. In den bis zum Jahr 2015 gültigen Zielen wurde ein starker Fokus auf Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung in Entwicklungsländern gelegt. Ökologische Ziele kamen darin nur am Rande vor. Insgesamt blieben einige der acht Ziele unerfüllt. Diese unerfüllten Ziele, aber auch neue umweltbezogene Ziele, wurden im Jahr 2015 in die Sustainable Development Goals (SDGs) übergeleitet. Wie in dem dazu gehörenden Dokument, der Agenda 2030, nachzulesen ist, sollen die SDGs die Menschheit bis zum Jahr 2030 in ihrer nachhaltigen Entwicklung unterstützen und diese stärken.



Abbildung 1: Piktogramme der SDGs; UN (2018)

<http://www.un.org/sustainabledevelopment/news/communications-material> (21.03.2018)

Eine bedeutende Neuerung zu den Millenniumszielen ist, dass Industriestaaten und Entwicklungsländer von den SDGs gleichermaßen angesprochen werden und sich nicht nur die Entwicklungsländer nachhaltig entwickeln sollen. So sind auch die G7-Staaten angesprochen, nachhaltige Entwicklung nicht nur durch Unterstützung anderer Staaten, sondern auch im Inland zu fördern. Die G7-Staaten setzen sich aus

Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und den Vereinigten Staaten zusammen. Auf dem G7-Gipfel in Ise-Shima im Jahr 2016 haben sich die G7-Staaten dezidiert zu den SDGs bekannt. Wie in Abbildung 1 zu sehen ist, sind die SDGs umfassend und allgemein gültig und beziehen alle Bereiche der Nachhaltigkeit mit ein (United Nations General Assembly, 2015, 3).

Für die Implementierung der SDGs ist die Errichtung von eigenen Governance-Strukturen nötig. Das bedeutet, dass dafür eigene Regierungsstellen aufgebaut werden müssen, die für die SDGs zuständig sind. Nur mit adäquaten Governance-Strukturen ist eine koordinierte staatliche Umsetzung der SDGs überhaupt möglich. Gerade diese Strukturen können allerdings auch Probleme in der Umsetzung von Strategien verursachen. Unter anderem können Schwierigkeiten durch die schlechte Einbindung von integrierten Strategien in klassische Politikfelder und Strukturen entstehen. Die Ausprägung der von den G7-Staaten aufgebauten Governance-Strukturen zur Umsetzung der SDGs soll in dieser Arbeit analysiert werden.

1.1 Problemstellung

Die SDGs sind für alle Staaten gleichermaßen gültig. In den bis zum Jahr 2030 geltenden Zielen ist festgelegt, welche Meilensteine in den verschiedenen Bereichen bis zu diesem Jahr erreicht sein sollen. Es sollen bis dahin beispielsweise Hunger und Armut verschwunden sein (SDG1, SDG2). Die SDGs sollten seit dem Jahr 2015 von den Mitgliedsstaaten der UNO auf nationaler Ebene implementiert werden.

Für die 17 Nachhaltigkeitsziele wurden im Rahmen der UN 169 Unterziele erarbeitet, deren Erreichungsgrad mit Hilfe von insgesamt 230 Indikatoren gemessen wird. Nach diesen Unterzielen sollten die Mitgliedstaaten Maßnahmen ausarbeiten.

Die G7-Staaten spielen eine besonders wichtige Rolle bei der Erreichung der SDGs, einerseits durch ihre wirtschaftliche Reichweite, aber auch was die Entwicklungszusammenarbeit betrifft. Gerade die G7-Staaten als die bedeutendsten Industriestaaten haben eine große Verantwortung, sich für die nachhaltige Entwicklung der Welt einzusetzen. Das ist durch die allgemein gültigen SDGs in einer Weise möglich, wie es bisher nicht der Fall war. Die G7-Staaten verfügen über die Mittel zur Umsetzung der SDGs und eine große Vorbildwirkung auf andere Staaten. Daher wäre es wünschenswert, wenn diese Staaten sich der Umsetzung der SDGs mit besonderer Motivation widmen würden.

Der Blick auf die G7-Staaten in Bezug auf diese Umsetzung ist vor allem deshalb interessant, weil diese als mächtigste Industrienationen die Nachhaltigkeitsstrategien

auch bei anderen Staaten beliebter machen könnten. Dazu müssten sie die Bedeutung der SDGs aber zuerst selbst akzeptieren und sich auch inhaltlich zu diesen verpflichten. Wenn selbst die G7-Staaten keine ernsthaften Maßnahmen zur Umsetzung in die Wege leiten, kann es auch von anderen Staaten kaum erwartet werden.

In meiner Diplomarbeit möchte ich untersuchen, wie sich die weltweit größten Industriestaaten für die Erreichung der SDGs engagieren. Die Frage nach der Umsetzung der SDGs durch die G7-Staaten wurde in dieser Form meines Wissens nach bisher nicht wissenschaftlich untersucht. Zur Umsetzung der SDGs allgemein sind bereits erste Studien erschienen, die Vergleiche zwischen den Staaten herstellen, zum Beispiel von Sachs et al. (2018 und 2019).

Ich werde in dieser Arbeit die inhaltliche Ausgestaltung und die Umsetzung der SDGs in den Staaten der G7 darstellen und miteinander vergleichen. In diesen Staaten ist die Herangehensweise an die SDGs schon auf den ersten Blick sehr unterschiedlich. Während beispielsweise Kanada relativ viele Strukturen zur Umsetzung der SDGs errichtet hat, ist es für die USA schwierig, überhaupt Informationen zu den SDGs zu finden.

1.2 Ziele und Fragestellungen

Für die Umsetzung der SDGs ist, wie schon oben erwähnt, der Aufbau von staatlichen Strukturen wichtig. Diese sind der erste Schritt für eine erfolgreiche Implementierung. Mit meiner Diplomarbeit möchte ich analysieren, wie die G7 die SDGs inhaltlich ausgestalten, inwiefern diese Strukturen und Prozesse für die Erreichung der SDGs implementiert haben. Dafür werden nationale Prioritäten und Governance-Strukturen beziehungsweise -Prozesse im Detail betrachtet. Schließlich werden nationale Herangehensweisen miteinander verglichen. Ziel der Arbeit ist es auch, herauszufinden, wer die zentralen Akteure bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien sind und inwiefern sich das auf die Umsetzung auswirkt.

Ein Vergleich zeigt die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den Staaten auf. Die Analyse und der Vergleich der Governance zu den SDGs in den einzelnen Staaten der G7 werden in dieser Arbeit mit folgenden Fragestellungen erarbeitet.

Frage 1: Lassen sich bei der Umsetzung der SDGs staatliche Prioritäten erkennen? Wenn ja, wie wurden diese gesetzt und wie werden sie verfolgt?

Frage 2: Was wurde von den G7-Staaten seit dem Jahr 2015 unternommen, um die SDGs umzusetzen?

- Was wurde angekündigt, was wurde tatsächlich umgesetzt? Mit welcher Begründung?
- Welche Institutionen, Governance-Prozesse beziehungsweise - Mechanismen wurden dafür etabliert? Inwiefern sind diese auch tatsächlich operativ tätig?

Frage 3: Gibt es wichtige staatliche Akteure, die die Umsetzung der SDGs in den Staaten voranbringen wollen? Wenn ja, wer sind diese und was für Aktivitäten setzen sie?

Frage 4: Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede gibt es in den Staaten in Bezug auf Governance zu den SDGs? Wie lassen sich diese erklären?

1.3 Methode

Diese Diplomarbeit ist eine reine Literaturanalyse. Dabei stehen Policy-Dokumente der G7-Staaten (inklusive offizielle Monitoring-Berichte) im Vordergrund. Neben den von den Staaten herausgegebenen Dokumenten, Protokollen, Gesetzestexten und Infobroschüren spielt vor allem der Online-Auftritt der Staaten zum Thema Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. In diesen Quellen sind Beschreibungen über Pläne für oder die Errichtung von staatlichen Strukturen zur Implementierung der SDGs und partizipative Veranstaltungen interessant. Darüber hinaus habe ich auch die von der UN erstellten Dokumente und Leitfäden für die Umsetzung der SDGs, sowie die Nachhaltigkeitshomepage der UN ausführlich zur Literaturrecherche herangezogen.

Neben den Dokumenten der Staaten, nationaler und internationaler Organisationen stellen wissenschaftliche Studien das zweite Standbein meiner Literaturanalyse dar. Hier werde ich wissenschaftliche Texte zur Implementierung der SDGs, sowie wissenschaftliche Literatur zu integrierten Strategien, den Hintergründen der SDGs allgemein und der Nachhaltigkeitspolitik der G7-Staaten in den Vordergrund stellen. Das Hauptaugenmerk liegt neben den im Theorieteil der Arbeit dargestellten integrierten Strategien auf den Studien und Vergleichen der Implementierung der SDGs auf nationaler Ebene. Weitere wichtige Quellen werden Fortschrittsberichte und Stellungnahmen von nicht-staatlichen Akteuren (vor allem NGOs), sowie Medienberichte sein.

Der Vergleich der einzelnen Fälle wird nach Yin (1994) mit einer „Cross-Case Analyse“ stattfinden. In dieser fallübergreifenden Ergebnisanalyse werden die einzelnen Fälle zuerst individuell (within-case) untersucht, um anschließend miteinander verglichen zu werden. So können Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den Fällen

systematisch herausgearbeitet werden. Vor allem die Fragen nach dem „Was“, „Wer“ und „Wie“ sollen so geklärt werden (Yin, 1994). Ziel dieser Analyse ist die Einteilung der Staaten in Gruppen mit ähnlichen Handlungsweisen.

2 Integrierte Strategien und Nachhaltigkeitsstrategien

2.1 Geschichte seit Rio

Seit dem Beginn der 1970er Jahre wurden weltweit immer mehr Umweltprobleme erkannt, die durch den Menschen entstanden sind. Nicht nur die Industrie und der Abbau von Rohstoffen waren Gründe dafür diese Probleme, auch der extensive Lebensmittelanbau und der immer stärker werdende Verkehr zählten zu den Verursachern. Parallel wurde auch die immer größer werdende Armutsschere zunehmend zu einem Thema, für das sich die Weltpolitik interessierte. Seit diesem Jahrzehnt fanden regelmäßig Gipfelkonferenzen zu den Themen Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung statt. Eines der bedeutendsten dieser Gipfeltreffen war die UN Konferenz in Rio de Janeiro im Juni 1992. Die „Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung“ wurde mehrere Jahre lang vorbereitet und schließlich mit 10.000 Teilnehmern und Delegationen aus 178 Staaten abgehalten. Auf der Konferenz wurden einige weitreichende Ergebnisse erzielt. Diese sind

- die Deklaration über Umwelt und Entwicklung,
- die Klimarahmenkonvention,
- die Walddeklaration,
- die Agenda 21,
- die Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung und
- die Biodiversitätskonvention (Aachener Stiftung Kathy Beys, 2015).

Die wichtigsten inhaltlichen Ergebnisse der Rio-Deklaration waren unter anderem die erstmalige Verankerung des globalen Rechts auf nachhaltige Entwicklung (Aachener Stiftung Kathy Beys, 2015) und die Anerkennung des Vorsorge- und Verursacherprinzips (der westlichen Industriestaaten) als Leitprinzip (Aachener Stiftung Kathy Beys, 2015). Auch die Notwendigkeit der Armutsminderung und die Einbindung des Umweltschutzes in alle Politikbereiche (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2019) wird im Abschlussdokument erwähnt. Neben der Rio-Deklaration ist das bedeutendste Ergebnis der Konferenz die Agenda 21 für die weltweite Nachhaltigkeitspolitik. Mit der Agenda 21 gibt es erstmals ein internationales Aktionsprogramm für eine Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2019). Sie verpflichtet Staaten dazu, auf nationaler Ebe-

ne nachhaltige Entwicklung planen zu müssen, und zwar unter Einbeziehung von NGOs und anderen Institutionen (Aachener Stiftung Kathy Beys, 2015).

Die erste Folgekonferenz nach Rio, Rio +5, fand im Jahr 1997 in New York statt. Die Ergebnisse dieser Konferenz wurden als eher dürftig angesehen. Sie diente für die Staaten hauptsächlich dazu, ihre Fortschritte beziehungsweise ihr „Nicht-Vorankommen“ im Umweltschutz und in der nachhaltigen Entwicklung festzustellen. Das Abschlussdokument enthielt nur wenige konkrete Verpflichtungen für die Staaten und wurde sehr neutral gehalten, vor allem weil die Finanzierung der Maßnahmen ein großer Streitpunkt zwischen den Staaten im Norden und denen des Südens war. Da im Vergleich zum Jahr 1992 ein Anstieg an Treibhausgasen festgestellt wurde, wurde aber festgelegt, dass auf der ebenfalls im Jahr 1997 stattfindenden Klimakonferenz in Kyoto eine verpflichtende Regelung für Industriestaaten entstehen sollte (Aachener Stiftung Kathy Beys, 2015).

Auf der UN Klimakonferenz in Kyoto im Jahr 1997 wurde das Kyoto-Protokoll erstellt, das eine verpflichtende Reduktion der Treibhausgasemissionen für einige Industriestaaten bis zum Jahr 2012 vorsah (Aachener Stiftung Kathy Beys, 2015).

Auf der nächsten Folgekonferenz, dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahr 2002, wurden keine neuen Beschlüsse gefasst. Stattdessen wurde die Finanzierung und die Umsetzung der Ergebnisse von Rio 1992 mit genaueren Terminen und verbindlichen Vereinbarungen weiterentwickelt und in einem Aktionsplan zusammengefasst (Spindler, 2011).

Das bisher letzte Gipfeltreffen zum Thema Nachhaltigkeit, die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, fand im Jahr 2012 ebenfalls in Rio statt. Auf dieser auch Rio +20 genannten Konferenz wurde erstmals das Prinzip der „Green Economy“ genannt und ein Bekenntnis der Staatengemeinschaft dazu abgegeben. Das Ziel der „Green Economy“ war es, wirtschaftliches Wachstum ökologisch und sozialverträglich zu gestalten (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2019). Auf dieser Konferenz wurde auch die Schaffung von nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) beschlossen. Nach zwei Jahren Entwicklungsarbeit wurden die SDGs im Jahr 2014 vorgestellt und im Jahr 2015 in die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung integriert (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2019).

In die Agenda 2030 ging aber nicht nur die Nachhaltigkeitsagenda aus dem Rio-Prozess ein, sondern auch die Armuts- und Entwicklungsagenda der Millenniums-

Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs), kurz Millenniumsziele. Diese waren für den Zeitraum vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2015 gültig und werden oft als direkte Vorgänger der SDGs genannt.

Die acht Millenniumsziele waren folgendermaßen definiert:

- Extreme Armut und Hunger bekämpfen (MDG 1)
- Allgemeine Grundschulbildung verwirklichen (MDG 2)
- Die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rolle von Frauen stärken (MDG 3)
- Die Kindersterblichkeit senken (MDG 4)
- Die Gesundheit von Müttern verbessern (MDG 5)
- HIV/Aids, Malaria und andere schwere Krankheiten bekämpfen (MDG 6)
- Die ökologische Nachhaltigkeit sichern (MDG 7)
- Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen (MDG 8) (vgl. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2019)

Wie oben zu sehen, ist die Formulierung der Ziele sehr klar. Auch ihr Zeitrahmen ist genau definiert. Vielleicht waren das die Gründe dafür, wieso die Millenniumsziele nicht vollständig erfüllt wurden. Ihre größten Fortschritte waren die Halbierung der Armut und der Mütter- und Kindersterblichkeit (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2019).

2.2 Einordnung und Geschichte der integrierten Strategien

Politische Strategien lassen sich nach verschiedenen Mustern einordnen. Nach der Schule der Planung in der Strategieentwicklung werden die Aktivitäten einer Organisation nach einem dokumentierten Plan oder einer Strategie in einer systematischen Art betrieben. Diese Art der Planung war vor allem in den 1960er und 1970er Jahren, teilweise auch bis in die 1990er Jahre vorherrschend. Das gegenteilige Modell ist die sogenannte Learning School, die auf Versuch und Irrtum basiert. Hier entstehen Strategien durch den informellen und gegenseitigen Austausch von Beteiligten. Zwischen diesen beiden Extrempositionen gibt es viele andere Arten von Strategien. Eine davon sind die Nationalen Strategien für nachhaltige Entwicklung (NSSDs), die weder auf reiner formaler Planung noch auf reinem Inkrementalismus basieren (Martinuzzi und Steurer, 2005)

Nur wenige Staaten erstellten bereits vor dem Erscheinen des Brundtland Berichts 1987 eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Erst nach dem Bericht wurden diese mehr, allerdings wurden sie eher als Checklisten oder Ideensammlungen verwendet,

nicht als verbindliche Pläne mit politischer Relevanz. Mit der Agenda 21 (UNCED, 1992) gelang ein weiterer großer Schritt in Richtung Nachhaltigkeitsberichterstattung. Zu den Aussagen des Dokuments gehört der Wunsch, Umwelt und Entwicklung in politische Entscheidungen zu integrieren. Da die Agenda 21 keine zeitliche Regelung beinhaltet, entwickelten auch hier nur wenige Staaten in den darauffolgenden Jahren eine Nachhaltigkeitsstrategie. Die meisten Staaten hielten ihren umweltpolitischen Plan für ausreichend. Daher wurde für das Jahr 2002 (Rio +5) die Formulierung von adäquaten Nachhaltigkeitsstrategien für alle Staaten festgelegt. Als daraufhin zwar viele Staaten bis zum Jahr 2002 eine Nachhaltigkeitsstrategie vorbereiteten, aber die Auslegung dank der offenen Formulierung der Agenda 21 noch immer Probleme bereitete, wurden von der UN die folgenden Richtlinien für die Nachhaltigkeitsstrategien erschaffen:

Der Inhalt der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien soll

- 1) auf einer gründlichen Analyse der ökonomischen und wirtschaftlichen Daten basieren,
- 2) eine regierungsunabhängige Langzeitvision liefern,
- 3) auf existierenden Policies, Strategien und Plänen aufbauen,
- 4) Ökonomische, Soziale und Umwelt-Policies integrieren, und
- 5) klare, erreichbare Ziele bieten.

Des Weiteren sollen nationale Nachhaltigkeitsstrategien

- a) transparent sein,
- b) auf vertrauensvollen Partnerschaften und die weitest mögliche Partizipation aufbauen,
- c) nationale und lokale Ebenen verbinden, zum Beispiel durch die Dezentralisierung von detaillierter Planung, Implementierung und Monitoring,
- d) verschiedene Bewertungsmethoden enthalten,
- e) flexibel sein,
- f) durch adäquate institutionelle Kapazitäten und hochrangige politische Erkenntnisse abgedeckt sein,
- g) über klare Zeitrahmen zur Implementierung verfügen, und
- h) Prioritäten und Ziele für den Budgetprozess bereitstellen.

Die wenigsten nationalen Nachhaltigkeitsstrategien erfüllen alle diese Kriterien, aber, um als solche zu gelten, müssen Strategien zumindest auf eine Langzeitintegration von umwelt-, sozialen- und ökonomischen Policies abzielen, klare Ziele dazu haben und integrative Mechanismen erleichtern (Martinuzzi und Steurer, 2005).

In den meisten Staaten ist das Umweltministerium mit der Entwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien betraut. Dort sind es zumeist Beamte, die sich um die detaillierten Formulierungen kümmern. Fast alle Staaten versuchten, die Öffentlichkeit mit in die Formulierung einzubeziehen, waren aber enttäuscht über die fehlende Beteiligung. Nachdem die Beamten einen fertigen Textvorschlag entwickelt hatten, wurde dieser von den politischen Entscheidungsträgern überarbeitet und abgeändert. Die daraus entstandenen Texte sind eher politische Dokumente der jeweiligen Regierung als gesellschaftlicher Konsens oder Visionen (Martinuzzi und Steurer, 2005).

Die inhaltlichen Gemeinsamkeiten der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Verbindung zwischen der sozialen, der ökonomischen und der ökologischen Dimension ist schwach. Die nationalen Nachhaltigkeitsstrategien sprechen sektorale, Sektor-übergreifende und territoriale Themen an, verfügen aber nicht über eine Priorisierung. Wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Indikatoren-Sets sind entweder schon in der Strategie integriert oder später dazu gefügt (Martinuzzi und Steurer, 2005).

Tabelle 1: Zeitleiste der Konferenzen und Berichte zur Nachhaltigkeit

Jahr	Titel	Ort
1972	UNO-Konferenz über die Menschliche Umwelt	Stockholm
1972	Club of Rome – Bericht: Grenzen des Wachstums	Rom
1987	Brundtland Report: Unsere gemeinsame Zukunft	
1992	UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung	Rio de Janeiro
1997	Rio +5	Johannesburg
1997	UN-Klimakonferenz	Kyoto
2000	Millenniums-Gipfel der Vereinten Nationen	New York
2002	Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) (Johannesburg
2012	Rio +20	Rio de Janeiro

Bis in die 1980er Jahre waren sektorale Pläne und Policies die vorrangige Methode, um Umweltprobleme in die Politik aufzunehmen. Nachdem die Umweltprobleme in der darauffolgenden Zeit immer komplexer wurden und nicht mehr nur einer Quelle

zugeordnet werden konnten, reichten diese sektoralen Mechanismen nicht mehr aus, um sie erfolgreich zu bekämpfen. Daher wechselten seit den 1990er Jahren Politiker weltweit auf integrierte, multi-sektorale Strategien, um komplexe Umweltprobleme zu lösen. Allerdings wurde der Aufschwung der Nachhaltigkeitsstrategien durch die Klimakrise in den Jahren 2007 und 2008 durch die Wirtschaftskrise rund um das Jahr 2010 stark gebremst und ihre Bedeutung abgeschwächt (Casado-Asensio und Steuerer, 2013; Nordbeck und Steuerer, 2016).

Als integrierte Strategien kann man beispielsweise „große“ Programme sehen, die mehrere Sektoren, Governance-Levels und Akteure gleichzeitig ansprechen. Aber auch Programme, die sich nur auf einige wenige Regionen oder Sektoren konzentrieren, fallen unter integrierte Strategien. Ihnen gemeinsam ist, dass sie im Gegensatz zu vorhergehenden Ansätzen mehrere Ziele realisieren, und dabei Policy-Instrumente systematisch verwenden, so dass sich die Ziele in den verschiedenen Sektoren gegenseitig unterstützen und verstärken. Integrierte Strategien sind grundsätzlich Sektor-übergreifend (Casado-Asensio und Steuerer, 2013).

Neben ihrer Funktion als Policy-Dokumente dienen die integrierten Strategien auch als zyklische Governance- und Kapazitätsbildungs-Prozesse. Als Policy-Dokumente sollen sie einen multisektoralen Politikbereich durch Schlüsselprinzipien, Werte und Policy-Ziele kreieren. Als zyklischer Governance-Prozess ist ihre Aufgabe, Policies besser horizontal über Sektoren, und vertikal über Regierungsebenen zu integrieren (Nordbeck und Steuerer, 2016).

Derzeit sind integrierte Strategien ein oft genutzter Weg zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen. Unter Integration wird verstanden, dass die Ziele eines Politikfeldes oder einer politischen Ebene in einem anderen Politikfeld (bei horizontaler Integration) oder einer Ebene (bei vertikaler Integration) berücksichtigt werden. Für eine optimale integrierte Strategie geben Rayner und Howlett zwei Designkriterien vor: Einerseits die Notwendigkeit, dass mehrere Ziele gleichzeitig kohärent verfolgt werden können und zweitens, dass die Zusammensetzung der Policy-Instrumente konsistent ist und alle die gleichen Ziele verfolgen (Rayner und Howlett, 2009).

Die Wirkung dieser integrierten Strategien ist durchaus umstritten, da damit oft nur wenige konkrete Ergebnisse geschaffen werden. Manche Policies sind besser koordiniert und schlüssiger als andere. Das betrifft vor allem Policies, die von Schlüsselakteuren unterstützt werden, oder wenn die Rhetorik der Policy mit den Ansichten einer Interessensgruppe zusammenfällt und dafür Verhandlungen und Networking betrieben wird. Auch die Organisationsstrukturen und Governance-Mechanismen,

durch die die Policies koordiniert werden, haben Auswirkung auf ihr Gelingen (Nordbeck und Steurer, 2016).

Eine Art dieser integrierten Strategien sind solche zur nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Strategies - SDS), bei denen versucht wird, die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit über Sektoren und räumliche Ausdehnungen (scales) zu integrieren. Auch bei der Implementierung der SDGs sollten integrierte Strategien eine bedeutende Rolle spielen.

2.3 Merkmale und Funktionen integrierter Strategien

2.3.1 Merkmale integrierter Strategien

Mit integrierten Strategien wird versucht, ein Sektor-übergreifendes Politikfeld mit Schlüsselprinzipien, Werten und Policy-Zielen zu konstruieren. Diese Ziele werden durch Details zu Maßnahmen und Policy-Instrumenten komplementiert, die entweder in den Strategiepapieren selbst, oder in periodischen Aktionsplänen oder sektoralen Strategien zu finden sind. Eine zweite bedeutende Funktion der integrierten Strategien sind zyklische Regierungsprozesse, die sich hauptsächlich mit horizontaler und vertikaler Policy-Integration befassen. Horizontale Policy-Integration beschreibt die Integration über verschiedene Regierungssektoren hinweg. Vertikale Integration dagegen umfasst unterschiedliche Regierungsebenen. Daher sollten politische Akteure aus allen Sektoren und Regionen regelmäßig in die Arbeit an integrierten Strategien involviert werden. Ebenfalls bedeutende Faktoren für die integrierten Strategien sind Reflexivität und Lernen aus dem Monitoring. Das erfordert eine Institutionalisierung der integrierten Strategien, da nur so garantiert werden kann, dass aus den Konsequenzen der bisherigen Handlungen neue Schlüsse gezogen und etwas daraus gelernt werden kann. Die dritte bedeutende Funktion der integrierten Strategien ist die Bewusstseinsbildung und die Schaffung von Kapazitäten für ihren Zweck. Dazu gehört auch die Schaffung von Policy-Netzwerken und -routinen zum Monitoring und Reporting. Diese weicheren Kommunikationsaspekte dienen vor allem der Schaffung öffentlicher Wahrnehmung komplexer Umweltthemen. Integrierte Policies sind umfassende Regierungsprozesse, die jenen der Meta-Governance ähneln. Sie zielen darauf ab, Policy-Ziele effektiver zu erreichen, indem sie die Richtung, Struktur und Kontrolle der Regierungsarten, Policy-Instrumente und Akteure vorgeben. Das kann entweder durch eine Einigung auf Ziele und Policy-Instrumente in der Regierung geschehen, oder etwas weiter gefasst, durch Governance von Unternehmen und anderen zivilen Akteuren (Casado-Asensio und Steurer, 2013).

Integrierte Strategien sind in dreifacher Hinsicht eingeschränkt. Zum Ersten ist in der Achse Umwelt-Wirtschaft die Umwelt immer zweitrangig. Policies werden oft parallel zu integrierten Strategien geschaffen. Zweitens können auch integrierte Strategien die Aufspaltung der Politik nicht überwinden. Und drittens wird die Implementierung immer wieder von institutionellen oder sozialen Faktoren durchkreuzt. Meistens fehlt bei integrierten Strategien eine konkrete Priorisierung, da durch ihren übergreifenden Charakter die Verbindung zur wirtschaftlichen Realität und hochrangige politische Verpflichtungen fehlen. Integrierte Policies sind oft nicht fähig, die zur Zielerreichung benötigten Policies zu implementieren, da sie eher schwache administrative Routinen und niedrig-rangige Kommunikation betreiben. Weshalb viele Regierungen trotzdem an der Schaffung von immer neuen Integrierten Strategien festhalten, ist, dass diese für sie wenig kosten, Aktivität und Engagement vortäuschen und mit ihnen ein Kommunikationsmittel für die gesellschaftliche Zukunft zur Verfügung steht. So erfüllen sie neben einer rein symbolischen Politik doch einige Funktionen. Eine enger gefasste Integrationsstrategie wäre unter Umständen zielführender, auch wenn dadurch die Fragmentierung der Regierungsbereiche nicht so leicht überwunden werden können (Casado-Asensio und Steurer, 2013).

Bei der Einführung von integrierten Strategien findet eine Verschiebung von „command-and-control“ (harten) Policy-Instrumenten zu weichen Regulierungen, wie Informationspolitik, Partnerschaften oder freiwilligen Abkommen statt. Ein Beispiel dafür sind die Energielabels auf Haushaltsgeräten in der EU als verpflichtende Informationsoffenlegung. Hier wird eine bindende Regulierung mit einer Governance über die Märkte kombiniert (Nordbeck und Steurer, 2016).

2.3.2 Horizontale und Vertikale Policy-Integration

Horizontale Integration, also die Integration zwischen verschiedenen Ministerien auf der gleichen Ebene verlangt eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen diesen, die sich auf konkrete Strukturen verlassen kann. In der politischen Arbeit ist eine institutionalisierte Zusammenarbeit notwendig. Ein Beispiel dafür ist das Deutsche Nachhaltigkeitskomitee des Staatssekretärs, auf das im Kapitel 4.2.1 noch genauer eingegangen wird. Voraussetzung für eine hochrangige politische Koordination in nationalen Nachhaltigkeitsstrategien ist politischer Wille (Martinuzzi und Steurer, 2005).

Die meisten positiven Auswirkungen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien sind derzeit im administrativen Zweig der Regierungen zu sehen. Diese entstehen vor allem dadurch, dass auf der administrativen Ebene eine interministerielle Koordinati-

on und Zusammenarbeit stattfindet, die vorher in dieser Form nicht existiert hat. Diese Kooperation ist für viele Koordinatoren bedeutender als die Erreichung der eigentlichen Ziele. Es haben allerdings nur wenige Staaten sowohl im politischen als im administrativen Bereich Kooperationen zu Nachhaltigkeitsthemen zwischen den Ministerien am Laufen (Martinuzzi und Steurer, 2005).

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung hat in mehreren Ebenen der Regierungen Bedeutung, es ist daher auch eine vertikale Integration der Strategien notwendig. Die Nachhaltigkeitsstrategien gelten für Ministerien genauso wie für Gemeinden und setzen eine Zusammenarbeit zwischen diesen voraus. Diese Zusammenarbeit ist allerdings nur in wenigen Fällen vorhanden. Die Aktivitäten von Regional- und Stadtregierungen sind oft nicht mit denen der Ministerien abgeglichen. Nur in einigen europäischen Staaten gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und subnationalen Autoritäten (Martinuzzi und Steurer, 2005).

Bei nationalen Nachhaltigkeitsstrategien sind die durchführenden Personen bei der Planung und Implementierung oft die Selben, nämlich Beamte aus der Verwaltung, die zusätzlich zu Politikern bei der Planung der Strategien mitarbeiten. Die beiden involvierten Gruppen haben allerdings eine unterschiedliche Herangehensweise an diese Aufgabe: Während Politiker eher fallbezogen agieren und ihren Fokus auf konkurrierende Interessen legen, bevorzugen Beamte die Nutzung von Gesetzen und Richtlinien als Anleitung für ihre Handlungen. Politiker werden daher die nationalen Nachhaltigkeitsstrategie-Papiere nach deren Planung nicht für ihre weiteren Tätigkeiten verwenden (Martinuzzi und Steurer, 2005).

2.3.3 Exkurs: Governance by Goal Setting

Ein anderer Ansatz zur Einteilung politischer Strategien ist Governance durch Zielsetzung (Goal Setting). Nach Biermann et al. (2017) ist Zwecksetzung beziehungsweise Zielsetzung die zentrale Governance-Strategie der SDGs. Governance durch Zielsetzung wird als neuartiger Ansatz der Weltpolitik verstanden. Mit den SDGs werden nicht legal bindende, globale Ziel-Sets der UN als Governance Methode verwendet. Als Schlüsselmerkmale haben diese, dass sie erstens nicht legal bindend, und somit von der internationalen Rechtsordnung weitgehend unabhängig sind. Daher sind die Regierungen nicht an eine Übernahme der SDGs in das eigene Rechtssystem gebunden. Zweitens funktioniert die Governance durch Zielsetzung durch „schwache institutionelle Vereinbarungen auf einer zwischenstaatlichen Ebene“ (Biermann et al., 2017, 26). Gerade dieser offene Ansatz kann Partnerschaften und Innovationen fördern. Drittens wurden die SDGs durch ein partizipatives Verfah-

ren mit über 70 Regierungen und Repräsentanten aus der Zivilgesellschaft entwickelt, anstatt nur im Planungsbüro der UN aufgesetzt zu werden. So sollen sie sowohl Industriestaaten als auch Entwicklungsstaaten ansprechen, beziehungsweise werden alle Staaten kollektiv als Entwicklungsstaaten gesehen, die ihre Entwicklung nachhaltiger gestalten müssen. Viertens wird durch die offene Formulierung der SDGs viel Freiheit in der nationalen Auswahl der Präferenzen in den Targets gelassen (Biermann et al., 2017).

Für eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele ist eine Formalisierung der Verpflichtungen notwendig, die mit der Schaffung von Benchmarks und messbaren Zusicherungen der Regierungen einhergeht. Außerdem ist eine erfolgreiche Umsetzung nur möglich, wenn in den Staaten funktionierende Governance-Systeme vorhanden sind. Diese sind notwendig, um die internationalen Vorgaben der SDGs auf nationale Ebene herunter zu brechen. Eine weitere Notwendigkeit für die erfolgreiche Umsetzung der SDGs ist die Anpassung der vorhandenen Regierungseinrichtungen an die SDGs (Biermann et al., 2017).

2.3.4 Nachhaltigkeitsstrategien

Für diese Diplomarbeit sind Nachhaltigkeitsstrategien (Sustainable Development Strategies, SDS) relevant. OECD und UN haben Nachhaltigkeitsstrategien geprägt und dafür die in Kapitel 2.2 beschriebenen Prinzipien aufgestellt. Für die Strategien sind verschiedene Interpretationen und operationelle Definitionen möglich (Casado-Asensio und Steuerer, 2013).

Nachhaltigkeitsstrategien waren dazu gedacht, sektoral fragmentierte und kurzfristige Regierungen zu befähigen, sich adäquat mit den Sektor-übergreifenden und langfristigen Regierungsaufgaben des SD-Konzepts zu befassen (Nordbeck und Steuerer, 2016). Diese Erwartung wurde in der Agenda 21 erstmals niedergeschrieben und später in den jeweiligen Dokumenten weiter verwendet. Die Nachhaltigkeitsstrategien der Agenda 21 wurden wie schon beschrieben auf der Konferenz von Rio 1992 festgelegt. Viele EU-Staaten und die neue EU Nachhaltigkeitsstrategie greifen darauf zurück. Allerdings wurde diese durch die Wirtschaftskrise der Jahre 2008-2012 rasch als vorrangige Strategie verdrängt und konnte in Europa seitdem nicht mehr richtig aufleben (Nordbeck und Steuerer, 2016).

Üblicherweise werden Nachhaltigkeitsstrategien von den Umweltministerien der Staaten vorangetrieben, die für deren Implementierung und das Monitoring verantwortlich sind. In den meisten Strategien wird die Schaffung von Institutionen empfohlen, in denen sich Ministeriumsangehörige der mittleren Ebene und andere Stake-

holder regelmäßig treffen, und deren Outputs meistens Aktionspläne sind. Diese Treffen wurden vielerorts nach ein bis zwei Zyklen wieder eingestellt. Viele europäische Staaten beziehen sub-nationale Ebenen gar nicht in ihre Nachhaltigkeitsstrategie mit ein, während andere Strategien nur wenige Anknüpfungsstellen zwischen nationalen und sub-nationalen Ebenen aufweisen. Auch die Partizipation der zivilen Bevölkerung ist nur in einigen Staaten vorgesehen. Das ist entweder durch Sozialpartner, größere Interessensgruppen, oder auch auf öffentlicher Ebene möglich, was aber selten Erfolg zeigt. Berichte zu Indikatoren oder Monitoring werden meistens von den führende Ministerien oder anderen führenden Institutionen herausgegeben. Diese erscheinen zumeist alle zwei oder alle vier Jahre. Insgesamt sind die Nachhaltigkeitsstrategien zwar für einige Innovationen im Monitoring und Reporting verantwortlich, aber eher mangelhaft in der Implementierung (Casado-Asensio und Steurer, 2013).

Vertikale Integration hat sich für die die Nachhaltigkeitsstrategie implementierenden Ministerien ebenfalls als schwierig herausgestellt, da entweder keine Mechanismen dafür vorgesehen, oder diese auf einer zu weiten Ebene geplant waren und im Nichts verlaufen sind. Auch die Teilnahme von Stakeholdern war eher vernachlässigbar. Nach Casado-Asensio und Steurer (2013) sind die einzigen Errungenschaften aus den Nachhaltigkeitsstrategien die Fortschritte in Monitoring und Evaluierung (Casado-Asensio und Steurer, 2013).

Die Überprüfung der Fortschritte in der Implementierung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien erfolgt über jährliche oder zweijährliche Berichte. Diese basieren auf Indikatoren-Sets, die oft schon in den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien festgelegt werden. Die Anzahl der von den Staaten verwendeten Indikatoren ist unterschiedlich, zumeist sind es zwischen 21 und 150 Indikatoren (Martinuzzi und Steurer, 2005).

Nachhaltigkeitsstrategien wurden nach den ersten Jahren durch Klimawandelanpassungs- und Mitigationsstrategien sowie andere Strategien ergänzt.

2.3.5 Funktionen von Nachhaltigkeitsstrategien

Eine der Hauptfunktionen von Nachhaltigkeitsstrategien ist das Monitoring. Was und wie kontrolliert wird ist unterschiedlich. Man kann zwischen dem Monitoring der Implementierung (process monitoring), bei dem der direkt sichtbare Fortschritt der Implementierung gemessen wird, und dem der sozio-ökonomischen und umweltbezogenen Trends (outcome monitoring, trend monitoring) unterscheiden. Bei diesem werden bereits vorhandene oder neue Trends gemessen, und der Einfluss der Nachhaltigkeitsstrategie auf diese herausgefiltert. Die meisten Monitoringsysteme

beziehen sich auf die oben genannten Trends, ohne einen Bezug zur Nachhaltigkeitsstrategie herzustellen (Nordbeck und Steurer, 2016).

2.4 Kritik und Hindernisse

In Nachhaltigkeitsstrategien gibt es immer Schwierigkeiten mit der Gewichtung der unterschiedlichen Themenfelder. Das geschieht einerseits dadurch, dass keine Prioritäten vorgesehen sind und Entscheidungsträger für sie passende Ziele herauspicken, während sie unangenehme Aspekte leicht ignorieren können. Andererseits wurde die gleichwertige Bedeutung der drei Säulen zwar betont, die höhere Gewichtung der Wirtschaft gegenüber den Umweltthemen aber nie überwunden (Nordbeck und Steurer, 2016).

Nachhaltigkeitsstrategien sollten SMART¹ (d.h. spezifisch, messbar, erreichbar, realistisch und zeitlich festgelegt) sein. Ziele sind in Nachhaltigkeitsstrategien jedoch meist sehr vage formuliert. Die meisten Europäischen Staaten haben ihre Nachhaltigkeitsstrategien auf Visionen basiert, nicht auf die Erreichung konkreter Ziele. Diese werden von Politikern bevorzugt, da sie einfacher zu formulieren und flexibler in der Implementierung sind. In vielen Fällen sind, beispielsweise in der EU, andere Regulationen wie EU-Vorgaben die wirklichen Beweggründe, falls Nachhaltigkeitsstrategien doch SMARTe Ziele aufweisen sollten. Auch die Möglichkeit, sich die passendsten Visionen herauszupicken, macht Nachhaltigkeitsstrategien bei Politikern so beliebt. Davon abgesehen werden Ziele und Maßnahmen oft nachträglich zu den Nachhaltigkeitsstrategien hinzugefügt, was deren Ernsthaftigkeit bezweifeln lässt. Wichtige Entscheidungen werden dann zumeist getroffen, ohne damit zusammenhängende Nachhaltigkeitsstrategien zu beachten oder sich auch nur darauf zu beziehen (Nordbeck und Steurer, 2016).

Die Wichtigkeit vertikaler Integration über sub-nationale Organisationen wird zwar in den meisten Nachhaltigkeitsstrategien ausdrücklich erwähnt, in Realität aber oft wenig beachtet. Auch in Ländern, in denen auf den ersten Blick starke vertikale Integration besteht, wie beispielsweise Frankreich, Deutschland und Großbritannien, sind diese nicht fähig, nennenswerte Policies hervorzubringen (Nordbeck und Steurer, 2016).

Um durch Partizipation die Integration von Policies zu erleichtern und Kapazitäten aufzubauen, wurde schon in der Agenda 21 die größtmögliche Partizipation bei der

¹ (Specific, measurable, achievable, realistic, timed)

Formulierung und Implementierung von Nachhaltigkeitsstrategien gefordert (UNCED, 1992). In der Formulierungsphase der Strategien ist die Partizipation von Gesellschaftsgruppen, Unternehmen, Gewerkschaften, NGOs und Hochschulen auch am ehesten zu finden. In späteren Phasen nimmt sie dann ab. Die meisten Länder in Europa haben die Partizipation der Stakeholder über nationale Räte zur Nachhaltigkeit institutionalisiert. Diese Räte waren allerdings nur selten darin erfolgreich, Nachhaltigkeitsstrategien in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und ihre Regierungen in ihrem Sinne zu beraten. In den meisten Staaten nehmen vor allem gut organisierte soziale Gruppen wie Sozialpartner, Unternehmen, NGOs und Hochschulen an der Bildung und Implementierung der Nachhaltigkeitsstrategien teil, während die breite Öffentlichkeit nur in wenigen Staaten angesprochen wird. Vor allem die Bürger werden nicht involviert (Nordbeck und Steurer, 2016).

Nachhaltigkeitsstrategien haben als Mittel zur Formung von Governance für die Integration von Policies versagt. Sie könnten als Mittel zur Bewusstseinsbildung für Nachhaltigkeitsthemen erfolgreich sein, dafür müsste man sie allerdings danach ausrichten. Die Strategien in Europa sind durchwegs zu vage geblieben, ihre Arbeitsprogramme zu weit gefächert, so dass sie sich nicht zu politischen Prozessen entwickelt haben. Dadurch, dass die Nachhaltigkeitsstrategien von einigen motivierten Beamten bearbeitet wurden, gelangten sie nie zu den wichtigen Entscheidungsträgern. Es konnte sich keine größere Interessensgemeinschaft bilden, die die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie geteilt hätte. So ist die Politik der Nachhaltigkeitsstrategien zu meist eine rein symbolische Politik geblieben (Nordbeck und Steurer, 2016).

Dass sie meistens der symbolischen Politik zugeschrieben werden können, ist ein großes Hindernis der Nachhaltigkeitsstrategien. Wie Blühdorn (2007) feststellt, werden durch Nachhaltigkeitsstrategien nur die Symptome von beispielsweise Umweltzerstörung bekämpft, die Ursachen dafür jedoch nicht. Stattdessen wird versucht, durch technische Lösungen die auslösenden Ursachen behalten zu können, anstatt diese zu verändern. Das Bemerkten und Beklagen von schädlichen Zuständen, bei der gleichzeitigen Beibehaltung dieser, kann als symbolische Politik bezeichnet werden. Dabei kann man unterscheiden, ob diese symbolische Politik entsteht, weil die Umstände ein Handeln verhindern, oder eine Änderung der Politik nie vorgesehen war, und nur zur Beruhigung der Bevölkerung und des eigenen Gewissens dient. Die symbolische Politik wird so dazu verwendet, das was sie eigentlich verändern sollte, zu erhalten. Hierbei kann man sagen, dass politische Handlungen von Seiten der Bevölkerung und der Politiker simuliert werden, um die vorherrschenden Umstände Aufrecht zu erhalten (Blühdorn, 2007).

Symbolische Politik hat nicht ausschließlich die Konnotation einer „nicht-handelnden“ Politik, sie bezeichnet auch die Verwendung von Symbolen, Mythen und Ritualen um die Massenöffentlichkeit zu täuschen und zu kontrollieren. Dafür wird die symbolische Politik kritisiert, rein illusorisch und inadäquat zu sein, von den politischen Realitäten abzulenken und das Vertrauen der Öffentlichkeit in politische Institutionen zu mindern. Symbolische Politik wird in Gegensatz zu authentischer Politik gestellt, die wirklich auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagiert. Blühdorn bezeichnet unser Zeitalter als post-ökologisches Zeitalter (Blühdorn, 2007). In diesem werden Umweltprobleme akzeptiert und als Realität angesehen. Gleichzeitig werden die Warnungen darüber die Normalität, und wirtschaftliche Themen als wichtiger bewertet als diese. Es wird erwartet, die Umweltprobleme durch Konsum und Technologie lösen zu können, anstatt etwas an der Gesellschaft zu verändern, während unser westlicher Lebensstil auf jeden Fall geschützt werden muss.

Die Bevölkerung erwartet nicht mehr, dass ihre Anliegen ernst genommen werden, spricht diese aber trotzdem aus. So wird ein nicht nachhaltiger Zustand erhalten, in dem die Nachhaltigkeit aber konstant von verschiedenen Akteuren eingefordert wird. Das politische System dient hier vor allem dazu, sich selbst zu reproduzieren und verwendet dafür die symbolische Politik. Wenn man einen Schritt weiter geht, und davon ausgeht, dass weder die Bevölkerung noch die Politiker die von ihnen durchgeführt Politik ernst nehmen, kommt man schließlich zu einer simulierten Politik. Hier wird von beiden Seiten nur so getan als ob, also Forderungen gestellt die nicht ernst gemeint werden, die mit simulierten politischen Handlungen beantwortet werden, die nie implementiert werden. So kann ein ökologisch, sozial und normativ nicht nachhaltiges System stabilisiert werden (Blühdorn, 2007).

2.5 Fazit zu Nachhaltigkeitsstrategien und ihrer Relevanz für die Sustainable Development Goals

In der schon einige Jahrzehnte dauernden Geschichte der Nachhaltigkeitspolitik sind die SDGs der derzeit gültige Zielekatalog. Sie sollen als weltweites, übergeordnetes Rahmenwerk den ökologischen Zustand der Erde und gleichzeitig die Lebensbedingungen für die Menschen zu verbessern. Wie die bisherigen Erfahrungen mit Nachhaltigkeitsstrategien zeigen, funktioniert dies nur bedingt. Die weiche Ausrichtung von Nachhaltigkeitsstrategien führt zu einer nicht ausreichenden Umsetzung dieser, da die Staaten andere Prioritäten haben und die Nachhaltigkeitsstrategie oft rein rhetorische, beziehungsweise symbolische Politik bleibt.

Die SDGs entspringen denselben Überlegungen. Sie wurden gemeinsam von den Staaten und vielen Stakeholdern ausverhandelt und sind ehrgeizig gestaltet worden. Nun liegt es an den Staaten, die ehrgeizigen Formulierungen auch in ihre eigene Governance einzubauen und umzusetzen. Die Beobachtungen der ersten fünf Jahre lassen nun erste Schlüsse zur Umsetzung zu und weisen auf die selben Schwierigkeiten wie bei den vorhergehenden Nachhaltigkeitsstrategien hin.

Eine sektoral funktionierende Strategie hätte vielleicht bessere Chancen als eine übergreifende Policy-Strategie, konzentrierte Aufgaben mit klaren Prioritäten zu schaffen. Eine Umwandlung von Nachhaltigkeitsstrategien in Strategien zur Kommunikation und Bildung von Kapazitäten wäre sinnvoll. Auch das Auslaufen lassen der Nachhaltigkeitsstrategien, und die Konzentration auf einzelne Sektoren wäre denkbar (Nordbeck und Steurer, 2016).

3 Sustainable Development Goals (SDGs)

3.1 Entstehungsgeschichte der SDGs

Im Jahr 2012 wurde am Rio+20 Gipfel die Entwicklung der SDGs beschlossen und dies im Abschlussdokument des Gipfels mit dem Titel „The Future We Want“ festgehalten. Die SDGs dienen unter anderem als Nachfolge für die Millenniumsziele. Im September 2012 begann damit ein weit angelegter Konsultationsprozess durch die UN, dessen Ziel es war, eine möglichst breite Teilnahme an der Entwicklung der Ziele zu schaffen. Aus diesem Prozess entstanden auch einige neue Organisationen zur Entwicklung der SDGs (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2019).

3.1.1 Open Working Group (OWG)

Im Jänner 2013 wurde von der UN die Open Working Group (OWG) ins Leben gerufen, die die möglichen Ziele der Agenda 2030 identifizieren sollte. In diesem Rahmen wurde die Nachhaltigkeitsagenda der Rio-Konferenzen mit der sozialen Agenda der Millenniumsziele zusammengeführt und als Grundlage der Agenda 2030 festgelegt.

Die OWG legte im Juli 2014 einen Vorschlag vor, der nach einigen Arbeitsrunden im Dezember 2014 von der UN Generalversammlung akzeptiert wurde. Am 25. September 2015 wurde die Agenda 2030 mit 17 Zielen und 169 Targets von 193 Staaten angenommen. Sie trat mit 01.01.2016 in Kraft, ihre Umsetzung ist für die Staaten allerdings freiwillig. Der Entwicklungsprozess der Agenda 2030 in den Jahren 2013 bis 2015 wird als Post-2015-Agenda bezeichnet (President of the General Assembly, 2013).

Neben den einzelnen Staaten in der OWG trugen auch die Major Groups der UN zu den SDGs bei. Die Major Groups setzen sich aus Teilnehmern der UN aus Sektoren der Zivilgesellschaft zusammen. Diese neun Gruppen widmen sich speziellen Nachhaltigkeitsthemen. Sie erstellten jeweils ein Positionspapier zu den SDGs, das dann für die weitere Entwicklung der Ziele mit einbezogen wurde. Die Major Groups lieferten den Input für die thematischen Cluster im Entwicklungsprozess und auch für die Arbeit in der OWG, die dann schließlich als Entwurf für die 17 Ziele vorgelegt wurde (United Nations Department of Economic and Social Affairs, 2019).

3.1.2 High Level Events der Staaten

Ergänzend zur Arbeit der OWG wurden die Mitgliedsstaaten der UN im Jahr 2013 durch einen Brief des Präsidenten der Generalversammlung aufgerufen, die Schwerpunktbereiche der neuen Agenda auszuarbeiten. Für diese Entwicklung der Scherpunktbereiche wurden im Jahr darauf verschiedene Veranstaltungen abgehalten, und zwar drei High Level Events, drei thematische Debatten und ein Dialog zur Verantwortlichkeit (accountability). Die High Level Events dienten dazu, das übergreifende Thema der Post-2015-Entwicklung zu operationalisieren. Um Redundanzen zu vermeiden, wurden die OWG und die Gruppe zur Finanzierung der Agenda 2030 in die Treffen der Staaten mit eingebunden.

Die High Level Events wurden zu den Themen

- „Die Rolle der Frauen, Jugend und Zivilgesellschaft in der Post-2015 Agenda“,
- „Beiträge zu Menschenrechten und die Rolle des Gesetztes in der Post-2015 Entwicklungsagenda“, und
- „Die Rolle von Süd-Süd, Dreiecks-Zusammenarbeit und ICT für Entwicklung in der Post-2015 Entwicklungs-Agenda“ (President of the General Assembly, 2013, 2)

abgehalten.

Die drei thematischen Debatten behandelten die Themen

- „Wasser, Sanitäreinrichtungen und nachhaltige Energie in der Post-2015 Entwicklungsagenda“,
- „Die Rolle von Partnerschaften und ihr Beitrag zur Post-2015 Entwicklungsagenda“, und
- „Die Sicherung von stabilen und friedlichen Gesellschaften im Post-2015 Entwicklungsrahmen“ (President of the General Assembly, 2013, 2).

Im September 2014 fand eine Bestandsaufnahme (High Level Stocktaking Event) statt, bei der die Staaten jeweils ihren aktuellen Status zur Erreichung der 17 SDGs darlegten. Die Agenda der Open Working Group diente als Basis für den interstaatlichen Prozess ab dem Jahr 2015 (United Nations General Assembly, 2014, 10ff).

3.1.3 Rolle des High-level Political Forum

Eine herausragende Funktion in der Implementierung der SDGs hat das High-level Political Forum (HLPF): Es ist das zentrale Gremium für die Steuerung und Überprüfung

fung der Agenda 2030 auf globaler Ebene. Interessanterweise verfügt es aber weder über direkte Autorität noch über Mittel. Es soll die Staaten vor allem durch politische Führung, Orientierungshilfe und Empfehlungen bei der nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Das HLPF ersetzt die UN Commission on Sustainable Development, die unter der Kritik stand, politische Diskussionen nicht ausreichend in Aktionen und Policy-Auswirkungen umgesetzt zu haben. Dieses Defizit kam vor allem von der mangelnden Beteiligung „wichtiger“ Minister, die nicht aus dem Umweltbereich stammten. Im HLPF sollen neben verschiedenen Ministern auch die Major Groups der UN und andere Stakeholder eingebunden werden (Bernstein, 2017).

Für die oben genannte Steuerung und Überprüfung der Implementierung trifft das HLPF jedes Jahr für acht Tage zum Austausch zusammen. Hier werden nationale freiwillige Berichte (National Voluntary Reports, NRV) und auch regionale Berichte besprochen, sowie thematische Fortschrittsberichte diskutiert (vgl. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2019). Neben dieser Rolle als Überprüfungsorgan ist die Aufgabe des HLPF auch, ein Netzwerk von Follow-up- und Review-Prozessen auf globaler Ebene zu betreuen (Biermann et al., 2017).

Im Jahr 2018 berichteten bereits 111 Staaten vor dem HLPF über ihre nationale Umsetzung der Agenda 2030.

3.1.4 Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung

Die Finanzierung der SDGs, beziehungsweise der nachhaltigen Entwicklung, ist durch die Addis Abeba Action Agenda geregelt. Diese wurde im Jahr 2015 festgelegt und stellt ein internationales Netzwerk zur Finanzierung von Nachhaltiger Entwicklung bereit (vgl. United Nations Department of Economic and Social Affairs, 2019).

Die Entwicklungsfinanzierung ist in sieben verschiedene Handlungsbereiche aufgeteilt, die umfassend gehalten sind und neben wirtschaftlichen Themen vor allem die Stärkung von Frauen und zahlreiche Umweltthemen ansprechen (United Nations Department of Economic and Social Affairs, 2015).

Wie in der Agenda 2030 (Absatz 66) explizit erwähnt wird, werden finanzielle Ressourcen in Staaten vor allem durch Wirtschaftswachstum geschaffen (United Nations General Assembly, 2015). Das passiert über die daraus generierten Steuereinnahmen. Ein wichtiger Punkt bei der Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung ist daher die Beschaffung von bisher entgangenen Steuereinnahmen für die Staaten, vor allem für Entwicklungsstaaten. Illegale Finanzflüsse, Korruption und Steuervermeidung sollen bis 2030 stark reduziert werden. Die internationale Zusammenarbeit in

Steuerfragen (International Cooperation on Tax Matters) wird stark ausgebaut und nationale Kontrollmechanismen sollen gestärkt werden. Auch nationale und regionale Entwicklungsbanken spielen eine bedeutende Rolle und sollen daher gestärkt werden (United Nations Department of Economic and Social Affairs, 2015).

Der Privatsektor wird in der Erklärung als wichtiges Mittel zur Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung gesehen. Er trägt stark zur Schaffung nationaler Ressourcen bei, ist aber nicht in allen Bereichen ausreichend gefördert. Vor allem Policies und regulatorische Maßnahmen gehören laut der Addis Abeba Action Agenda (Absatz 5), verstärkt, um den privaten Sektor zu fördern. Der Zugang zu Finanzservices soll für alle, vor allem für Frauen verbessert werden. Überweisungen von Migranten an ihre Familie sollen durch geringere Gebühren belastet werden. Direkte Investitionen aus Industriestaaten werden ebenfalls als bedeutende Finanzierungsmöglichkeit in Entwicklungsstaaten gesehen (United Nations Department of Economic and Social Affairs, 2015).

Besonders in armen Staaten sind die inländischen Ressourcen sehr begrenzt. Ein beträchtlicher Anteil der Ressourcen kommt aus der ODA (Official Development Assistance) der Industriestaaten, die dafür mindestens 0,7% ihres Bruttoinlandsprodukts bereitstellen sollten. 0,15% bis 0,2% sollten an LDCs (Least Developed Countries) gehen. Allerdings erfüllen die wenigsten Industriestaaten dieses seit Jahrzehnten vorhandene Versprechen. Die Quote lag im Jahr 2014 bei lediglich 0,29%. Ergänzend zur ODA wird im Abschlussdokument von Addis Abeba auch die Süd-Süd-Kooperation als Mittel zur Finanzierung genannt. Die Industriestaaten haben zugesagt, bis zum Jahr 2020 100 Mrd. Dollar pro Jahr aus verschiedenen Quellen für die Entwicklungsstaaten zu Verfügung zu stellen. Als weiterer Weg zur Finanzierung wird der Green Climate Fund genannt, der zur Hälfte Anpassungsprojekte und zur Hälfte Reduktionsmaßnahmen von fossilen Emissionen fördert (United Nations Department of Economic and Social Affairs, 2015).

Um die nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsstaaten anzukurbeln, soll die Teilnahme am Welthandel vor allem in den ärmsten Entwicklungsstaaten steigen. Handelsbeschränkungen und Störungen in den Agrarmärkten, sowie Exportsubventionen sollen hingegen wegfallen. Auch der Marktzugang von Produkten aus den ärmsten Entwicklungsstaaten soll verbessert werden (United Nations Department of Economic and Social Affairs, 2015).

Entwicklungsstaaten sollen beim Management ihrer Schulden unterstützt werden, und zwar durch Schuldenerlässe, -restrukturierungen, -finanzierung und fehlerfreies

Schuldenmanagement. So sollen die Schulden der Staaten auf einem tragbaren Niveau gehalten und Schuldenkrisen verringert werden (United Nations Department of Economic and Social Affairs, 2015).

Auch die Entwicklung und Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologie soll zu Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung beitragen. Mit dem Jahr 2015 wird ein Technology Facilitation Mechanism etabliert, der die Zusammenarbeit von Staaten, Forschungseinrichtungen, zivilem Sektor und Privatwirtschaft erleichtern soll (United Nations Department of Economic and Social Affairs, 2015).

3.2 Zusammenfassung der SDGs

Das endgültige Dokument der Agenda 2030 besteht aus 4 Sektionen:

- 1) der politischen Deklaration,
- 2) den 17 Nachhaltigkeitszielen und den 169 Targets,
- 3) den Mitteln zur Implementierung,
- 4) und einem Rahmenwerk zur Nachverfolgung und Review (European Commission, 2018).

In der Präambel der Agenda 2030 werden fünf Bereiche dargestellt, die als handlungsleitende Prinzipien dienen sollen: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft (englisch: People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership - die "fünf Ps"). Diese Prinzipien werden in den 17 Zielen wiedergespiegelt:

17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung:

1. *Armut in all ihren Formen überall beenden*
2. *Hunger beenden, Lebensmittelsicherheit und verbesserte Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern*
3. *Gesundes Leben sicherstellen und das Wohlergehen für alle Menschen in jedem Alter fördern*
4. *Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung sichern und die Möglichkeit für lebenslanges Lernen für alle fördern*
5. *Geschlechtergerechtigkeit und Empowerment für alle Frauen und Mädchen*
6. *Verfügbarkeit und nachhaltiges Management von Wasser und sanitären Einrichtungen sowie Abwassersystemen sichern*
7. *Zugang zu leistbarer, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern*

8. *Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, volle und ertragreiche Erwerbstätigkeit und menschenwürdige Arbeit für alle erreichen*
9. *Belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovation unterstützen*
10. *Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern verringern*
11. *Städte und Siedlungen inklusiver, sicherer, widerstandsfähiger und nachhaltiger gestalten*
12. *Nachhaltige Konsum- und Produktionsstrukturen sichern*
13. *Vordringlich Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen*
14. *Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung erhalten und nutzen*
15. *Ökosysteme der Erde schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern. Wälder nachhaltig bewirtschaften, die Verwüstung bekämpfen und unfruchtbares Land wieder beleben und den Verlust der Biodiversität stoppen*
16. *Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zu Justiz ermöglichen und wirksame, zuverlässige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen*
17. *Mittel zu Umsetzung und Wiederbelebung der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung stärken.*

(Quelle: Bundesministerium Europa, Integration und Äußeres, 2019)

Die Ziele integrieren die aus den MDGs übernommene Armutsbekämpfung, und die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension der Nachhaltigen Entwicklung (European Commission, 2019). Sie sind grundsätzlich für alle Staaten gültig, werden aber von diesen an ihre jeweiligen Gegebenheiten angepasst. Diese Universalität ist im Gegensatz zu früheren Entwicklungsdeklarationen und den Millenniumszielen neu. Bei diesen wurde bisher hauptsächlich auf die Entwicklung in den Entwicklungsländern abgezielt. Ebenfalls neu sind die besseren Voraussetzungen für Folgemaßnahmen und die Überprüfung der Zielsetzungen und Ergebnisse (European Commission, 2019).

Auf eine genauere Darstellung der Ziele und der dazugehörigen Unterziele wird in dieser Arbeit nicht eingegangen, da dazu zahlreiche Quellen vorhanden sind, zum Beispiel Sachs et al. (2019).

3.3 Governance-Vorgaben in den SDGs

3.3.1 Nationale Umsetzung mit internationaler Unterstützung

Die in der Agenda 2030 festgelegten Ziele müssen von den Staaten in Eigenregie umgesetzt, und die nationale Koordination dafür errichtet werden. Um diese schwierige Umsetzung zu unterstützen, gibt es in der UN einige Foren, die neben der Beratung für die Staaten auch Überprüfungsmechanismen für die Ziele und Indikatoren stellen. Auch die Finanzierung und das Monitoring müssen von den Staaten gesichert werden. Die Umsetzung stützt sich auf bereits vorhandene, „zusammenhängende nationale Nachhaltigkeitsstrategien, die durch integrierte nationale Finanzierungsnetzwerke unterstützt werden“ (United Nations General Assembly, 2015, 28).

Bedeutung unter den internationalen Foren haben, wie bereits erwähnt, das HLPF, auf das ich später nochmals eingehen werde, der Technology Facilitation Mechanism und die Major Groups der UN. Auch zahlreiche nationale und internationale NGOs unterstützen die Umsetzung der SDGs in den Staaten.

Der „Technology Facilitation Mechanism“ wurde durch die Addis Abeba Action Agenda ins Leben gerufen. Er soll eine Multi-Stakeholder-Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsstaaten, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft, Wissenschaft, UN Organisationen und anderen Stakeholdern sein. In diesem „Mechanismus“ agiert ein geschäftsstellenübergreifendes Team, das die Zusammenarbeit in der UN zu Wissenschaft, Technologie und Innovation koordiniert. Dieses Task-Team besteht aus zehn für je zwei Jahre ernannten Vertretern und ist für die Teilnahme aller anderen Büros, Fonds, Programme und funktionellen Kommissionen offen. Ebenfalls im Rahmen des „Technology Facilitation Mechanism“ wird eine Internetplattform geschaffen, welche die Informationen über Initiativen zu Wissenschaft, Technologie und Innovation räumlich darstellen und den Zugang dazu erleichtern soll. Ein „Multi-Stakeholder Forum on Science, Technology and Innovation“ wird jährlich für zwei Tage abgehalten, unter anderem um die relevanten Stakeholder zu vernetzen. Das Multi-Stakeholder Forum informiert das HLPF über seine Ergebnisse (Division for Sustainable Development Goals, 2019).

Die Strukturen für die Agenda 2030 sollen auf bestehende nationale und internationale Organisationen aufgebaut werden. Die Implementierung der SDGs soll mit Hilfe der bereits bestehenden Organisationen erfolgen, um den Aufwand dafür zu reduzieren. Dies ist einerseits durchaus logisch und sinnvoll, andererseits verleitet es die

Staaten auch dazu, nicht mehr als das bereits Vorhandene zu unternehmen, um die Nachhaltigkeitsstrategien zu erfüllen (United Nations General Assembly, 2015).

3.3.2 Entwicklung nationaler Indikatoren und Nationale Freiwillige Überprüfungen (National Voluntary Reviews)

Die Entwicklung der von der UN vorgegebenen Indikatoren wird für die Staaten dadurch erleichtert, dass sie diese auf ihre eigenen Bedürfnisse hin anpassen können. Die Staaten können eigene Indikatoren-Sets zusammenstellen, die für sie am besten passen. Dabei können sowohl für die Staaten irrelevante Indikatoren, als auch Indikatoren, deren Daten in den Staaten nicht erhoben werden, weggelassen werden (Division for Sustainable Development Goals, 2019).

Die Indikatoren werden von den Staaten in ihr nationales Statistiksystem aufgenommen, aber auch an das weltweite Statistik-Monitoring-System der UN weitergegeben. Von den Staaten werden die Daten unter anderem für die Erstellung des National Volunatry Reports verwendet, aber auch für die eigene Nachhaltigkeitsberichterstattung. Von der UN Statistics Division werden sie in die Globale Datenbank für SDGs aufgenommen (Division for Sustainable Development Goals, 2019).

Um die Umsetzung der SDGs durch die Staaten nachverfolgen zu können, und auch um die Staaten selbst von ihrem Stand in Kenntnis zu setzen, sind National Voluntary Reviews vorgesehen. Sie sind für die Staaten freiwillig, von ihnen selbst geleitet und sollen Ministerien und andere relevante hochrangige Teilnehmer involvieren. Diese Reviews sollen regelmäßig, circa alle zwei bis fünf Jahre, abgegeben werden und dienen als Grundlage für die Reviews durch das HLPF. Im Jahr 2019 haben beispielsweise 47 Staaten ihre National Voluntary Reviews präsentiert (Division for Sustainable Development Goals, 2019).

3.3.3 Follow-up und Review

Follow-up- und Review-Mechanismen wurden eingerichtet, um die Implementierung der SDGs bis zum Jahr 2030 nachverfolgen und unterstützen zu können. Die Wirksamkeit dieser Mechanismen ist relevant für den Erfolg der SDGs. Sie arbeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene, und basieren auf folgenden Prinzipien:

Follow-up und Review Prozesse sind freiwillig und von den Staaten geleitet, und sollen nationale Prioritäten respektieren. Sie dienen zur Beobachtung des Fortschritts in der Implementierung und der Mittel zur Implementierung, sollen langfristig ausgerichtet sein und den Staaten zur richtigen Entscheidungsfindung dienen. Sie sollen nicht

redundant sein und auf bestehende Systeme aufbauen, um die Belastung der nationalen Behörden zu reduzieren. Eine Unterstützung für Entwicklungsstaaten bei der Kapazitätsbildung ist vorgesehen (United Nations General Assembly, 2015).

Von den Mitgliedsstaaten sollen so bald wie möglich nationale Einrichtungen zur Implementierung der Agenda geschaffen werden. Außerdem werden die Mitgliedsstaaten von der UN aufgefordert, regelmäßig freiwillige Berichte zum Fortschritt der Implementierung auf der nationalen und regionalen Ebene zu erstellen (United Nations General Assembly, 2015).

Das HLPF spielt im Follow-up und Review eine wichtige Rolle. Es soll neben der oben bereits genannten politischen Führung und Orientierungshilfe auch den Follow-up- und Review-Prozess leiten. Außerdem soll es die Integration der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit auf allen Ebenen und Sektoren und die Einbringung neuer Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung in die SDGs sicherstellen. Das HLPF erhält jährliche Fortschrittsberichte zur Implementierung der SDGs vom UN Generalsekretär, die auf dem globalen Indikatoren-Netzwerk basieren und Daten aus nationalen statistischen Systemen enthalten (Division for Sustainable Development Goals, 2019a).

Der Global Sustainable Development Report informiert ebenfalls das HLPF, ist aber auf einen Wissenschaft-Politik-Zusammenhang bezogen. Auch thematische Reviews zum Fortschritt der SDG-Zielsetzungen finden am HLPF statt, sie werden unterstützt von den funktionellen Kommissionen des Wirtschafts- und Sozialrates der UN und anderen internationalen Organisationen (Division for Sustainable Development Goals, 2019a).

3.4 Kritik an den SDGs

Kritik an den SDGs kommt beispielsweise von Spangenberg (2017). Dieser kritisiert, dass die SDGs zwar Zustände wie Armut oder Wasserqualität ansprechen und Auswirkungen wie die des Klimawandels adressieren. Belastungen (pressures) wie Landwirtschaft oder Verkehr oder deren Antriebskräfte wie Wachstum und Antworten werden aber nicht angesprochen. Dabei wäre es laut Spangenberg sinnvoller, Belastungen und Antriebskräfte zu adressieren, anstatt nur deren Symptome. Auch Organisationen und Entscheidungsmechanismen werden in den SDGs vernachlässigt (Spangenberg, 2017).

Genauso werden die handelnden Personen oder Institutionen (Agents) in den SDGs unterschiedlich stark angesprochen. Konsumenten und Bürgern wird keine aktive

Rolle in der Umsetzung zugesprochen. Sie kommen nur als Empfänger von Bewusstseinsbildung und Bildung und bei der Datensammlung vor. Unternehmen finden im Rahmen der Partnerschaften Eingang in die SDGs. Legale Verpflichtungen für Unternehmen sind nicht vorgesehen. Regierungen spielen als Akteure in den SDGs eine zentrale Rolle bei der Verbesserung der Governance durch effektive, verantwortliche und effiziente Institutionen und ihre verbesserten Kapazitäten für Steuereinnahmen. Allerdings wird das Wirtschaftswachstum als hauptsächliche Quelle für Haushaltsressourcen erwähnt, was die Beschränkungen im Sinne der Nachhaltigkeit negiert. Auch notwendige soziale Kompensationen für Umweltsteuern werden nicht erwähnt (Spangenberg, 2017).

Nachdem, wie in Kopenhagen im Jahr 2009 sichtbar wurde, bindende Nachhaltigkeits-Zielsetzungen für Staaten nicht verhandelt werden können, sind die SDGs als globale, ehrgeizige Zielsetzungen konzipiert, die in jedem Staat an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden können. Wie die Zielsetzungen in die staatliche Planung integriert werden ist ebenfalls den Staaten selbst überlassen, Mittel zu deren Umsetzung sind wenig definiert. Diese freiwilligen Vereinbarungen könnten eigentlich funktionieren, tun es aber nicht. So werden die nicht erfüllten Ziele in internationalen Vereinbarungen durch immer neue, radikalere Ziele ersetzt, ohne die Maßnahmen dafür mitzunehmen. Um wirklich eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, müssten sich die Regelungen für Unternehmen, Handel und den freien Weltmarkt ändern. Verpflichtende Ziele und Grenzen für Ressourcennutzung, Einkommensunterschiede und Vermögenskonzentration wären notwendig, um soziale und Umweltziele durchzusetzen. Dafür wären verpflichtende Nachhaltigkeitsberichte für Unternehmen oder soziale Mindeststandard erste Schritte (Spangenberg, 2017).

4 Umsetzung der SDGs in den G7

4.1 G7-Staaten allgemein

Die G7-Staaten kann man als Repräsentanten eines Großteils der Weltwirtschaft bezeichnen. Ein Blick auf sie verdeutlicht die allgemeine Haltung der Industriestaaten zu bestimmten Themen, so auch zu den SDGs. Daher wird in diesem Kapitel die Bedeutung der SDGs in den G7-Treffen betrachtet. In den folgenden Kapiteln werden dann die Staaten im Einzelnen analysiert. Die Regierungsoberhäupter der G7-Staaten treffen sich einmal pro Jahr in informellem Rahmen, um außenpolitische Themen und Fragen der Weltwirtschaft zu besprechen. Zum Abschluss eines jeden Treffens wird eine gemeinsame Erklärung der Staaten abgegeben. Diesen Abschlussdokumenten folgt im Laufe eines Jahres ein Fortschrittsbericht zu einem speziellen Themenkreis, in dem der Stand der Staaten zu diesen Themen festgehalten wird. Aus den Abschlussdokumenten der G7-Treffen sollte sich ein erster Eindruck dazu ableiten lassen, welche Bedeutung die SDGs für die Staaten haben, und welche Schritte sie zur Umsetzung setzen.

4.1.1 SDGs bei den G7-Treffen

Die SDGs, beziehungsweise die Agenda 2030, wurden bei den G7-Treffen seit 2015 mehrmals erwähnt. Auffallend in der Dokumentation dieser Treffen ist, dass die SDGs vor allem im Zusammenhang mit Entwicklungszusammenarbeit genannt werden. Das lässt es so aussehen, als ob die Umsetzung der Ziele der Agenda 2030 für die meisten G7-Staaten fast ausschließlich in Entwicklungsländern stattfindet, und sich die Bemühungen der Industriestaaten sich auf Entwicklungsprogramme und finanzielle Unterstützung konzentrieren. Des Weiteren deutet das auf eine Konzentration der im Rahmen der SDGs gesetzten Handlungen auf die Entwicklungszusammenarbeit hin, während ihnen im eigenen Staat nur wenig Bedeutung zugemessen wird.

2015 – Schloss Elmau, Deutschland

Das erste G7-Treffen, in dem die SDGs erwähnt wurden, ist das Treffen in Schloss Elmau im Jahr 2015. Die vorrangigen Themen des ausführlichen Abschlussberichts sind Gesundheit, Arbeit und Wirtschaftswachstum (je 20 Nennungen) sowie Energie und Klimaschutz (je 25 Nennungen). Die SDGs werden als Post-2015-Agenda bezeichnet und im Abschlussbericht insgesamt fünf Mal genannt (vgl. Tabelle 2

und zwar unter der Überschrift Entwicklung. Die Post-2015-Agenda wird dort bekräftigt, und die „Unterstützung der Umsetzung durch finanzielle und nicht finanzielle Maßnahmen“ (BMZ, 2015, 39) zugesagt. Hier wird die EZA und andere internationale Finanzierungsleistungen als vorrangige Möglichkeit zur Finanzierung der Post-2015-Agenda beschrieben. Als Ziel der Post-2015-Agenda wird unter anderem „die Befreiung von 500 Millionen Menschen in Entwicklungsländern bis 2030 von Hunger und Mangelernährung“ (BMZ, 2015, 7) erwähnt. Während die einzelnen SDG-relevanten Themen sowohl für die G7-Staaten selbst als auch für andere Staaten diskutiert werden, scheint es, als ob die Post-2015-Agenda hier rein auf Entwicklungsstaaten bezogen ist.

Im Gegensatz zum Abschlussbericht eines G7-Gipfeltreffens, in dem meist nur kurz auf die einzelnen Themen eingegangen wird, ist im einige Monate nach dem Treffen herausgegebenen Fortschrittsbericht meist ein Fokus auf ein bestimmtes Thema vorhanden. Im Jahr 2015 ist das übergreifende Thema des Fortschrittsberichts die Biodiversität. Verbunden mit dieser Überschrift werden Ernährungssicherheit, Gesundheit und Klimawandel erwähnt. Landökosysteme kommen ebenfalls in dem Text vor (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2015).

2016 – Ise-Shima, Japan

Im Abschlussbericht von Ise-Shima kommen die SDGs am häufigsten von allen Treffen vor. Sie werden als SDGs oder Agenda 2030 insgesamt 17 Mal erwähnt. Bereits in die Präambel des Textes finden sie Eingang. Die bedeutendsten SDG-relevanten Themen sind Gesundheit (70 Nennungen), Energie (41 Nennungen) und Frieden (30 Nennungen). Im Kapitel Entwicklung findet die Implementierung der SDGs sogar explizit als Unterkapitel Erwähnung, in welchem die Ziele der Agenda 2030 nochmals bekräftigt werden. Herausgehoben werden dabei die Ermächtigung von Frauen und Mädchen, Investitionen in Infrastruktur, globale Gesundheit, Unterstützung für die Jugend in Entwicklungsstaaten, Antworten auf Gefahren für den Frieden und einige weitere Themen. Auch die zeitgerechte Implementierung der Addis Abeba Agenda sowie die Bedeutung der Implementierung der SDGs in Afrika für ihren weltweiten Erfolg wird in dem Kapitel nochmals bestätigt.

Im Fortschrittsbericht aus dem Jahr 2016 wird vor allem SDG6 - Wasser - direkt angesprochen. Es kommt auch das Thema Frauengesundheit, beziehungsweise „female mutilation“ vor, dieses wird aber nicht direkt als SDG erwähnt (Japanische Regierung, 2016).

Tabelle 2: Erwähnungen von SDG-relevanten Themen in den Abschlusserklärungen der G7 Gipfeltreffen ohne konkrete Nennung der SDGs

SDGs in der Abschlusserklärung (Communiqué)						
		2015	2016	2017	2018	2019
		Elmau	Ise-Shima	Taormina	Charlevoix	Biarritz
	SDGs, Post-2015-Agenda, Agenda 2030	5	17	2	1	0
SDG1	Armut	3	4	2	2	0
SDG2	Hunger	2	3	3	0	0
SDG3	Gesundheit	20	70	12	13	0
SDG4	Bildung	6	11	7	1	0
SDG5	Geschlechtergerechtigkeit	1	7	10	11	0
SDG6	Wasser	0	1	0	4	0
SDG7	Energie	25	41	5	17	0
SDG8	Arbeit und Wirtschaftswachstum	20	18	4	26	0
SDG9	Infrastruktur	2	25	5	3	0
SDG10	Ungleichheit verringern	0	0	13	1	0
SDG11	Nachhaltige Städte	0	0	0	0	0
SDG12	Konsum	0	0	0	0	0
SDG13	Klimaschutz	25	22	2	4	0
SDG14	Meere	8	6	0	10	0
SDG15	Landökosysteme	0	0	0	0	0
SDG16	Frieden	8	30	7	12	1
SDG17	Partnerschaft	11	0	4	2	0
<i>Anzahl der SDG-relevanten Nennungen</i>		136	255	76	107	1

2017 – Taormina, Italien

Im Abschlussbericht des G7-Treffens im Jahr 2017 wird die Agenda 2030 zwei Mal direkt erwähnt. Die bedeutendsten Themen sind hier die Verringerung der Ungleichheit (13 Nennungen) und Gesundheit (12 Nennungen). Bereits in der Präambel findet die Agenda 2030, vor allem in Zusammenhang mit der Bekämpfung von Hunger, Eingang. Die Verringerung der Ungleichheit ist einerseits auf die ungleichen Einkommen und Zugänge zur Wirtschaft von Frauen und Männern, andererseits auf die Ungleichheit von Einkommen weltweit bezogen. In der Frage der Gesundheit wird die notwendige Stärkung der weltweiten Gesundheitssysteme betont und die notwendige Verbesserung der weltweiten Gesundheit bestätigt.

Der Fortschrittsbericht aus dem Jahr 2017 hat Bildung als übergreifendes Thema, auf das jedes Kapitel bezogen ist. Das zweite bedeutende Thema sind die SDGs, die ebenfalls eine zentrale Stelle in dem Fortschrittsbericht einnehmen. Die SDGs werden in dem Bericht häufig erwähnt. SDG4 – Bildung wird ausführlich erläutert und mit anderen Themen (aus den SDGs) in Zusammenhang gebracht (G7 Task Force for the Italian Presidency 2017,2017).

2018 – Charlevoix, Kanada

Im Abschluss-Communiqué des G7-Gipfels von Charlevoix 2018 ist die Agenda 2030 im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren weniger präsent. Sie wird einmal im Teil über die Entwicklungsfinanzierung zur Vollendung der Ziele der Agenda 2030 (Council of the EU, 2018) erwähnt, wo eine Verbesserung der öffentlichen Finanzierung und der Entwicklungshilfe als Notwendigkeit für die Erfüllung der Agenda angesprochen wird. Ansonsten kommen weder die Agenda 2030 noch die SDGs in den Abschlusspapieren des Gipfeltreffens vor. In diesem Jahr waren Arbeit und Wirtschaftswachstum (26 Nennungen) die meistgenannten Themen im Bericht, gefolgt von Energie (17 Nennungen). Vor allem die Ausbildung von Arbeitskräften, ihr sozialer Schutz und die Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft werden im Abschlusspapier angesprochen. Auch die Entschlossenheit der G7-Staaten (außer den USA) zum Klimaschutz wird in dem Abschlussbericht erwähnt.

Im Fortschrittsbericht des Jahres 2018 ist die Ermächtigung von Frauen und Mädchen das zentrale Thema. Auch die SDGs und die Agenda 2030 allgemein finden im Fortschrittsbericht häufig Erwähnung.

2019 – Biarritz, Frankreich

In der nur eine halbe Seite umfassenden Erklärung von Biarritz werden neben der Verpflichtung zum fairen und freien Welthandel nur außenpolitische Themen genannt. Die SDGs und die Agenda 2030 sind nicht enthalten.

Im Fortschrittsbericht zum Gipfel in Biarritz werden die SDGs hingegen 48 Mal wörtlich erwähnt. Die häufige Nennung hat damit zu tun, dass dieser Fortschrittsbericht den Untertitel „Entwicklung und entwicklungsverwandte Zusagen“ trägt und die Entwicklung dieses Themas seit dem Jahr 2006 verfolgt. Immer wieder, insgesamt auf 25 von 168 Seiten, werden in diesem Fortschrittsbericht auch die SDGs erwähnt. Hier wird einerseits die Finanzierung der SDGs durch die ODA (Official Development Aid) angesprochen, andererseits wird auf einzelne SDGs im Detail eingegangen, die sich mit den Entwicklungszusagen der G7-Staaten überschneiden. Das sind vor allem die SDGs 2, 3, 4 und 5. Bei den SDGs 2 und 3 (Ernährung, Gesundheit) sind die Ziele der G7, und auch das Monitoring, teilweise auf die Ziele und Indikatoren der SDGs abgestimmt.

Wie in Tabelle 2 zu sehen ist, sind die Themen der SDGs in den G7-Treffen über die Jahre 2015 bis 2018 ähnlich geblieben. Es werden zwar relevante Themen erwähnt, die zugehörigen SDGs jedoch nur selten. Einige Themen, zum Beispiel SDG 11, 12 und 15 kommen in den Abschlusscommuniqués der Treffen in den untersuchten Jahren überhaupt nicht vor. Andere, und zwar die SDGs 3, 5 und 13 sind in jedem Jahr zu finden. Auffällig ist, dass die Agenda 2030 beziehungsweise die SDGs vor allem in Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung in Entwicklungsländern gesetzt werden und so gut wie nie auf den eigenen Staat bezogen sind.

Das Jahr 2019 hebt sich von den vorangegangenen Jahren insofern ab, als dass die SDGs und ihre Themen keinen Eingang in die Abschlusserklärung des Treffens finden. Allein „Frieden“ wird einmal erwähnt, die SDGs und die Agenda 2030 selbst kommen nicht vor.

Tabelle 3: Wörtliche Erwähnung der SDGs oder Agenda 2030 in den G7 Abschlussdokumenten

	2015 Elmau	2016 Ise-Shima	2017 Taormina	2018 Charlevoix	2019 Biarritz
SDGs allgemein erwähnt	Post 2015 Agenda	Agenda 2030 SDGs	2030 Agenda	2030 Agenda	-
Spezifische SDGs erwähnt		SDG3 SDG5		SDG2 SDG5	

Die SDGs als solche, beziehungsweise die Post-2015 Agenda finden vor allem in den Jahren 2015 und 2016 häufig Erwähnung, wie auch aus Tabelle 3 ersichtlich wird. Spezifische SDGs werden hingegen nur in den Jahren 2016 und 2018 erwähnt.

4.1.2 Ergebnisse des „SDG Index and Dashboard Report“

Die Bertelsmann Stiftung und das SDSN (Sustainable Development Solutions Network; eine Initiative der UN zur Implementierung der SDGs) geben jährlich den „SDG Index and Dashboards Report“ heraus, in dem der Fortschritt der Implementierung in verschiedenen Staaten verglichen wird. Im Jahr 2018 wurde in diesem Bericht auch der Stand der Institutionalisierung der SDGs in den G20-Staaten untersucht. Das geschah unter anderem durch eine Umfrage zur staatlichen Struktur für die SDGs. Es wurden die nationalen Strategien, die Bewertung der Ausgangslage der Staaten, ihre interne Koordination bei der Implementierung in der Staatsführung und deren Budgetplanung zu den SDGs untersucht (Sachs et al., 2018).

Im Zuge der Studie wurde ersichtlich, dass bisher nur in zwei Staaten, Kanada und Italien, ein Abgleich der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie mit den SDGs getätigt wurde. In Frankreich, Deutschland und Japan war dieser zum Zeitpunkt der Studie noch geplant (vgl. Tabelle 4). Im Jahr 2018 wurden die SDGs im Rahmen einer Aktualisierung in die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie integriert. Ein Aktionsplan zur Implementierung ist in Deutschland, Italien und Japan vorhanden und in Kanada und Frankreich geplant. Den Aktionsplan für Deutschland konnte ich in meinen Recherchen jedoch nicht auffinden. Eine zentrale Regierungsstelle, die für die Implementierung der SDGs verantwortlich ist, wurde in allen G7-Staaten außer Großbritannien und den USA festgelegt. Ein besonders hoher Grad an Institutionalisierung wird beispielsweise Italien zugeschrieben, da dort sowohl SDG-Strategien und Aktionspläne, Referate zur Koordinierung der Implementierung und Mittel zur Partizipation von Stakeholdern vorhanden sind. Im Kontrast dazu werden die Vereinigten Staaten genannt, die keine solchen Aktivitäten aufweisen, und wo auch keine öffentliche Statements zu den SDGs existieren (Sachs et al., 2018).

Die Schaffung von nationalen Indikatoren zu den SDGs wird von den Autoren des SDG Index and Dashboards Reports als Mittel zur Bewertung der Institutionalisierung in den Staaten gewählt, unter anderem da diese unter SDG17.19 vorgesehen ist. Andere Aspekte zur Institutionalisierung wurden in dem Bericht nicht berücksichtigt (Sachs et al., 2018).

Tabelle 5 zu sehen ist, verfügen vier der sieben G7-Staaten über eigene SDG-Indikatoren, während Kanada, die Vereinigten Staaten und Großbritannien keine eigenen Indikatoren entwickelt haben. In Großbritannien wird allerdings durch das nationale Statistikinstitut berichtet, welche der bereits vorhandenen nationalen Indikatoren auf die SDGs zutreffen (Sachs et al., 2018).

Tabelle 5: Identifizierung von nationalen Schlüsselindikatoren durch das nationale Statistikinstitut oder ähnliche Institutionen (Quelle: Sachs et al., 2018).

Staat	Indikatoren vorhanden	Anzahl Indikatoren
Deutschland	ja	63
Frankreich	ja	98
Italien	ja	201
Japan	ja	140
Kanada	nein	–
Vereinigte Staaten	nein	–
Großbritannien	nein	–

Im Folgebericht „Sustainable Development Report 2019“ wurde untersucht, inwiefern in den Staaten hochrangige öffentliche Statements der Regierung gemacht werden, ob öffentliche Methoden wie beispielsweise Koordinationsmechanismen, Budget und Beschaffung für die Ziele genutzt werden, und ob die Inhalte von Regierungsstrategien und politische Aktionen mit den SDGs übereinstimmen. Neben den öffentlichen Statements wird auch die Abgabe eines Voluntary National Reports (VNR) als Indikator des Engagements der Staaten für die Implementierung der SDGs genannt. Bis zum Jahr 2019 haben alle G7-Staaten außer den Vereinigten Staaten einen VNR abgegeben. Bei diesen Staaten kann davon ausgegangen werden, dass die zuständigen Ministerien die SDGs zumindest formell unterstützen. Zudem wurde untersucht, ob hochrangige Statements der Regierung zu den SDGs vorhanden sind, ob die SDGs im letzten Budget erwähnt werden, ob es offizielle Schlüsselindikatoren zu

den SDGs gibt und ob Stakeholder-Mechanismen zu diesen vorhanden sind (Sachs et al, 2019).

Tabelle 6: Bemühungen der Regierungen zur Implementierung der SDGs (Quelle: Sachs et al., 2019)

Staat	Statements vorhanden	Erwähnung im Budget	Indikatoren	Stakeholder Mechanismen
Kanada	ja	ja	ja	ja
Deutschland	ja	nein	ja	ja
Frankreich	ja	nein	ja	ja
Italien	ja	ja	ja	ja
Japan	ja	ja	nein	ja
Vereinigte Staaten	nein	nein	nein	nein
Großbritannien	ja	nein	nein	ja

Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, sind in allen G7-Staaten außer den Vereinigten Staaten Statements zu den SDGs und Stakeholder-Mechanismen vorhanden. Dagegen werden die SDGs nur in Kanada, Italien und Japan auch im Haushaltsbudget des Staates erwähnt, während nationale Indikatoren bisher nur von vier Staaten, nämlich Kanada, Deutschland, Italien und Frankreich geschaffen wurden (Sachs et al, 2019).

In den folgenden Abschnitten werden die SDGs in den einzelnen G7-Staaten nun näher beleuchtet. Dabei werden die Historie der Nachhaltigkeitspolitik, die Umsetzung der Inhalte, die dafür aufgebauten Governance-Strukturen, das Monitoring und der Mehrwert der SDGs betrachtet. Die Staaten werden zuerst jeweils einzeln analysiert und schließlich in Kapitel 5 miteinander verglichen.

4.2 Deutschland

4.2.1 Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland

Die erste deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wurde im Jahr 2002 verabschiedet. Ab dem Jahr 2004 wurde sie in Vierjahresschritten überarbeitet und weiterentwickelt. Ebenfalls alle vier Jahre wurde ein Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie erstellt. Im Jahr 2016 wurde die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie dann insgesamt

überarbeitet. Die aktuelle Version der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die auch die SDGs integriert, wurde im Januar 2017 verabschiedet. Am 11.01.2017 wurde die Neuauflage der Strategie beschlossen. Sie wurde von „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie“ auf „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ umbenannt. Die Entwicklung der neuen Strategie fand als partizipativer Prozess statt: In einem ersten Schritt wurden in fünf deutschen Städten Konferenzen abgehalten, bei denen Landesminister, Landes-Staatssekretäre, Staatssekretäre der Bundesregierung und insgesamt rund 1.200 Bürger und Bürgerinnen teilnahmen. Als zweiter Schritt fanden eine Konsultationsveranstaltung mit 40 Vertretern von Verbänden, sowie eine online-Konsultation statt (Statistisches Bundesamt, 2017).

In dem dafür erstellten Konsultationspapier werden neben allgemeinen Themen der nachhaltigen Entwicklung und ihrer Umsetzung in Deutschland folgende Ziele und Indikatoren behandelt:

- Verlust von Lebensmitteln in Deutschland
- Deutschlands Beitrag dazu, weltweit Hunger und Mangelernährung zu beenden und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen
- Bessere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit bei der öffentlichen Beschaffung
- Stärkung von Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Wirkung von Forschungsinvestitionen
- Bodenschutz (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2019).

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist für die Bundesländer nicht bindend, diese stehen aber in enger Zusammenarbeit mit dem nationalen Prozess und waren an einer neuerlichen Überarbeitung der Strategie im Jahr 2018 beteiligt (ESDN, 2019).

Schon seit dem Jahr 2000, also zwei Jahre vor der Verabschiedung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, existiert das Komitee des Staatssekretärsausschusses für Nachhaltige Entwicklung. Dieses leitet, lenkt und überwacht die Entwicklungsstrategie. Das Komitee besteht aus Staatssekretären aus allen Bereichen und wird vom Bundeskanzler geleitet. Die Verantwortung für die nationale Nachhaltigkeitspolitik liegt in Deutschland beim Bundeskanzler, der die Implementierung der Nachhaltigkeitsstrategie mit den zuständigen Ministern koordiniert (ESDN, 2019).

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie besteht aus 21 Zielen und 38 Indikatoren, die im Jahr 2004 erstmals Thema des Fortschrittsberichts waren. Die nächsten Fortschrittsberichte an das Kabinett erfolgten in den Jahren 2008, 2012 und 2017.

4.2.2 Inhalte der deutschen Nachhaltigkeitspolitik und Veränderungen seit den SDGs

Bereits im September 2014 wurde vom Staatssekretärsausschuss beschlossen, die Nachhaltigkeitsstrategie für die nationale Umsetzung der Agenda 2030 zu nutzen (Die Bundesregierung, 2016). In den Prinzipien zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist enthalten, dass die nachhaltige Entwicklung in allen Regierungsbereichen berücksichtigt werden muss. Die globale Verantwortung für die Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und die Erfüllung des Pariser Klimaabkommens sollen miteinander verknüpft werden. Geschlossene Stoffkreisläufe sollen die globalen Lebensgrundlagen schützen und aufrechterhalten. Auch die Stärkung des nachhaltigen Wirtschaftens ist in den Prinzipien festgehalten. Es wird eine Entkopplung von Energieverbrauch und Verkehr von der Wirtschaftsleistung, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Land- und Fischereiwirtschaft genannt. Ein weiterer Punkt in den Prinzipien ist der soziale Zusammenhalt und die Armutsbekämpfung. Als Letztes wird noch die Notwendigkeit von Bildung, Wissenschaft und Innovation in den Prinzipien erwähnt.

In der Nachhaltigkeitsstrategie von 2017 wurden 13 neue Themenbereiche und 30 neue Indikatoren integriert, die ihren Ursprung in der Agenda 2030 haben. Hinzugekommen sind das Ziel 2.2, das weltweite Recht auf Ernährungssicherung, und die Ziele 12.3a und 12.3b zur nachhaltigen Beschaffung in Bezug auf Recyclingpapier und CO₂-Emissionen von Kraftfahrzeugen (Die Bundesregierung, 2018).

Die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie sind stark an den SDGs orientiert. Es werden alle SDGs ausführlich behandelt, Maßnahmen und Indikatoren sind sehr gut erläutert.

4.2.3 Governance, Institutionen und Veränderungen seit den SDGs

Die Zuständigkeit für die Nachhaltigkeitsstrategie liegt auf verschiedenen Ebenen: Die Nachhaltigkeitsstrategie unterliegt direkt dem Bundeskanzleramt. Dort findet vier Mal im Jahr das Komitee des Staatssekretärsausschusses für Nachhaltige Entwicklung statt. Der Staatssekretärsausschuss ist dafür zuständig, dass die Nachhaltigkeitsstrategie in allen Politikbereichen Anwendung findet. Er hat die Durchsetzungskompetenz in den Ländern (Die Bundesregierung, 2016). Das Komitee vereinigt hochrangige Politiker aus zehn Ministerien und wird auch „Grünes Kabinett“ genannt (Martinuzzi und Steurer, 2005).

Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung existiert seit dem Jahr 2004 und setzt sich aus 17 Mitgliedern aus vier Fraktionen zusammen. Er trägt das Thema Nachhaltigkeit in den Bundesrat und tagt in dessen Sitzungswochen. Der Parlamentarische Beirat gibt Stellungnahmen und Empfehlungen ab, berät in den Bundestagsausschüssen und hält Plenardebatten zur Nachhaltigkeit ab. Außerdem bewertet der Beirat die Nachhaltigkeitsprüfung der Bundesregierung und gibt dazu eine Stellungnahme ab (Die Bundesregierung, 2016).

Die dritte Institution für nachhaltige Entwicklung in Deutschland ist der Rat für Nachhaltige Entwicklung, der seit dem Jahr 2001 der Beratung dient und aus 15 dafür ernannten Personen des öffentlichen Lebens besteht. Der Rat hat viele Aktivitäten zur Nachhaltigkeit ins Leben gerufen: die „Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeit“ (RENN), den nachhaltigen Warenkorb, die Werkstatt N und den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (Die Bundesregierung, 2016).

Außerdem hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem implementiert, das die Ziele der SDGs (so wie vorher schon die Millenniumsziele) mit einem Zeitrahmen, Regelungen und 63 Indikatoren unterlegt (Statistisches Bundesamt, 2017).

Wie in Abbildung 2 ersichtlich, laufen die Beiträge der verschiedenen Institutionen im Staatssekretärsausschuss und in der Geschäftsstelle für Nachhaltigkeit im Bundeskanzleramt zusammen.

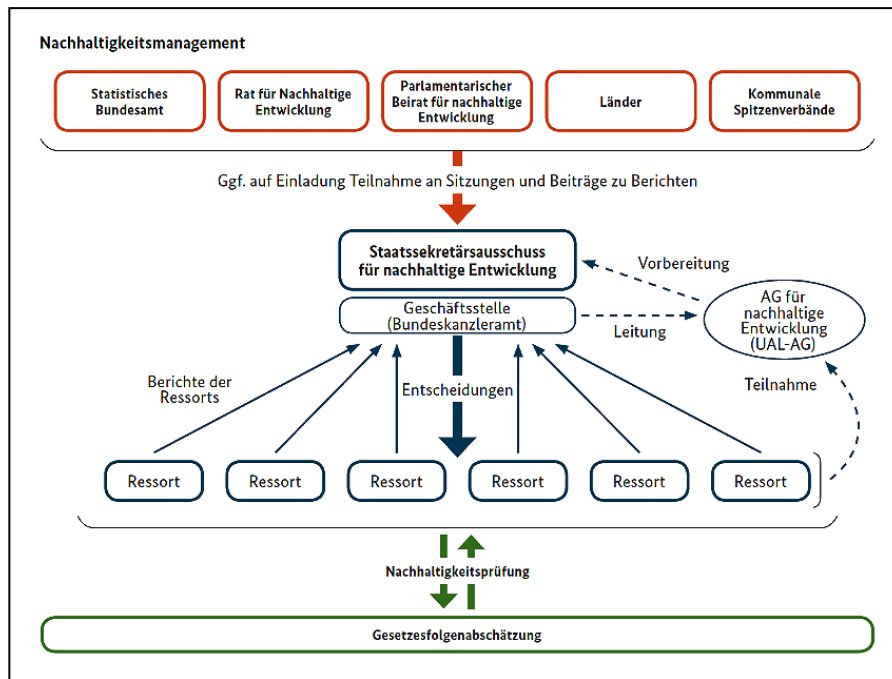


Abbildung 2: Graphische Darstellung der für die Nachhaltigkeitsstrategie verantwortlichen Institutionen (Quelle: Die Bundesregierung, 2016)

Andere relevante Akteure sind internationale Organisationen, Länder und Kommunen, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft. Für die Institutionen ist vorgesehen, dass sie bei der Entwicklung von Maßnahmen das Nachhaltigkeitsmanagementkonzept berücksichtigen. Dieses enthält die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung, Indikatoren und Ziele und das Monitoring.

Wie schon bei der Erstellung der Fortschrittsberichte davor fand auch im Jahr 2016 (Bericht 2017) ein weitgreifender partizipativer Prozess statt. Neben ausgewählten Stakeholdern im Rahmen von Konferenzen und Anhörungen konnte auch die Bevölkerung direkt über das Internet im sogenannten „Forum Nachhaltigkeit“ Kommentare und Vorschläge zum Entwurf des Berichts abgeben. Das erste Treffen einer neu gegründeten Dialoggruppe fand im September 2018 mit 20 Stakeholdern statt (ESDN, 2019).

Wissenschaftliche Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung werden durch die neu gegründete Plattform „Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030“ vereint. Jährlich findet eine Konferenz für nachhaltige Entwicklung statt, die vom Rat für Nachhaltige Entwicklung veranstaltet wird. Es nehmen daran bis zu 1.000 Personen teil. Seit dem Jahr 2012 findet in Deutschland außerdem der deutsche Nachhaltigkeitstag, beziehungsweise die deutsche Nachhaltigkeitswoche statt, die seit dem Jahr 2015 auch im restlichen Europa abgehalten wird (ESDN, 2019).

Die Bundesländer betreiben ihre eigene Nachhaltigkeitspolitik. 13 der 16 Bundesländer verfügen derzeit über eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie. Es findet ein Erfahrungsaustausch zwischen den Bundesländern untereinander und auch mit der Bundesregierung statt (ESDN, 2019).

Änderungen und Fortentwicklungen der Nachhaltigkeitsstrategie werden vom Bundeskabinett beschlossen. Der Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung führt die inhaltliche Erarbeitung durch und überprüft die Entwicklung der Indikatoren. Eine Arbeitsgruppe, in der alle Ressorts vertreten sind, bereitet unter der Leitung des Bundeskanzleramts die Sitzungen des Staatssekretärsausschusses vor. Der Interministerielle Arbeitskreis Nachhaltigkeitsindikatoren leitet die Überprüfung und Weiterentwicklung der Indikatoren. Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung bringt die Nachhaltigkeitsstrategie in den deutschen Bundestag ein. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat mehrere Funktionen. Er berät die Bundesregierung, sorgt für Beiträge zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, gibt Stellungnahmen zu Einzelthemen ab und unterstützt die Bewusstseinsbildung (ESDN, 2019).

In den Ressorts leiten Ressortkoordinatoren die Einbringung der nachhaltigen Entwicklung in alle Bereiche der inhaltlichen Arbeit und Verwaltung. Bei Zielkonflikten zwischen Nachhaltigkeitszielen wird die Gesetzesfolgenabschätzung relevant, bei der mehrere Handlungsalternativen miteinander verglichen werden, und eine Entscheidung zugunsten einer besonders relevanten Alternative getroffen wird. Umgesetzte Maßnahmen werden ebenfalls bezüglich der Nachhaltigkeitsstrategie überprüft, auch die Kommunikation der Ressorts hebt die Verbindung zur Nachhaltigkeitsstrategie hervor (ESDN, 2019).

Änderungen seit den SDGs

Mit dem 11. Januar 2017 wurde als erster Schritt für die Umsetzung der SDGs eine Neuauflage der deutschen Nachhaltigkeitspolitik veröffentlicht. Es gab den Beschluss, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) von Anfang 2017 im darauffolgenden Jahr zu aktualisieren. Der Grund für die Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2018 war der Entschluss der Bundesregierung, die Agenda 2030 in ihre Regierungsarbeit zu integrieren: „Im Koalitionsvertrag vom März 2018 haben sich CDU, CSU und SPD zur ambitionierten Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung als Maßstab des Regierungshandelns bekannt.“ (Die Bundesregierung, 2018a, S.7)

Die Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie diente dazu, die internationalen und europäischen Rahmenbedingungen einzugliedern, Indikatoren und Ziele an die deut-

sche Nachhaltigkeitsstrategie und den Koalitionsvertrag anzupassen, die Prinzipien für nachhaltige Entwicklung zu überarbeiten, über die institutionellen Strukturen und gesellschaftlichen Akteure zu berichten, und schließlich die Empfehlungen des dritten Peer Reviews einzuarbeiten und aktuelle Prioritäten der Ressorts darzustellen. Hierfür wurden Beiträge aus einer öffentlichen Konsultation im Juni 2018 verwendet. Die aktualisierte Auflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie soll zu deren Überarbeitung im Jahr 2020 beitragen (Die Bundesregierung, 2018a).

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie soll im Jahr 2020 weiterentwickelt werden. Dafür existiert ein Konsultationspapier der Bundesregierung, in dem auch die bisherigen Neuerungen seit den SDGs dargestellt werden. Mit den SDGs wurden die bisherigen Indikatoren von bisher vier auf nunmehr 17 Bereiche aufgeteilt. Jedem SDG wurde „mindestens ein Indikatoren-gestütztes politisches Ziel“ zugewiesen, das den Handlungsbedarf identifizieren soll (Die Bundesregierung, 2016).

Neu eingeführt wurde die Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung, die elektronische Nachhaltigkeitsprüfung (eNAP), ein jährliches Nachhaltigkeitsforum im Bundeskanzleramt und der Beginn der Wissenschaftsplattform „Nachhaltigkeit 2030“ (vgl. Die Bundesregierung, 2018). Die schon im Jahr 2002 entwickelten Managementregeln für Nachhaltigkeit wurden mit der Aktualisierung 2018 in die Prinzipien für Nachhaltige Entwicklung umwandelt. Von bisher drei Grundregeln und zahlreichen Regeln für die einzelnen Politikbereiche wurde nun auf sechs Prinzipien umgestellt.

Tabelle 7: Prinzipien nachhaltiger Entwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Quelle: Die Bundesregierung, 2018a)

<i>Prinzipien nachhaltiger Entwicklung</i>
<i>1. Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden</i>
<i>2. Global Verantwortung wahrnehmen</i>
<i>3. Natürliche Lebensgrundlagen erhalten</i>
<i>4. Nachhaltiges Wirtschaften stärken</i>
<i>5. Sozialen Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft wahren und verbessern</i>
<i>6. Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen</i>

Diese in Tabelle 7 abgebildeten Prinzipien sind als inhaltliche Anleitungen für nachhaltige Politik zu verstehen. Der Weg zu diesen Inhalten ist damit nicht festgelegt und für alle Politikbereiche offen.

Im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung ist die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen und Rechtsverordnungen vorgesehen. Um diese Überprüfung zu vereinfachen, ist seit März 2018 das Programm eNAP vorhanden, in dem die Benutzer automatisch durch alle Schritte der Nachhaltigkeitsprüfung geführt werden. Hier muss für jedes SDG die Relevanz und Begründung dargestellt werden. Das Ergebnis der elektronischen Nachhaltigkeitsprüfung kann schließlich für den Begründungstext des Regelungsvorhabens verwendet werden (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, 2018). Inwiefern dieses Ergebnis in der Praxis dann eine Rolle für die Etablierung des jeweiligen Gesetzes spielt, ist nicht ersichtlich.

Die Anpassung der Nachhaltigkeitsstrategie an die SDGs wurde von September 2017 bis März 2018 durch einen Peer Review mit China und Mexico überprüft. Die Ergebnisse des Peer Reviews loben zwar einerseits die Aufstellung für eine ambitionierte Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie, bemängeln allerdings auch etliche Punkte. Dazu gehören eine bisher ungenügend stattfindende Transformation des Verhaltens, zu wenig ehrgeizige Ziele, die nötige Verbesserung der institutionellen Architektur zur Umsetzung der Strategie, und eine zu schwache parlamentarische Kontrolle (Rat für Nachhaltige Entwicklung, 2018).

4.2.4 Monitoring der SDGs

Gemessen wird die nachhaltige Entwicklung in 38 Bereichen mit 67 Schlüsselindikatoren. Das Statistische Bundesamt verfasst alle zwei Jahre einen Fortschrittsbericht zum Stand der Nachhaltigkeitsstrategie, der vom Bundestag zur Kenntnis genommen wird. Außerdem wird diese einmal pro Legislaturperiode unter Einbindung der Öffentlichkeit weiterentwickelt. Im letzten Bericht wurden 27 Indikatoren positiv und 29 Indikatoren negativ bewertet.

4.2.5 Fazit zum Mehrwert der SDGs

Deutschland hat seit dem Jahr 2015 folgendes unternommen, um die SDGs umzusetzen: Inhaltlich wurden aus den SDGs 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) Themen in die neue deutsche Nachhaltigkeitsstrategie integriert. Die Governance-Strukturen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie beziehungsweise der SDGs wurden nicht wirklich verändert. Die bisherigen Institutionen bleiben weiterhin bestehen, hinzugekommen ist mit der Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung ein neuer Prozess, und zwar die eNAP, bei der die Relevanz von neuen Gesetzen und Verordnungen für jedes SDGs dargestellt werden muss. Darüber hinaus konnte ich keine weitere Änderung in der Governance feststellen.

Staatliche Akteure zur Umsetzung der SDGs sind in drei Institutionen aufgeteilt: das Komitee des Staatssekretärsausschusses für Nachhaltige Entwicklung, der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung und der Rat für Nachhaltige Entwicklung. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem installiert, das auch die SDGs abdeckt. Staatliche Prioritäten in der Umsetzung der SDGs lassen sich nicht erkennen, die bisherigen Prioritäten werden weiter verfolgt.

Der SDSN Global Index hat verschiedene Rankings. Dabei wird einerseits der derzeitige Stand des Staates zu den Zielen dargestellt, andererseits die wahrscheinliche Erreichung der Ziele bis zum Jahr 2030. Deutschland belegt derzeit Rang 6 von 162 im globalen SDG Ranking. Das Ranking erfolgt nach dem Grad der Erreichung der SDGs, der in Prozent gemessen wird (Sachs et al, 2019).

Nach dem SDSN Global Index hat Deutschland bisher keines der Ziele aus den SDGs erreicht. In zehn Zielen sind noch Herausforderungen zur Erreichung dieser vorhanden, bei drei Zielen, den SDGs 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion), 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) und 14 (Leben unter Wasser), bestehen große Herausforderungen. Bei den SDGs 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen), 7 (Bezahlbare und saubere Energie), 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum), 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur), 15 (Leben an Land) und 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) befindet sich Deutschland auf dem Weg, diese bis zum Jahr 2030 zu erreichen, die SDGs 5 (Geschlechtergleichheit), 10 (Weniger Ungleichheiten) und 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) stagnieren hingegen (Sachs et al., 2019).

Eine wirkliche Veränderung der Policies oder Governance aufgrund der SDGs ist in den Dokumenten der Bundesregierung nicht zu finden. Es wird von der Bundesregierung darauf hingewiesen, dass das Thema Nachhaltigkeit noch stärker beachtet und in die Regierungsbereiche stärker integriert werden soll, das Prozedere blieb aber im Großen und Ganzen gleich.

4.3 Frankreich

4.3.1 Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Frankreich

Die erste Nachhaltigkeitsstrategie in Frankreich wurde bereits im Jahr 2003 etabliert. Zuständig für die nachhaltige Entwicklung ist der Interministerielle Delegierte für Nachhaltige Entwicklung, der dem Premierminister unterstellt und im Umweltministerium angesiedelt ist (ESDN, 2017).

Seit dem Jahr 2005 ist die nachhaltige Entwicklung in der französischen Verfassung verankert. Um ihre Implementierung zu verbessern, wurde das Ministerium für Umwelt, Nachhaltige Entwicklung, Transport und Wohnen (MEEDDM) geschaffen. Seit dem Jahr 2008 ist der Interministerielle Delegierte für Nachhaltige Entwicklung auch Generalkommissar für Nachhaltige Entwicklung. Seine Aufgabe ist es, die Zusammenarbeit aller Ministerien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklung zu koordinieren. Als Vize-Vorsitzender des Nationalen Rates für ökologische Transition (CNTE) sorgt er auch für die Diskussion der nachhaltigen Entwicklung zwischen der Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen (ESDN, 2017).

Die darauffolgende Nachhaltigkeitsstrategie war in den Jahren 2010-2013 aktiv. Für die Entwicklung dieser wurde im Sommer 2007 eine Stakeholder-Konsultation durchgeführt, auf die zahlreiche Treffen von insgesamt 34 Arbeitsgruppen folgten. Die Ergebnisse dieser Konsultation wurden in die neue Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden (ESDN, 2017).

Bereits im Jahr 2006 wurden nach einer Revision der Nachhaltigkeitsstrategie zwölf Leitindikatoren eingeführt, die sich an die europäische Nachhaltigkeitsstrategie anlehnen. Diese wurden im Zuge der neuen Nachhaltigkeitsstrategie ergänzt und verbessert (ESDN, 2017).

Die dritte französische Nachhaltigkeitsstrategie 2015-2020 wurde in drei Schritten entwickelt. Auf einen Entwurf, der dem nationalen Rat für ökologische Transition vorgelegt wurde, folgte eine dreifache Konsultation, die eben diesen Rat, Experten über ein Workshop, und Stakeholder im Rahmen einer schriftlichen Konsultation umfasste. Danach wurde die Strategie am 26.1.2015 vom Interministeriellen Delegierten für Nachhaltige Entwicklung abgesegnet und am 4.2.2015 vom Ministerrat angenommen (Ministère de l'Écologie, du Développement durable et de l'Énergie, 2015).

4.3.2 Inhalte der französischen Nachhaltigkeitsstrategie und Veränderungen seit den SDGs

Die derzeitige französische Nachhaltigkeitsstrategie „*La stratégie nationale de transition écologique vers un développement durable 2015-2020*“ wird in neun Schwerpunktthemen aufgeteilt, die verschiedene ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte beinhalten (Ministère de l'Écologie, du Développement durable et de l'Énergie, 2015)

Die Strategie sieht die Möglichkeit vor, sich als Unternehmen oder Person über drei Jahre freiwillig zu nachhaltigem Handeln zu verpflichten. Außerdem müssen Ministe-

rien und andere staatliche Institutionen die Strategie in ihre Richtlinien aufnehmen. Auf lokaler Ebene ist die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern und Gemeinschaften vorgesehen (Ministère de l'Écologie, du Développement durable et de l'Énergie, 2015).

Im Text der französischen Nachhaltigkeitsstrategie kommen die SDGs derzeit nicht vor. Allerdings wurden nach einer von Hege et al. (2017) erstellten Studie, die von IDDRI (Institut du Développement Durable et des Relations Internationales) veröffentlicht wurde, aufgrund der SDGs elf Ziele neu hinzugefügt oder ehrgeiziger gesteckt. Dazu gehören unter anderem die Zielvorgaben für die Verminderung von Ungleichheit, die Verbesserung des Schulsystems, und die Bewältigung von Arbeitslosigkeit und Armut. Die Studie untersuchte 29 Zielvorgaben, maximal zwei pro SDG. Diese Zielvorgaben waren in Frankreich bereits vorhanden, allerdings in einer weniger ambitionierten Form (Hege et al., 2017).

4.3.3 Governance, Institutionen und Veränderungen seit den SDGs

Nachhaltigkeitsziele gibt es in Frankreich bereits seit dem Jahr 2003. Zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft wurde der Nationale Rat für Entwicklung und Internationale Solidarität (CNDSI) gegründet, sowie der Nationale Rat für Ökologische Transition (CNTE). Am 18. April 2016 wurde ein Tag der gemeinschaftlichen Aktionen veranstaltet. In Frankreich liegt die Umsetzung der SDGs im Ministerium für den Ökologischen und Solidarischen Übergang (*Ministère de la Transition écologique et solidaire*). Dort wurde am 30. November 2016 die Interministerielle Delegierte für Nachhaltige Entwicklung (*Interministerial Representative for Sustainable Development and General Commissioner for Sustainable Development*) ernannt, die mit dem Außenministerium zusammenarbeitet und unter der Autorität des Premierministers steht. Unter dem Vorsitz der Interministeriellen Delegierten wurden im Herbst 2016 Workshops zur Konsultation für die SDGs abgehalten. Diese fanden im Rahmen der Europäischen Wochen für Nachhaltige Entwicklung statt. Es war auch die Erstellung eines SDG National Action Plans vorgesehen. Ebenfalls im Jahr 2016 hat Frankreich einen Voluntary National Report beim High-Level Political Forum der UN abgegeben, in welchem die ersten Schritte der Umsetzung der SDGs dargestellt wurden (France Diplomatie, 2017).

Der Nationale Rat für Nachhaltige Entwicklung existiert ebenfalls seit dem Jahr 2003. Er bringt Akteure der Zivilgesellschaft und der Verwaltung zusammen, um Vorschläge und Beratung für die Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Er wurde im Jahr 2009 neu aufgesetzt (France Diplomatie, 2017).

Im französischen Bericht zur Implementierung der SDGs wird die Teilnahme der Zivilgesellschaft bei der Erstellung des Berichts hervorgehoben. Es wird auch eine partizipative Internetplattform erwähnt (www.agendafrance2030.gouv.fr), die aber nie online ging. Eine neue nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist für die Jahre 2020-2030 vorgesehen (Republique Francaise, 2016).

Kritik an der Umsetzung der SDGs kommt von der Französischen Entwicklungsagentur (*Agence Française de Développement*). Die SDGs werden laut dieser nicht in die existierende Nachhaltigkeitsstrategie integriert. Es werden zwar einzelne Policies den SDGs zugeordnet, aber das Ausmaß der „Erneuerung“ durch die SDGs fehlt. Auch eine Einbeziehung des Parlaments in die Umsetzung der SDGs ist nicht vorhanden (Brimont, 2017).

Änderungen seit den SDGs

Die Verantwortung für die SDGs ist in Frankreich auf alle Ministerien aufgeteilt, es wurden je ein oder mehrere SDGs einem Ministerium zugeteilt. Zur Überwindung der bestehenden Siloisierung wird so laut einer Studie des IDDRI nicht beigetragen (Hege et al., 2017).

Seit Juni 2016 bietet das Ministerium für Ökologische und Solidarische Transformation Workshops zu den SDGs an. Daraus hat sich eine Arbeitsgemeinschaft mit insgesamt 1.300 Mitgliedern aus verschiedenen Bereichen entwickelt. Es wurden interministerielle Koordinationsmechanismen in die Regierungsorganisation integriert, um die Interdisziplinarität der öffentlichen Politik sicherzustellen. Außerdem wurde mit der Ausarbeitung einer Roadmap für die Agenda 2030 begonnen. Die Verantwortung für die Roadmap liegt bei der Interministeriellen Delegierten für Nachhaltige Entwicklung (Ministère de la Transition écologique et solidaire, 2018).

Im April 2018 wurde ein hochrangiger Lenkungsausschuss eingesetzt, der zweimal im Jahr zusammentreffen soll, um die Entwicklung der Roadmap zu überwachen und strategische Entscheidungen zu treffen. An diesem Ausschuss nehmen hochrangige Vertreter von Regierung und Verwaltung, gewählte Amtsträger und Personen aus der Zivilgesellschaft teil. Auch in jedem Ministerium soll eine für die Durchführung der Roadmap verantwortliche Arbeitsgruppe eingerichtet werden (Ministère de la Transition écologique et solidaire, 2018).

Die Roadmap soll der Überprüfung und der eventuellen Angleichung der öffentlichen Politik in Bezug auf die SDGs dienen, und wenn möglich auch die Indikatoren für das Budget mit den SDGs abgleichen. Außerdem wird in der Roadmap eine Folgenanalyse für die Beeinträchtigung der nachhaltigen Entwicklung durch Gesetze vorge-

schlagen. Die öffentliche Politik soll auf ihren Beitrag zur Erreichung der SDGs und auf Abhängigkeiten und Unvereinbarkeiten überprüft werden. Der Bericht dazu wurde im Januar 2018 veröffentlicht und gibt Empfehlungen an die Ministerien heraus (Ministère de la Transition écologique et solidaire, 2018).

Kritikern geht die Roadmap nicht weit genug, da sie in einigen Bereichen nur die bereits vorhandenen Ziele übernimmt und keine Neuerung durch die SDGs entsteht (Hege, 2019).

4.3.4 Monitoring der SDGs

Im Nationalen Rat für Statistische Informationen (CNIS) wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die die Umwandlung der von den Vereinten Nationen herausgegebenen Indikatoren in staatliche Indikatoren leitet. Dazu wurden zahlreiche Akteure aus verschiedenen Institutionen eingeladen. So wurden schließlich 66 Indikatoren aus dem Indikatoren-Set der UN ausgewählt und durch 32 weitere Indikatoren ergänzt. Diese insgesamt 98 Indikatoren wurden im Mai 2018 von der Arbeitsgruppe validiert (Ministère de la Transition écologique et solidaire, 2018).

4.3.5 Fazit zum Mehrwert der SDGs

Frankreich hat seit dem Jahr 2015 folgendes unternommen, um die SDGs umzusetzen: Inhaltlich wurden elf Ziele neu zur Nachhaltigkeitsstrategie dazu genommen oder verbessert. Im Folgejahr wurde eine Interministerielle Delegierte für Nachhaltige Entwicklung im Ministerium für Ökologischen und Solidarischen Übergang eingesetzt, die für die Koordination der Implementierung zuständig ist. Die Verantwortung für die Implementierung der SDGs liegt aber bei den einzelnen Ministerien. Im Jahr 2016 war noch ein SDG National Action Plan vorgesehen, im Jahr 2018 erschien schließlich eine Roadmap zu den SDGs. Ein öffentliches Internetforum dazu wurde geplant, aber nicht realisiert. Neben der Interministeriellen Delegierten wurde im Jahr 2018 noch ein Lenkungsausschuss für die Roadmap eingesetzt. Dieser sollte zwei Mal jährlich zusammentreffen, ist bis zum Juni 2020 aber insgesamt nur zwei Mal zusammengetroffen. Die staatlichen Prioritäten in der Nachhaltigkeitsstrategie haben sich durch die SDGs nicht geändert. Die Integration der SDGs in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie erfolgt in Frankreich eher zögerlich. Die französischen Ministerien müssen die SDGs in ihre interne Strategie aufnehmen. In die eigentliche Nachhaltigkeitsstrategie wurden die SDGs bisher nicht aufgenommen, das erfolgt wahrscheinlich in der nächsten Strategie 2020-2030. Eine im Jahr 2018 gestartete Roadmap für die Implementierung der SDGs soll dazu einen Großteil beitragen, eine zentrale in-

haltliche Verantwortung für die SDGs ist meiner Ansicht nach nicht in Sicht. Die Roadmap wird für ihre fehlenden inhaltlichen Neuerungen kritisiert.

Nach dem SDSN Global Index hat Frankreich bisher das SDG1 (Keine Armut) erfüllt. Bei acht SDGs bestehen Herausforderungen, diese zu erreichen, bei SDG12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion) und 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) große Herausforderungen. Frankreich ist bei den SDGs1 (Keine Armut), 3 (Gesundheit und Wohlergehen), 5 (Geschlechtergleichheit), 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) und 10 (Weniger Ungleichheiten) am Weg, diese bis zum Jahr 2030 zu erreichen, während die SDGs13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) und 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) stagnieren. Frankreich belegt derzeit Rang 4 von 162 im globalen SDG Ranking (Sachs et al., 2019).

Die Integration der SDGs in die französische Governance erfolgt langsam, mit der Einrichtung der Roadmap im Jahr 2018 ist aber ein erster Schritt dazu gelungen. Ob diese wirkliche Änderungen in der Governance zur Folge hat, muss in den nächsten Jahren beobachtet werden.

4.4 Italien

4.4.1 Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Italien

Bereits im Jahr 2002 wurde die Environmental Action Strategy for Sustainable Development in Italy (NSDS) vom Interministeriellen Komitee für ökonomische Planung (CIPE) genehmigt. Um die Strategie neu zu überarbeiten, wurde im Jahr 2015 eine Arbeitsgruppe im Ministerium für Umwelt, Land und Meer gegründet, die auch für die Entwicklung von Strategien in den verschiedenen Institutionen zuständig sein sollte. Bei der Erstellung der ersten Nachhaltigkeitsstrategie waren insgesamt 140 Behörden und Organisationen in 14 Meetings beteiligt (ESDN, 2017a).

Fünf Jahr nach der ersten Strategie, im Jahr 2007, wurde der erste nationale Report zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie erstellt. Dafür wurde ein starker Koordinationsmechanismus zwischen der zentralen Regierung und den Regionen erstellt, der vom Präsidenten des Ministerrates geleitet wurde (ESDN, 2017a).

4.4.2 Inhalte der italienischen Nachhaltigkeitsstrategie und Veränderungen seit den SDGs

Die italienische Nachhaltigkeitsstrategie (La Strategia Nazionale per lo Sviluppo Sostenibile, SNSvS) wurde im Dezember 2015 mit dem Gesetz Nr. 221 geplant. Die

CIPE billigte sie am 22. Dezember 2017. Die NSDS wurde nach folgenden fünf Schwerpunkten entwickelt:

- Menschen,
- Planet,
- Wachstum,
- Frieden,
- Partnerschaft

(people, planet, prosperity, peace, partnership – 5P).

Diese Schwerpunktgebiete wurden aus Bereichen ausgewählt, die in den nationalen strategischen Zielen zu kurz kommen (ESDN, 2017a).

Unter der Überschrift „Menschen“ stehen insgesamt zehn Ziele zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, Förderung von Bildung und sozialer Integration und Reduktion von Arbeitslosigkeit und der Förderung von Gesundheit und gesunder Lebensweise. Die Überschrift „Planet“ umfasst 17 Ziele zur Einhaltung des Biodiversitätsverlustes, nachhaltiger Nutzung von Ressourcen und zur Schaffung von resilienten Gemeinschaften und Gebieten, sowie zum Schutz von Landschaften und Kulturerbe. Unter „Wachstum“ finden sich ebenfalls 17 Ziele zur Unterstützung von nachhaltiger Forschung und Innovation, Gewährleistung von Vollerstellung und hochwertiger Ausbildung, von nachhaltigen Produktions- und Verbrauchsstrukturen, und einer Dekarbonisierung der Wirtschaft. Die vierte Überschrift, „Frieden“ fasst mit acht Zielen die Förderung einer gewaltfreien Gesellschaft, die Beendigung von jeglicher Diskriminierung und die Sicherstellung von Rechtmäßigkeit und Gerechtigkeit zusammen. Unter der letzten Überschrift „Partnerschaft“ werden insgesamt sogar 40 Ziele zu den Themen Regierung, Rechte und Ungleichheiten, Migration und Entwicklung, Gesundheit, Bildung, nachhaltige Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit, Umwelt, Klimawandel und Energie für Entwicklung, Schutz von Kultur- und Naturerbe und der Privatwirtschaft zusammengefasst (ESDN, 2017a).

Zu den 244 Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele ist festgehalten, inwiefern sie mit den SDGs übereinstimmen. Bei zahlreichen Indikatoren ist eine Übereinstimmung, beziehungsweise eine starke Übereinstimmung vorhanden (Italian Ministry for the Environment Land and Sea, 2017).

Neu ist die Ausrichtung der Ziele in der Nachhaltigkeitsstrategie nach den SDGs, seit diese durch die UN beschlossen wurden, beziehungsweise nach den fünf Ps. Auch die Abstimmung der Indikatoren mit den SDGs ist neu dazugekommen (Italian Ministry for the Environment Land and Sea, 2017).

4.4.3 Governance, Institutionen und Veränderungen seit den SDGs

Nach der Verabschiedung der SDGs durch die Vereinten Nationen wurde die National Sustainable Development Strategy (NSDS) als Kernstück der italienischen Nachhaltigkeitsstrategie an diese angepasst. Dieser Prozess wurde vom Umweltministerium geleitet. Das Finanzministerium unterstütze die Arbeit zur Nachhaltigkeitsstrategie, welche schließlich auch vom Ministerrat bestätigt wurde. Ein jährliches Review und Monitoring der Strategie ist geplant. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist für jeweils drei Jahre gültig, dann soll sie überarbeitet werden (ESDN, 2017a).

Änderungen seit den SDGs

Als Basis für die Strategie wurde eine Aufstellung des aktuellen Standes in Bezug auf jedes Ziel und jede Zielvorgabe gemacht. Das Umweltministerium initiierte zur Ausarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie einen landesweiten Konsultationsprozess. Bei der Entwicklung der Strategie waren neben allen Ministerien und Regionen auch zahlreiche Institutionen, Forschungseinrichtungen, Betriebe und circa 200 NGOs eingebunden. Der Prozess startete mit einer Kontextanalyse, in die auch die Zivilbevölkerung verstärkt mit einbezogen wurde. Wie in Abbildung 3 zu sehen ist, verlief der Prozess zur Einbindung der Agenda 2030 in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie in mehreren Stufen, die durch Revision und Monitoring teilweise wiederholt werden sollen (Italian Ministry for the Environment Land and Sea, 2017).

Der italienische Ministerrat leitet die Koordination und das Management der italienischen Nachhaltigkeitsstrategie. Dabei wird er vom Ministerium für Umwelt, Land und Meer und vom Ministerium für Äußere Angelegenheiten und Internationale Kooperation unterstützt. Ein jährlicher Bericht über die Implementierung der Nachhaltigkeitsstrategie ist geplant. Lokale und regionale Behörden werden durch das Gesetz Nr. 152/ Art. 34 dazu angehalten, am Implementierungsprozess aktiv teilzunehmen. Das Ministerium für Umwelt, Land und Meer gründet ein Forum zur Partizipation der Zivilbevölkerung. In diesem Forum ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit die Anmeldung zur Teilnahme online möglich (Italian Ministry for the Environment Land and Sea, 2017).

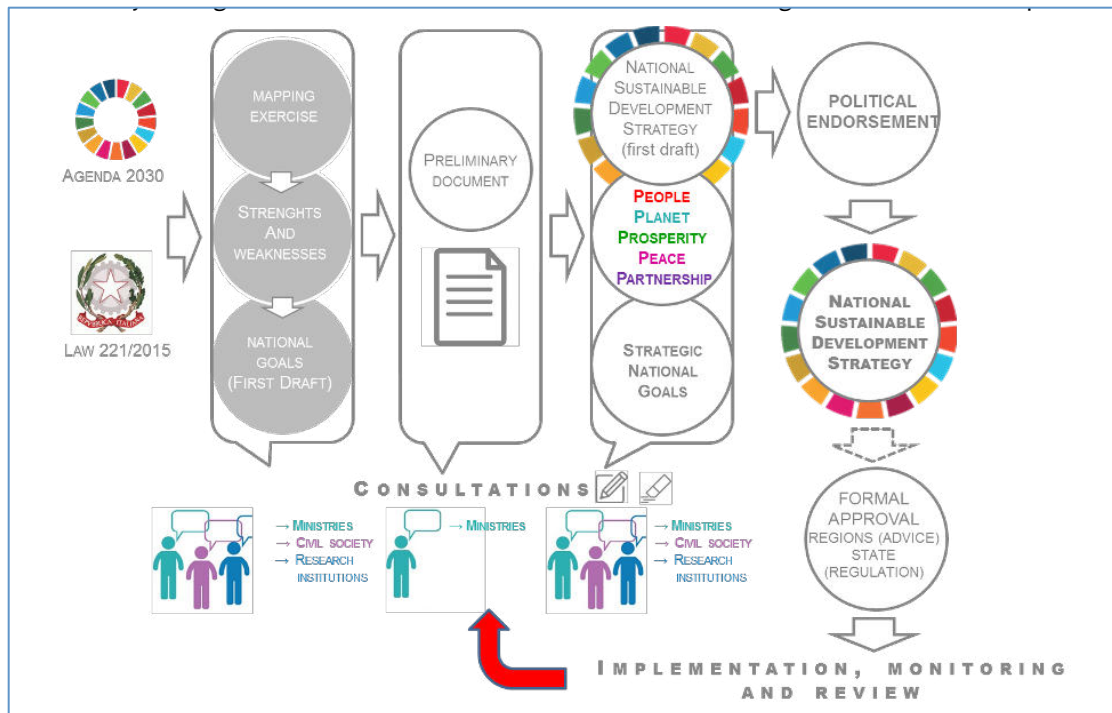


Abbildung 3: Prozess zur Implementierung der Agenda 2030 in Italien (Quelle: Italian Ministry for the Environment Land and Sea, 2017)

Italien hat im Jahr 2017 einen Voluntary National Report bei der UN vorgestellt. Für das Jahr 2017 war ein Aktionsplan zur Nachhaltigkeit geplant (Italian Ministry for the Environment Land and Sea, 2017). Dazu ist bisher kein Dokument online aufzufinden.

Im Mai 2017 wurde von der NGO Italian Alliance for Sustainable Development (ASVIS) das Sustainable Development Festival veranstaltet. Das Festival dauerte 17 Tage, während denen im ganzen Land über 200 Veranstaltungen zum Thema Nachhaltige Zukunft in Italien stattfanden (Research Italy, 2017).

4.4.4 Monitoring der SDGs

Italien verfügt über ein Indikatoren-Set von 150 Indikatoren, die direkt auf die SDGs bezogen sind. Zusätzlich wurden noch Schlüsselindikatoren für Umweltschutz aus dem Europäischen Rat in Barcelona aus dem Jahr 2002 inkludiert. Im Jahr 2011 wurden ein Steuerungskomitee und eine wissenschaftliche Kommission gegründet, um die Indikatoren zu verbessern. So wurden schließlich zwölf für das Land relevante Dimensionen des Wohlergehens und für diese wiederum 134 statistische Indikatoren identifiziert (Italian Ministry for the Environment Land and Sea, 2017).

4.4.5 Fazit zum Mehrwert der SDGs

Die italienische Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002 ist vor allem auf Umweltthemen und den Klimawandel bezogen. Erst durch die Inkludierung der SDGs im Jahr 2015 wurden soziale und wirtschaftliche Themen, sowie internationale Partnerschaften und Frieden in die Nachhaltigkeitsstrategie mit einbezogen. Das erfolgte unter anderem in einem breiten öffentlichen Konsultationsprozess. Italien hat seit dem Jahr 2015 folgendes unternommen, um die SDGs umzusetzen: Die neue italienische Nachhaltigkeitsstrategie ist inhaltlich auf die fünf Ps aus den SDGs ausgerichtet und hat die Ziele danach erneuert. Die staatlichen Akteure sind folgendermaßen aufgeteilt. Koordination und Management der Nachhaltigkeitsstrategie liegt beim italienischen Ministerrat. Unterstützt wird dieser durch das Ministerium für Umwelt, Land und Meer, das auch ein Forum für die Partizipation der Bevölkerung gründete, und das Ministerium für Äußere Angelegenheiten und Internationale Kooperation. Die Prioritäten liegen eindeutig bei den fünf Ps aus den SDGs. Die Koordination der italienischen Nachhaltigkeitsstrategie liegt beim Ministerrat..

Italien belegt derzeit Rang 30 von 162 im globalen SDG Ranking. Nach dem SDSN Global Index hat Italien SDG3 (Gesundheit und Wohlergehen) erreicht. Bei den SDGs9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur), 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion), 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz), und 14 (Leben unter Wasser) gibt es dagegen noch große Herausforderungen. Bei den SDGs 3 (Gesundheit und Wohlergehen), 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen), 7 (Bezahlbare und saubere Energie), 15 (Leben an Land), und 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) befindet sich Italien am Weg, diese bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Die SDGs9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) und 14 (Leben unter Wasser) stagnieren (Sachs et al., 2019).

Italien hat zwar die Inhalte seiner Nachhaltigkeitsstrategie an die SDGs angepasst wurden, an der italienischen Governance dazu hat sich aber wenig geändert. Eine politische Relevanz der SDGs ist nicht ersichtlich.

4.5 Japan

4.5.1 Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Japan

Das im Jahr 1967 geschaffene Basic Law for Environmental Pollution Control war das erste Umweltgesetz Japans, das gemeinsam mit dem Nature Conservation Law 1972 später in das Basic Environment Law 1993 integriert wurde. Dieses spricht Themen wie globale Erwärmung, das Ozonloch, die Verschmutzung des Meeres,

Artenverlust und andere durch den Menschen verursachte Umweltprobleme an und sieht eine nachhaltige Entwicklung Japans sowie eine jährliche Berichterstattung dazu vor. Es wurde in Abstimmung mit Beschlüssen der Konferenz in Rio 1992 geschaffen. Während der Staat und die lokalen Regierungen hier für die Erstellung von Umweltschutzgesetzen genannt werden, liegt die Verantwortung für umweltbewusstes Handeln hauptsächlich in den Händen der Wirtschaftsunternehmen (Ministry of the Environment Japan, 1993).

Ebenfalls im Jahr 1993 wurde der "National Action Plan for Agenda 21" an die Vereinten Nationen übermittelt und ein Jahr später der „Basic Environment Plan“ verabschiedet, der auf dem Basic Environment Law basiert.

Schon vor der Verabschiedung der Agenda 2030 hat Japan im Februar 2015 die Development Cooperation Charter eingeführt, die auch als Grundlage zur Implementierung der Agenda 2030 dient.

4.5.2 Inhalte der Japanischen Nachhaltigkeitspolitik und Veränderungen seit den SGDs

Im Dezember 2016 wurden die „SDG Implementation Guiding Principles“ als neue nationale Strategie vorgestellt. Das Leitprinzip dieser Strategie lautet: *“Become a leader toward a future where economic, social and environmental improvements are attained in an integrated, sustainable and resilient manner while leaving no one behind.”* (Ministry of Foreign Affairs Japan, 2017, 4).

In den „SDG Implementation Guiding Principles“ wurden die SDGs acht prioritären Bereichen zugeordnet, die von Japan verfolgt werden. Diese Bereiche umfassen sowohl nationale Maßnahmen als auch internationale Kooperationen und sind in Tabelle 8 dargestellt. In Tabelle 9 ist die Zuordnung der acht prioritären Bereiche zu den fünf Ps aus den SDGs zu sehen. Im Anhang der oben genannten Prinzipien finden sich 140 spezifische Maßnahmen (Policies), die zur Erreichung der Ziele implementiert werden sollen (Division for Sustainable Development Goals, 2017, Ministry of Foreign Affairs Japan, 2017).

Tabelle 8: Die acht vorrangigen Bereiche in den Zielen der SDGs in Japan (Quelle: Division for Sustainable Development Goals, 2017).

Ziele	Zugehörige SDGs
1. Ermächtigung aller Menschen	1,4,5,8,10,12
2. Erreichung guter Gesundheit und Langlebigkeit	3
3. Schaffung von Wachstumsmärkten, Revitalisierung ländlicher Gebiete, Bewerbung von Wirtschaftstechnologie und Innovation	2,8,9,11
4. Nachhaltige und widerstandsfähige Landnutzung, Bewerbung von Qualitätsinfrastruktur	2,6,9,11
5. Energiesparen, Erneuerbare Energie, Maßnahmen gegen den Klimawandel und Kreislaufwirtschaft	7,12,13
6. Umweltschutz, inklusive Biodiversität, Wälder und Ozeanen	2,3,14,15
7. Schaffung von friedlichen und sicheren Gesellschaften	16
8. Stärkung der Mittel und Rahmenbedingungen zur Umsetzung der SDGs	17

Tabelle 9: Zuordnung der acht vorrangigen Bereiche zu den fünf Ps (Quelle: Ministry of Foreign Affairs Japan, 2017)

People
1. Empowerment of All People
2. Achievement of Good Health and Longevity
Prosperity
3. Creating Growth Markets, Revitalization of Rural Areas, and Promoting Science Technology and Innovation
4. Sustainable and Resilient Land Use, Promoting Quality Infrastructure
Planet
5. Energy Conservation, Renewable Energy, Climate Change Countermeasures, and Sound Material-Cycle Society
6. Conservation of Environment, including Biodiversity, Forests and the Oceans
Peace
7. Achieving Peaceful, Safe and Secure Societies
Partnership
8. Strengthening the Means and Frameworks for the Implementation of the SDGs

4.5.3 Governance, Institutionen und Veränderungen seit den SDGs

Die Regierung von Japan hat im Mai 2016 ein neues Gremium im Kabinett ins Leben gerufen, das „SDGs Promotion Headquarters“ genannt wird. Den Vorsitz dieses Gremiums hat der Premierminister, alle anderen Minister sind darin vertreten. Das Gremium dient der Bewerbung und Implementierung der SDGs in Japan und trifft ein- bis zweimal im Jahr zu Round Table Meetings zusammen. An diesen nehmen neben den Ministern auch NGOs, Akademiker, Mitglieder der Privatwirtschaft und Mitglieder aus internationalen Organisationen teil. Der Aufbau der Initiative wird anschließend in Abbildung 4 dargestellt. Hier ist auch die Einbindung der anderen Stakeholder in die Arbeit des SDGs Promotion Headquarters aufgezeigt. Die ersten Round Table Meetings wurden im September und November 2016 abgehalten (Division for Sustainable Development Goals, 2017).

Die Hauptaufgaben des SDGs Promotion Headquarters sind:

- Die Überwachung des Fortschritts der Maßnahmen für die SDGs Implementation Guiding Principles und deren Überarbeitung, sowie die Anpassung der Indikatoren.
- Die Förderung von Meinungsaustausch und Kooperation mit Stakeholdern.
- Durchführung von bewusstseinsbildenden PR-Aktivitäten für die Agenda 2030 (vgl. Ministry of Foreign Affairs Japan, 2017).
- Das SDGs Promotion Headquarters ist für die direkte Koordination von SDG-relevanten Themen mit einzelnen oder auch mehreren Ministern zuständig. Die Ministerien werden die SDGs in ihre Pläne, Strategien und Policies integrieren (Ministry of Foreign Affairs Japan, 2017).

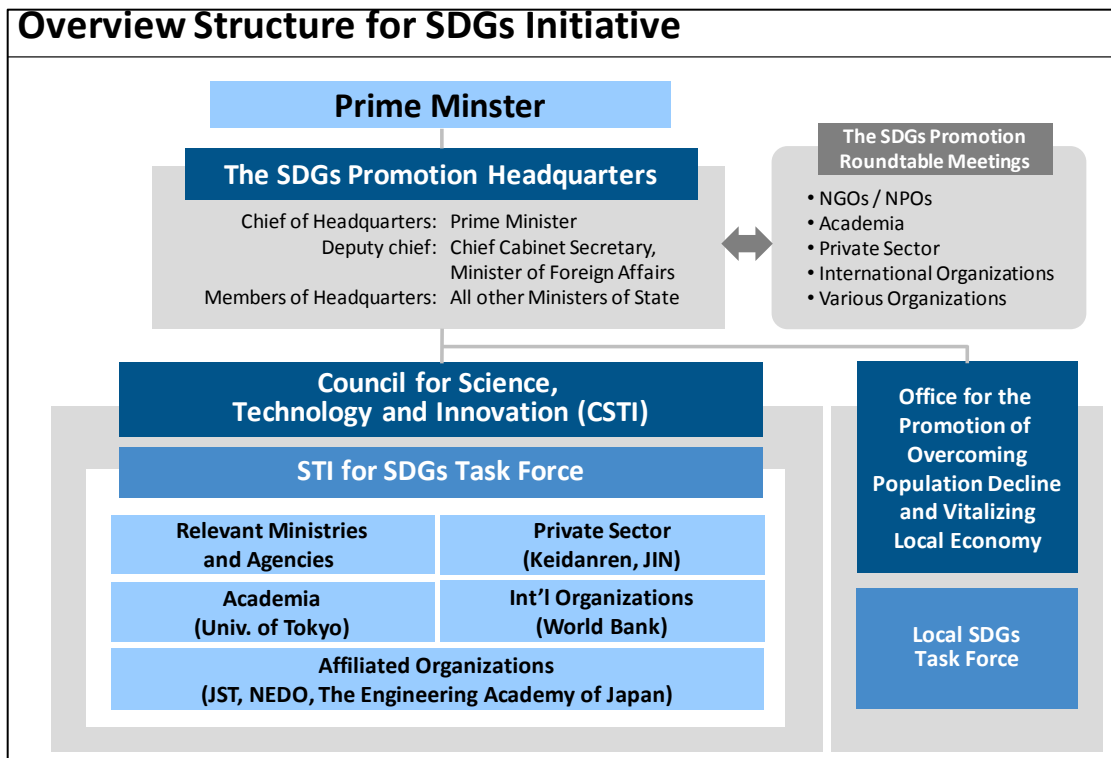


Abbildung 4: Struktur der SDG Initiative in Japan (Quelle: Cabinet Office Japan, 2018)

Eine besondere Bedeutung hat die „Public Private Action for Partnership“ (PPAP), da die Privatwirtschaft in Japan eine wichtige Rolle in der Implementierung der SDGs spielen soll. Dazu wurde auch der „Japan SDG Award“ ins Leben gerufen, mit dem im Juni 2017 erstmals herausragende Unternehmen für ihre Initiativen zu den SDGs prämiert wurden. Es wird aber betont, dass die Bekanntheit der SDGs beziehungsweise der Initiativen dazu noch nicht ausreichend ist (Division for Sustainable Development Goals, 2017).

Ein weiteres Medium zur Bewerbung der SDGs in Japan ist ein gemeinsam mit dem Außenministerium erstelltes Video des Youtubestars Pikotaro, dargestellt durch den Komödianten Kazuhito Kosaka, in dem der Song Pen-Pinapple-Apple-Pen (PPAP) auf die SDGs beziehungsweise die PPAP umgeschrieben wurden (<https://www.youtube.com/watch?v=ROHij1DCFMY>, 2017, ausgehoben am 16.11.2018).

Im Juni 2018 wurde vom Japanischen Premierminister der „Expanded SDGs Action Plan 2018“ genehmigt, der auf dem G20 Treffen im Jahr 2019 präsentiert wurde. Darin werden drei Initiativen als Beitrag Japans zu den SDGs hervorgehoben:

- Durch die Sendai Cooperation Initiative werden SDG11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) und SDG13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) unterstützt,

- SDG3 (Gesundheit und Wohlergehen) wird durch bessere Bekämpfung von Krankheiten und Impfkampagnen gefördert, und
- für SDG4 (Hochwertige Bildung) will Japan den Bildungszugang in Entwicklungsstaaten verbessern.

Darüber hinaus sollen auch Kampagnen für die SDGs 5 (Geschlechtergleichheit), 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur), 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) und 14 (Leben im Wasser) vorangetrieben werden (vgl. Prime Minister of Japan and His Cabinet, 2018; Benson Wahlén, 2019).

Die Internalisierung der SDGs in die Pläne und Strategien der Regierung sind limitiert. Rechtliche Rahmenbedingungen zur langfristigen Implementierung der SDGs, sowie für Follow-up und Review sind in Japan derzeit nicht vorhanden. Die Vision und Zielsetzung, Strategieentwicklung, Forschung und Entwicklung und Entscheidungskapazitäten werden dagegen in einer Studie von Morita et al. sehr positiv bewertet. Einige lokale Regierungen haben begonnen, die SDGs in ihre Pläne zu integrieren (Morita et al., 2019).

4.5.4 Monitoring der SDGs

Es werden Key Performance Indicators (KPIs) zur Messung des Fortschritts bei der Implementierung der SDGs genutzt. Die globalen SDG Indikatoren werden für die KPIs verwendet.

4.5.5 Fazit zum Mehrwert der SDGs

Die SDGs werden als neue japanische Nachhaltigkeitsstrategie herangezogen. Eine zuvor geltende Nachhaltigkeitsstrategie konnte ich nicht finden, es waren die ökologischen Nachhaltigkeitsthemen aber sehr gut in den bestehenden Umweltschutzgesetzen verankert. In Japan findet eine starke Verschiebung der Verantwortung für die Umsetzung der SDGs auf den privatwirtschaftlichen Sektor, die Bevölkerung und auf den Wissenschaftssektor statt, während sich der Staat eher zurückhält. Die Rolle des Staats wird neben der Aufnahme der SDGs in die eigenen Strategien der Ministerien stark bei der Bekanntmachung der SDGs bei der Bevölkerung und Wirtschaft gesehen.

Im Jahr 2016 wurden die „SDGs Implementation Guiding Principles“ als neue nationale Strategie festgelegt. In deren Anhang befinden sich 140 Maßnahmen zur Implementierung der SDGs, die durchgeführt werden sollen. Außerdem wurde, ebenfalls im Jahr 2016, das „SDGs Promotion Headquarters“ als neues Gremium im Kabinett gegründet, das der Bewerbung und Implementierung der SDGs in Japan dient.

Ein weiteres Instrument zur Bewerbung der SDGs ist die „Public Private Action for Partnership“ (PPAP), die die Wirtschaft ansprechen soll. Rechtliche Rahmenbedingungen und langfristige Pläne für die Internalisierung der SDGs gibt es jedoch nicht. Als staatliche Akteure sind der Premierminister und die Minister für die SDGs verantwortlich. Sie nehmen am „SDGs Promotion Headquarters“ teil. Die staatlichen Prioritäten liegen in Japan bei den fünf Ps, die in die acht vorrangigen Bereiche der SDGs eingearbeitet wurden.

Nach dem SDSN Global Index hat Japan die SDGs 4 (Hochwertige Bildung) und 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) erreicht. Bei den SDGs 5 (Geschlechtergleichheit), 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion), 13 (Klimaschutz) und 17 (Partnerschaften) hingegen sind noch große Herausforderungen vorhanden. Bei den SDGs 4 (Hochwertige Bildung), 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen), 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) und 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) befindet sich Japan auf dem Weg, diese bis 2030 zu erreichen. Die SDGs 5 (Geschlechtergleichheit), 13 (Klimaschutz) und 14 (Leben unter Wasser) stagnieren. Japan belegt derzeit Rang 15 von 162 im globalen SDG Ranking (Sachs et al, 2019).

Die Festlegung der SDGs als neue japanische Nachhaltigkeitsstrategie, und auch die Schaffung des SDGs Promotion Headquarters erwirken keine nennenswerten Änderungen in der Governance in Japan. Der Fokus liegt dort auf Bewusstseinsbildung für Unternehmen und Bevölkerung.

4.6 Großbritannien

4.6.1 Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Großbritannien

Im Jahr 1994 wurde in Großbritannien die erste Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. In den Jahren 1999 und 2005 wurde diese Strategie überarbeitet und erhielt neben stärkeren internationalen und gesellschaftlichen Dimensionen auch einen expliziten Fokus auf ökologische Grenzen. Es wurden vier prioritäre Themen festgelegt: Nachhaltiger Konsum und Produktion, Klimawandel, Schutz natürlicher Ressourcen und nachhaltige Gemeinden (ESDN, 2012).

Bereits davor, im Jahr 2001 wurde ein Sub-Komitee des Ministerkabinetts zu Nachhaltigkeitsthemen geschaffen. Dieses sollte die Auswirkungen der Regierungs-Policies auf die nachhaltige Entwicklung bewerten und die Beiträge der Ministerien zu dieser verbessern (Martinuzzi und Steurer, 2005).

In Großbritannien gab es eine erfolgreich arbeitende Kommission für Nachhaltige Entwicklung, die allerdings im Jahr 2011 von der Regierung Cameron abgeschafft wurde (vgl. Nordbeck und Steurer, 2016). Ebenfalls in diesem Jahr wurde ein Dokument mit dem Titel „Mainstreaming sustainable development - The Government's vision and what this means in practice“ veröffentlicht, das die Etablierung der Nachhaltigkeitsstrategie in Großbritannien propagiert und die Zustimmung der Minister zur Etablierung der nachhaltigen Entwicklung enthält. Im März 2012 wurde von DEFRA ein neues Dokument publiziert: „Mainstreaming Sustainable Development: One year in“, das einige Überarbeitungen zur Strategie von 2011 enthält (ESDN 2012).

Die Schaffung eines Umweltsekretariats, das in allen inländischen Kabinetts-Komitees vertreten ist, und einer ministeriellen Steuergruppe, die die Verpflichtungen hinsichtlich der Initiative „Greening Government's Operations and Procurement“ überwacht, wurden ebenfalls im Jahr 2011 festgelegt (DEFRA, 2011).

4.6.2 Inhalte der britischen Nachhaltigkeitspolitik und Veränderungen seit den SDGs

Die letzte gültige Nachhaltigkeitsstrategie in Großbritannien ist die Strategie „Securing the Future – delivering the UK sustainable development Strategy“ aus dem Jahr 2005, mit einer Überarbeitung aus dem Jahr 2011. Die vier prioritären Themen dieser Strategie sind:

- . Nachhaltiger Konsum und Produktion
- . Klimawandel
- . Schutz natürlicher Ressourcen
- . Nachhaltige Gemeinschaften

Ein Fokus der Nachhaltigkeitsstrategie liegt auf Maßnahmen zur Verhaltensänderung der Bevölkerung durch Gemeinschaftsprojekte, Foren, Bildung und auf der Evaluierung von umweltbezogenen Steuern. Im Bereich von nachhaltigem Konsum und Produktion sollen einerseits die Umweltauswirkungen von Produkten verbessert, andererseits das Konsumverhalten der Bevölkerung durch Beratung geändert werden. Die Kohlendioxidemissionen Großbritanniens sollen bis 2050 um 60% gesenkt werden und zwar unter anderem durch eine Kommunikationsinitiative, Carbon Offsetting, das EU ETS für den Flugverkehr und einen Energieeffizienzplan der Regierung. Zum Schutz natürlicher Ressourcen soll ein integrierter Policy Ansatz entwickelt, und neue Regierungsämter wie beispielsweise die „Integrated Agency“ für Umweltfragen geschaffen werden. Lokale Gemeinschaften und Nachbarschaftsstrukturen sollen ebenfalls gestärkt werden. In der Nachhaltigkeitsstrategie von 2005 wird

eine Stärkung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung vorgesehen, die Erstellung von Sustainable Development Action Plans für alle Ministerien und ein Monitoring für die nachhaltige Entwicklung geplant (HM Government, 2005).

Wie bereits erwähnt, wurde die vorangegangene Strategie mit dem bereits in Kapitel 4.6.1 genannten Dokument „Mainstreaming sustainable development – The Government’s vision and what this means in practice“ nochmals bestätigt und aktualisiert (vgl. House of Commons Library, 2016). Hier liegt ein Fokus auf der Vorbildwirkung der Regierung durch Abfall- und Energieverbrauchsreduktion und nachhaltigen Einkauf. Außerdem werden die Geschäftspläne der Ministerien auf Nachhaltigkeit untersucht (DEFRA, 2011).

Die Inhalte der britischen Nachhaltigkeitsstrategie wurden nicht mit den SDGs abgestimmt.

4.6.3 Governance, Institutionen und Veränderungen seit den SDGs

In Großbritannien muss man zwischen den SDGs und der nachhaltigen Entwicklung im Inland unterscheiden. Während die Zuständigkeit für die Implementierung der SDGs beim Department for International Development (DFID) liegt, ist das Department of Environment, Food and Rural Affairs (DEFRA) für die ökologische Seite der nachhaltigen Entwicklung in Großbritannien selbst zuständig. Diese Trennung der Verantwortlichkeiten spiegelt wieder, dass die SDGs in Großbritannien vor allem für die EZA relevant sind, da eine klare Institutionalisierung in diese Richtung besteht. Für die nachhaltige Entwicklung im eigenen Land werden die SDGs nicht als relevant gesehen.

Änderungen seit den SDGs

Das Department for International Development veröffentlichte im Jahr 2017 einen Bericht zur Agenda 2030. Aus diesem geht hervor, dass die Implementierung der SDGs in Großbritannien durch die sogenannten Single Departmental Plans (SDP) auf die einzelnen Ministerien (*Departments*) aufgeteilt ist. Es gibt keine für die gesamte Implementierung im Inland verantwortliche Institution. Jedem Target soll ein sogenanntes „Lead Department“ zugeordnet werden. Das Büro des Premierministers (*Cabinet office*) koordiniert die Erfüllung der Ziele im Inland (House of Commons Environmental Audit Committee, 2017).

Die Arbeit an den SDGs ist vor allem auf die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert. Öffentliche Diskussionen zu den SDGs mit der Regierung gab es bisher nicht, allerdings setzen sich die Regierungen in Wales und Schottland verstärkt für

die Implementierung der SDGs in ihren Ländern ein. In Schottland wurde die nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit den SDGs abgeglichen, außerdem besteht ein Netzwerk von SDG-Stakeholdern (UKSSD, 2018).

Eine im gesamten Staat agierende zivilgesellschaftliche Multi-Stakeholder-Arbeitsgruppe mit insgesamt 80 Partnern ist die Plattform UKSSD. UKSSD gab im Jahr 2018 einen Bericht zum Fortschritt Großbritanniens bei der Implementierung der SDGs heraus. Darin stand, dass Großbritannien bei 24% der 143 als für das Inland relevant erachteten Indikatoren gut abschneidet. Bei 57% der Indikatoren sind Lücken in der Policy zu finden, und bei 15% ist überhaupt keine Policy dazu vorhanden, oder sie werden schlecht erfüllt. Der Bericht bemängelt auch einen fehlenden Plan zur Umsetzung der SDGs (delivery plan), die fehlende Verbindung zur den Zielen (targets), und dass bisher kein Bericht zur Policy-Coherence erstellt wurde. Die UKSSD gibt zahlreiche Empfehlungen zur Verbesserung der Implementierung ab, an vorderster Stelle die Übernahme der Verantwortung für die SDGs durch das Büro des Premierministers und der Koordination durch das Kabinett (UKSSD, 2018).

Im Jahr 2019 wurde ein Voluntary National Report an das High-Level Political Forum abgegeben. In diesem Bericht wird das Engagement Großbritanniens, die Agenda 2030 im In- und Ausland umzusetzen, erwähnt. Es wurden im Juni 2019 Daten für 74% der UN-Indikatoren aufgezeichnet und berichtet. Positiv hervorgehoben werden in dem Bericht das hochqualifizierte Gesundheitssystem, die hohen Bildungsstandards, steigende Beschäftigungsraten, Fortschritte in Klima- und Umweltschutz, und eine starke Gesetzgebung bezüglich Ungleichheiten. Trotzdem muss an folgenden Themen noch vermehrt gearbeitet werden: die Beseitigung von Ungerechtigkeit, Klima- und Umweltschutz, Zugänglich machen des Wohnungsmarkts für alle, Bedürfnisse der psychischen Gesundheit und die Unterstützung einer wachsenden und zugleich alternden Gesellschaft. Großbritannien verpflichtet sich auch weiterhin, 0,7% seines BIPs an Entwicklungshilfe (ODA) abzugeben (HM Government, 2019).

Auch UKSSD gab einen Bericht zum Voluntary National Report heraus. In diesem werden nur 24% der relevanten Ziele positiv bewertet, während 73% als inadäquat bewertet werden. In dem Bericht wird festgestellt, dass von den elf Erwartungen, die die UKSSD im VNR untersucht hat, nur eine zufriedenstellend ist (UKSSD, 2019).

Das House of Commons hat im Jahr 2017 einen kritischen Report zur Implementierung der SDGs veröffentlicht. Die fehlende Implementierung der SDGs in Großbritannien wird von mehreren Seiten stark kritisiert. Dabei ist ein Hauptpunkt der Kritik die Konzentration der Arbeit auf den internationalen Bereich und die Ansiedelung der

SDGs beim DFID. Auch die fehlende Bekanntheit bei der Bevölkerung ist ein Kritikpunkt (House of Commons Environmental Audit Committee, 2017).

4.6.4 Monitoring der SDGs

Das erste Indikatoren-Set für nachhaltige Entwicklung wurde im Jahr 2010 vom DEFRA entwickelt, zwei Jahre später folgte ein zweites nach. Jedes Ministerium musste einen jährlichen Bericht über die Integration der nachhaltigen Entwicklung in ihr Reporting verfassen. Die Berichterstattung der SDIs (Sustainable Development Indicators) wurde im Jahr 2016 eingestellt, auch aufgrund der Redundanzen mit den SDGs.

Die Daten für das SDG-Reporting (beispielsweise für den VNR 2019) werden vom ONS (Office for National Statistics) gesammelt und veröffentlicht. Im Jahr 2019 wurden für rund 75% der Indikatoren Daten gesammelt (ONS, 2019). Ein spezifisches Monitoring-System für die SDGs ist nicht vorhanden.

4.6.5 Fazit zum Mehrwert der SDGs

Großbritannien hat seit dem Jahr 2015 folgendes unternommen, um die SDGs umzusetzen: im Jahr 2017 wurde vom Department for International Development (DFID) ein Bericht zu den SDGs erstellt. Das Department for International Development (DFID) leitet die Umsetzung der SDGs im Ausland, das Büro des Premierministers koordiniert die Erfüllung der Ziele im Inland. Eine Umsetzung im Inland ist jedoch nicht festzustellen. Es lassen sich auch keine Prioritäten bei der Umsetzung der SDGs erkennen. Die Implementierung der SDGs in Großbritannien ist aufgrund der Aufteilung der Verantwortung auf verschiedene Ministerien sehr komplex. Es gibt auf höchster Ebene keinen übergeordneten Verantwortlichen für die Implementierung der SDGs im Inland. Die Implementierung im Department for International Development ist hauptsächlich auf Entwicklungszusammenarbeit ausgerichtet. So liegt die Umsetzung der SDGs in Großbritannien vor allem bei NGOs anstatt bei staatlichen Organisationen und wird von diesen auch stark bemängelt.

Nach dem SDSN Global Index hat Großbritannien noch kein SDG erreicht. Bei den SDGs 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion), 13 (Klimaschutz) und 17 (Partnerschaften) sind noch starke Herausforderungen vorhanden. Die SDGs 4 (Hochwertige Bildung), 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen), 7 (Bezahlbare und saubere Energie), 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum), 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) und 17 (Partnerschaften) befinden sich am Weg zur Erreichung im Jahr 2030. Die SDGs 10 (Weniger Ungleichheiten), 12 (Nachhaltige/r Kon-

sum und Produktion), 13 (Klimaschutz) und 17 (Partnerschaften) stagnieren. Großbritannien belegt derzeit Rang 13 von 162 im globalen SDG Ranking (Sachs et al, 2019).

In Großbritannien sind keine Änderungen in Policies oder Governance durch die SDGs feststellbar. Das liegt unter anderem daran, dass deren Implementierung dem Department for International Development unterliegt und auf die Entwicklungszusammenarbeit beschränkt ist.

4.7 Kanada

4.7.1 Historie der Nachhaltigkeitspolitik in Kanada

Bereits im Jahr 1995 wurde in Kanada über den Auditor General Act verordnet, dass jedes Ministerium seine eigene Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen muss. Diese Strategie führte allerdings nicht zu den gewünschten Ergebnissen, da es keine gemeinsamen Ziele der Ministerien gab und auch keine Möglichkeiten vorhanden waren, deren Erreichung kohärent zu messen. So wurde schließlich im Jahr 2010 die erste kanadische Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, die Federal Sustainable Development Strategy (FSDS). Durch diese regierungsübergreifende Strategie sollte die gesamte Regierungsarbeit an der nachhaltigen Entwicklung orientiert werden, das Monitoring in das kanadische Monitoring- und Reporting-System eingebunden, und die Ergebnisse publiziert werden. Die FSDS aus dem Jahr 2010 vereinte schon vorhandene Zielsetzungen und Implementierungsstrategien und beinhaltete zusätzlich die Greening Government Operations (GGO). Die vier prioritären Themen waren Klimawandel und Luftreinhaltung, Wasserqualität und –Verfügbarkeit, Naturschutz und eine Reduktion des ökologischen Fußabdruckes (Sustainable Development Office Environment Canada, 2010).

In der zweiten FSDS von 2013-2016 wurden drei Verbesserungen zur vorangegangenen Strategie angestrebt. Die Ziele und Maßnahmen wurden auf Regierungsaktionen in größerem Umfang ausgeweitet, die Verbindung zur föderalen Planung und zum Monitoring wurde verstärkt und um alle Ziele messen zu können, wurden die Canadian Environmental Sustainability Indicators ausgeweitet. Die vier prioritären Themen der vorherigen FSDS blieben gleich, nur wurde neben dem Naturschutz auch der Schutz der kanadischen Bevölkerung aufgenommen (Sustainable Development Office Environment Canada, 2013).

In der darauffolgenden FSDS von 2016-2019 wurden 13 neue Ziele hinzugefügt und eine laufende Verbesserung und Erweiterung der Strategie ermöglicht. Für die Ent-

wicklung dieser Strategie wurde stark auf Partizipation gesetzt, circa 540 Kommentare und 900 Posts aus den sozialen Medien wurden in ihre Entwicklung miteinbezogen (Environment and Climate Change Canada, 2016).

4.7.2 Inhalte der kanadischen Nachhaltigkeitspolitik und Veränderungen seit den SDGs

Die derzeitige kanadische Nachhaltigkeitspolitik aus dem Jahr 2019 beinhaltet 13 Ziele aus den Bereichen Klimaschutz, saubere Energie, Infrastruktur und Wachstum, gesunde Gewässer und nachhaltige Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen, sowie die Verbindung von Mensch und Natur. Diese langfristigen Ziele werden durch mittelfristige Zielsetzungen mit einem Rahmen von drei bis fünf Jahren, sowie kurzfristige Meilensteine und Aktionspläne mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren ergänzt. In der FSDS sind nur staatliche Aktionen enthalten, während an der Erreichung der SDGs auch andere Akteure mitarbeiten. Für die vorhergehende FSDS 2016-2018 waren die Ziele erstmals an die SDGs angeglichen, die Ziele für die Jahre 2019-2022 sind es ebenfalls (Environment and Climate Change Canada, 2019).

4.7.3 Governance, Institutionen und Änderungen seit den SDGs

Die Federal Sustainable Development Strategy (FSDS) ist die nachhaltige Entwicklungsstrategie in Kanada. Ihre 13 Ziele sind mit den SDGs abgeglichen. Der Schwerpunkt der FSDS liegt auf Umwelt- und Naturschutzthemen. Die Ziele der Strategie werden für jeweils drei Jahre geplant.

Änderungen seit den SDGs

Der Federal Sustainable Development Act ermächtigt die FSDS. Er wurde im Juni 2017 genehmigt und im Juni 2018 mit der „Bill 57C“ abgeändert. Die jeweilige FSDS war 120 Tage nach ihrer Erstellung für eine öffentliche Konsultation (public consultation draft) ausgeschrieben. Nach dem Ablauf dieser 120 Tage existiert weiterhin eine Homepage zur öffentlichen Fragestellung für diverse Themen zur nachhaltigen Entwicklung Kanadas (siehe https://www.getinvolved.fds-sfdd.ca/get-involved?tool=forum_topic#tool_tab). Im Jahr 2018 hat Kanada einen Voluntary National Report beim UN High-Level Political Forum abgegeben (Government of Canada, 2018).

Ein Rahmenwerk zur Datenerhebung für 232 Indikatoren wurde bereits entwickelt, die Daten selbst sind erst zu einem geringen Teil erhoben. Auch das System für die Messung, das Monitoring und Reporting von Indikatoren ist noch nicht vorhanden (Sanchez, Vaughan, 2018).

Laut eines Berichts des Office of the Auditor General of Canada ist der Staatsrat (Privy Council Office) für die Erstellung der notwendigen Regierungsstruktur zur Implementierung der SDGs zuständig. Fünf staatliche Institutionen sind für diese Implementierung verantwortlich:

- Employment and Social Development Canada
- Environment and Climate Change Canada
- Global Affairs Canada
- Indigenous and Northern Affairs Canada
- Status of Women Canada

Im oben erwähnten Bericht wird außerdem festgestellt, dass neben der Governance zur Implementierung der SDGs auch ein allgemeiner formeller Ansatz dafür fehlt. Ebenso sind kein Kommunikationsplan, keine Strategie und kein Plan für einen nationalen Dialog vorhanden. Was es sehr wohl seit dem Jahr 2016 gibt, ist ein informelles interministerielles Komitee des Generaldirektors, das aber keine offiziellen Agenden und Berichte ausgibt. Ebenfalls vorhanden ist im Ministerium „Global Affairs Canada“ eine Verbindung der eigenen Prioritäten mit den 17 SDGs. Außerdem hielten die fünf oben beschriebenen verantwortlichen Institutionen jeweils Konsultationen mit ihren Key Stakeholdern ab (Office of the Auditor General of Canada, 2018).

Mit dem Budget 2018 wurde die SDG Unit gegründet, der ein Budget von \$49,4 Mio. für insgesamt 13 Jahre zur Implementierung der SDGs zugesprochen wurde. Das entspricht 0,015% des kanadischen Staatsbudgets. Diese SDG Unit soll auch die Entwicklung einer nationalen Strategie für die SDGs in die Wege leiten. Im Juni 2019 wurde der Zwischenbericht „Towards Canada’s 2030 Agenda National Strategy“ herausgegeben, der als Basis für die weitere Arbeit der kanadischen Regierung zur Implementierung der SDGs dienen soll (Sustainable Development Goals Unit, 2019).

Die SDG Unit ist im Ministerium für Arbeit und soziale Entwicklung (Employment and Social Development Canada) angesiedelt. Von März bis Mai 2019 wurden öffentliche Konsultationen abgehalten, in denen insgesamt 42.000 Personen angesprochen, und von 2.500 Personen Feedback gegeben wurde. Das Ergebnis dieser Konsultationen ist das Dokument „Towards Canada’s 2030 Agenda National Strategy“ (Sustainable Development Goals Unit, 2019).

Alle Minister, Ministerien und Ämter sind für die Implementierung der SDGs verantwortlich. Ansonsten wird bei der Umsetzung der SDGs in Kanada ein starker Fokus auf NGOs, die Privatwirtschaft, Universtitäten und Indigene Organisationen gelegt (Sustainable Development Goals Unit, 2019).

Als erster Schritt zur Policy Coherence werden die vorhandenen Policies und Initiativen mit den SDGs abgeglichen, um herauszufinden, für welche SDGs es bereits Zielsetzungen gibt und wo Lücken sind. Im Interims-Dokument von 2019 wird ein eher allgemein gehaltener 30-Punkte-Plan zur Implementierung der SDGs vorgestellt, in dem beispielsweise der Ausbau der Berichterstattung, die Erstellung von Unterrichtsmaterialien oder die Unterstützung von Organisationen genannt wird (Sustainable Development Goals Unit, 2019).

4.7.4 Monitoring der SDGs

Zumindest alle drei Jahre wird in Kanada ein Fortschrittsbericht zur FSDS erstellt. Das Monitoring der SDGs geschieht derzeit in diesem Rahmen. Die für das Monitoring der Fortschritte verwendeten Indikatoren stammen hauptsächlich aus den Canadian Environmental Sustainability Indicators (CESI) (Environment and Climate Change Canada, 2019).

4.7.5 Fazit zum Mehrwert der SDGs

Kanada hat seit dem Jahr 2015 folgendes unternommen, um die SDGs umzusetzen: Die Ziele der Federal Sustainable Development Strategy (FSDS) wurden mit den SDGs abgeglichen. Auch vorhandene Policies und Initiativen werden mit den SDGs abgeglichen. Seit dem Jahr 2018 existiert die SDG Unit im Ministerium für Arbeit und soziale Entwicklung zur Umsetzung der SDGs, der ein Budget für 13 Jahre zugeschrieben wurde. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt aber bei allen Ministerien und Ämtern. Die Prioritäten der SDGs sind eher sozial-bezogen, da die Umweltthemen bereits in den bisherigen Nachhaltigkeitsstrategien gut vertreten waren. Die Implementierung der SDGs in Kanada läuft zwar langsam an, aber dafür vielversprechend. Im Gegensatz zu der sehr gut ausgebauten FSDS, die vor allem Umweltthemen beinhaltet und beim Ministerium für Umwelt und Klimawandel angesiedelt ist, ist die Verantwortung für die SDGs auf alle Ministerien aufgeteilt. Die Koordination der Umsetzung liegt in der neu gegründeten SDG Unit beim Ministerium für Arbeit und soziale Entwicklung. Zusätzlich wird der Schwerpunkt vor allem auf die Aktivitäten von Bürgern, NGOs und anderen Organisationen gelegt, während die Rolle des Föderalstaats eher unterstützend für diese nicht-staatlichen Initiativen wirken soll. Kanada ist der einzige G7-Staat mit einem eigenen Budget für die Implementierung der SDGs.

Nach dem SDSN Global Index hat Kanada die SDGs 4 (Hochwertige Bildung) und 7 (Bezahlbare und saubere Energie) erreicht. Bei den SDGs12 (Nachhaltige/r Konsum

und Produktion) und 13 (Klimaschutz) sind noch starke Herausforderungen vorhanden. In den SDGs 3 (Gesundheit und Wohlergehen), 4 (Hochwertige Bildung), 7 (Bezahlbare und saubere Energie) und 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) befindet sich Kanada auf dem Weg, diese bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Die SDGs 10 (Weniger Ungleichheiten), 13 (Klimaschutz), 15 (Leben an Land) und 17 (Partnerschaften) stagnieren hingegen. Kanada belegt derzeit Rang 20 von 162 im globalen SDG Ranking (Sachs et al, 2019).

In Kanada sind erste Änderungen durch die SDGs in Policies und Governance zu sehen. Vor allem die Errichtung einer SDG Unit und der Beschluss eines Budgets für die SDGs sind hier richtungsweisend.

4.8 USA

4.8.1 Historie der Nachhaltigkeitspolitik in den USA

Die Nachhaltigkeitspolitik in den USA beschränkte sich seit den 1960er Jahren vor allem auf Umweltpolitik, zu der einige Gesetze verabschiedet wurden. Zwischen den Jahren 1993 und 1999 existierte das President's Council on Sustainable Development, das sich aus Personen aus der Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammensetzte und den Präsidenten in der Nachhaltigkeitspolitik beraten sollte (Federal Register, 1999).

Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie wurde bisher nicht entwickelt. Weder das Kyoto Protokoll noch das Pariser Abkommen wurden von den USA unterzeichnet. Insgesamt ist auf eine eher geringe Rolle der nachhaltigen Entwicklung in der Politik der USA zu schließen.

4.8.2 Inhalte der US-amerikanischen Nachhaltigkeitspolitik und Veränderungen seit den SDGs

Eine dezidierte Nachhaltigkeitspolitik beziehungsweise Nachhaltigkeitsstrategie konnte ich für die USA in meiner Literaturrecherche nicht finden. Im Landwirtschaftsministerium gibt es einige Programme zur Nachhaltigkeit, jedoch kein gesamtes Nachhaltigkeitsprogramm.

4.8.3 Governance, Institutionen und Änderungen seit den SDGs

Der Director of Sustainable Development und das Council for Sustainable Development sind seit dem Jahr 1996 im Landwirtschaftsministerium (United States Department of Agriculture) angesiedelt. Während der Direktor für Nachhaltige Entwicklung

für die Leitung der nachhaltigen Entwicklung und Repräsentation des Departments zuständig ist, ist der Rat für Nachhaltige Entwicklung für die Erstellung und Implementierung eines politischen Nachhaltigkeitsprogramms verantwortlich. Je ein Mitglied verschiedener anderer Ministerien ist dem Rat unterstellt (USDA, 2019).

Änderungen seit den SDGs

Auf staatlicher Ebene (*federal level*) sind keine Maßnahmen zur Implementierung der SDGs vorhanden. Es gibt fast keine öffentlichen Aussagen hochrangiger Staatsbediensteter zu den SDGs. Eine Ausnahme bildet Präsident Barak Obama, der sich in einer Rede am 27.09.2015 zu den SDGs bekannt hat (The White House, 2015). Da mit dieser Untätigkeit auf staatlicher Ebene anscheinend nicht alle Staaten und Städte der USA einverstanden sind, gibt es auf deren Ebene zahlreiche Initiativen zur Implementierung der SDGs. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist New York, das mit 8,6 Millionen Einwohnern bevölkerungsreicher ist als einige europäische Staaten. Seit dem Jahr 2015 existiert mit der Strategie ONE NYC 2050 eine Nachhaltigkeitsstrategie für die Stadt. Außerdem hat New York im Mai 2018 einen Voluntary Local Review zu den SDGs an die UN übermittelt (NYC Mayor's Office for International Affairs, 2018).

Beispiel Voluntary Local Review New York

New York hat die SDGs mit der im April 2015 ins Leben gerufenen Initiative „One-NYC“ verbunden und die Ziele der SDGs mit den Zielen der Initiative kombiniert. Die Stadt konzentriert sich jedes Jahr auf fünf SDGs, die in einem Bericht dokumentiert und bearbeitet werden. Die Bearbeitung der Ziele erfolgt in acht Arbeitsgruppen, die sich aus den 71 Behörden der Stadt zusammensetzen. Vorsitz hat der Bürgermeisterstellvertreter (*First Deputy Mayor*), die Initiative ist im Mayor's Office for International Affairs angesiedelt. Bei der Entwicklung der Ziele wurden Bürger und Betriebe aus New York mit einbezogen (NYC Mayor's Office for International Affairs, 2018).

Beispiel SDSN USA – eine zivilgesellschaftliche Initiative

The Sustainable Development Solutions Network United States (SDSN USA) ist ein im Jahr 2018 gegründetes Netzwerk von Forschern, Wissenschaftlern und anderen Vordenkern zur Etablierung der SDGs in den USA mit 120 Mitgliedern aus 41 Staaten. Im Jahr 2019 wurde der US Cities Sustainable Development Report von des SDSN USA herausgegeben, in dem 100 Städte im SDG Ranking verglichen werden (SDSN, 2019).

4.8.4 Monitoring der SDGs

In den USA sind die staatlichen Bemühungen zu den SDGs derzeit rein auf die Datensammlung zu den einzelnen Indikatoren beschränkt. Die Erreichung der Indikatoren für die SDGs wird vom nationalen Statistikinstitut „U.S. National Statistics“ gemessen. Hier wird für 244 Indikatoren der Status, ob sie aufgezeichnet werden, beziehungsweise deren Ergebnisse festgehalten, falls für den jeweiligen Indikator ein Online-Report existiert. Die Daten kommen aus verschiedensten Quellen, werden vom nationalen Statistikinstitut gesammelt, und einmal jährlich aktualisiert (US. National Statistics, 2019).

Das nationale Statistische Amt und die National Reporting Plattform (NRP) haben 2016 das Sustainable Development Solutions Network (SDSN) entwickelt, das 46 Indikatoren der 124 größten Städte misst und aufzeichnet. Diese Indikatoren sind auch mit den SDGs verbunden. Die Datenaufzeichnung wurde im Roundtable Report der US SDG Data Revolution Roadmap dargestellt (Center for Open Data Enterprise et al., 2017).

4.8.5 Fazit zum Mehrwert der SDGs

Abgesehen vom Indikatoren-Netzwerk sind in den USA so gut wie keine staatlichen Aktivitäten zu den SDGs, aber auch keine Nachhaltigkeitspolitik zu finden. Dafür existieren zahlreiche Initiativen von Bundesstaaten, Städten, privaten oder wissenschaftlichen Organisationen, die wie das SDSN auch Berichte an die UN abliefern. Eine erfolgreiche Implementierung der SDGs gänzlich ohne staatliche Unterstützung ist aber schwer vorzustellen.

Nach dem SDSN Global Index haben die USA derzeit keines der Ziele aus den SDGs erreicht. In drei Zielen (SDG4 (Hochwertige Bildung) , 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) und 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) befinden sie sich auf dem Weg, das Ziel im Jahr 2030 erreicht zu haben. Die USA belegen derzeit Rang 35 von 162 im globalen SDG Ranking (Sachs et al., 2019).

In den USA wurde bisher nichts zur Umsetzung der SDGs unternommen, das Thema wurden von offizieller Seite ignoriert.

5 Vergleich

5.1 Inhaltliche Aspekte

Die Herangehensweise der G7-Staaten an die Implementierung der SDGs ist unterschiedlich, es sind aber durchaus einige Ähnlichkeiten feststellbar. Es ist möglich, die Staaten in lose Gruppen mit ähnlichen Ansätzen einzuteilen. Diese Gruppen können je nach Fragestellung variieren. Der erste Aspekt der betrachtet wird, ist die Neuschaffung oder Beibehaltung von Prioritäten in den staatlichen Nachhaltigkeitsstrategien. Hier wird danach unterschieden, ob die Prioritäten nach den SDGs, beziehungsweise den dort vorkommenden fünf Ps abgeändert oder beibehalten werden, oder ob überhaupt keine Prioritäten vorhanden sind. Die Prioritäten in der Umsetzung lassen sich nach drei Gruppen einteilen. Die erste Gruppe orientiert sich an den von den Vereinten Nationen in der Agenda 2030 verwendeten fünf Ps (People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership), die zweite behält ihre bisherigen Prioritäten aus der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bei. Bei der dritten Gruppe sind keine innenpolitischen Prioritäten der Maßnahmen oder Ziele erkennbar.

Als zweites betrachte ich das Vorhandensein von staatlichen Strukturen und Umsetzungsmaßnahmen zu den SDGs. Es wird unterschieden nach Staaten, in denen Strukturen und Maßnahmen vorhanden sind, und Staaten, in denen das nicht der Fall ist.

Als letztes wird das Vorhandensein staatlicher Akteure zur Umsetzung der SDGs im Inland untersucht, wobei danach unterschieden wird, ob Akteure vorhanden oder nicht vorhanden sind.

Zwei Staaten haben die von den Vereinten Nationen in der Agenda 2030 verwendeten fünf Ps für ihre Nachhaltigkeitsstrategie übernommen. Italien und Japan orientieren sich bei der Verteilung ihrer Maßnahmen und Ziele an den fünf Ps. Die beiden Staaten versuchen, ihre Prioritäten ausgewogen auf diese fünf Bereiche aufzuteilen (siehe Kapitel 4.4.2, 4.5.2).

Dagegen haben drei Staaten ihre Prioritäten nicht verändert. Deutschland, Frankreich und Kanada behalten ihre bisherigen Prioritäten in den Nachhaltigkeitszielen bei. Deutschland hat beispielsweise Armut, Ungleichheit, geschlossene Stoffkreisläufe und nachhaltiges Wirtschaften als Prioritäten gesetzt, die auch schon vor den SDGs eine Rolle gespielt haben. In Kanada liegt traditionell ein starker Fokus der Nachhaltigkeitsstrategie auf Umwelt- und Naturschutz, während die SDGs sich in

Kanada eher auf die sozialen Themen konzentrieren (siehe Kapitel 4.2.2, 4.3.2, 4.7.2).

In der dritten Gruppe, die aus den Vereinigten Staaten und Großbritannien besteht, sind keine innenpolitischen Prioritäten auszumachen. In den Vereinigten Staaten gibt es deshalb keine Prioritäten, weil keine Nachhaltigkeitsstrategie vorhanden ist und die SDGs nicht umgesetzt werden. Die Politik ignoriert diese völlig. In Großbritannien gibt es keine Prioritäten der SDGs für die Innenpolitik, weil die Umsetzung auf die Entwicklungszusammenarbeit beschränkt ist (siehe Kapitel 4.8.2, 4.6.2). Formell ist in Großbritannien das Büro des Premierministers für die Implementierung der SDGs im Inland sowie die jeweiligen Ministerien zuständig, ein Fortschritt bei der Implementierung ist aber nicht zu sehen.

5.2 Umsetzung: Strukturen und Maßnahmen

Bei der Frage nach der Erschaffung neuer staatlicher Strukturen für die Umsetzung der SDGs kann man zwei Gruppen unterscheiden.

In den Staaten der ersten Gruppe wurden neue staatliche Strukturen geschaffen und neue Ziele in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen, beziehungsweise neue Maßnahmen gesetzt. Zu dieser Gruppe gehören Kanada, Frankreich und Japan. In Kanada wurde zuerst ein informelles interministerielles Komitee des Generaldirektors, in Folge dann im Jahr 2018 die SDG Unit im Ministerium für Arbeit und soziale Entwicklung gegründet. Eine erste Tätigkeit dieser SDG Unit ist die Durchführung eines Policy-Abgleichs der vorhandenen Policies mit den SDGs. In Frankreich wird seit dem Jahr 2019 durch einen hochrangigen Lenkungsausschuss eine SDG-Roadmap entwickelt (siehe Kapitel 4.7.3). In Japan wurden bereits im Jahr 2016 die SDGs Promotion Headquarters zur Implementierung der SDGs gegründet (siehe Kapitel 4.5.3).

Gemeinsam ist diesen drei Staaten auch, dass neue Ziele aus den SDGs zur staatlichen Nachhaltigkeitsstrategie hinzugefügt wurden. Die ersten Schritte in Richtung einer neuen staatlichen Struktur für die SDGs sind in diesen Ländern, vor allem in Kanada und Frankreich, deutlich erkennbar. So wurden in Kanada 13 und in Frankreich elf neue Ziele zur Nachhaltigkeitsstrategie hinzugefügt (siehe Kapitel 4.3.2, 4.7.2). In Japan hingegen wird ein anderer Weg gewählt, der zwar die Festsetzung der SDGs an höchster Stelle (im Kabinett des Premierministers) vorsieht, aber die Verantwortung durch die PPAP weitgehend an die Privatwirtschaft und Zivilbevölke-

rung abgibt. Hier wurden 140 neue Maßnahmen im Rahmen der „SDGs Implementation Guiding Principles“ entwickelt (siehe Kapitel 4.5.3).

Die Staaten der zweiten Gruppe vereint die Beibehaltung der bisherigen staatlichen Strukturen, sowie die Integration der SDGs in diese. Die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie wurden in diesen Staaten nach den SDGs gruppiert, neue Ziele kamen aber keine dazu. Zu dieser Gruppe gehören Deutschland und Italien. Auch Großbritannien kann man gewissermaßen zu dieser Gruppe zählen, da hier die Verantwortung für die SDGs durch den Single Departmental Plan auf alle Ministerien aufgeteilt wurde (siehe Kapitel 4.6.3). In Deutschland wurde die Implementierung der SDGs in die bereits vorhandene Struktur der Nachhaltigkeitspolitik integriert und deren Verantwortung auf die SDGs erweitert. Die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie wurden nach den 17 Bereichen der SDGs aufgeteilt (siehe Kapitel 4.2.2). In Italien wurden die bisherigen Nachhaltigkeitsziele mit den SDGs von vor allem Umweltthemen auf Nachhaltigkeitshemen erweitert (siehe Kapitel 4.4.2). In Großbritannien wurde die Hauptverantwortung für die SDGs dem Department for International Development zugewiesen, davon abgesehen ist jedes Ministerium für die SDGs im eigenen Schaffungsbereich zuständig. In Großbritannien sind auch noch die nationalen Bemühungen von Wales und Schottland zu vermerken, die jedenfalls weiter gehen als die staatlichen Bemühungen (siehe Kapitel 4.6.3).

Was alle bisher genannten Staaten (abgesehen von den Vereinigten Staaten) gemeinsam haben, ist die erfolgte Abgabe eines Voluntary National Reviews beim HLPF zwischen den Jahren 2016 und 2019 (United Nations High Level Forum for Sustainable Development, 2018).

Ein weiteres Element, das bei fünf oben genannten Staaten ausgeprägt vorhanden ist, ist die Partizipation bei der Entwicklung der Maßnahmen, Ziele oder Aktionsplänen. In Kanada, Frankreich, Japan, Deutschland und Italien wurden, beziehungsweise werden Konsultationsprozesse, Foren oder Workshops zu den SDGs abgehalten. Nur für Großbritannien sind keine derartigen Prozesse zu finden.

Die Vereinigten Staaten sind keiner der beiden genannten Gruppen beizuordnen. Hier ist keine Integration der SDGs in staatliche Strukturen bemerkbar, es sind aber auch keine allgemeinen Nachhaltigkeitsziele zu finden (siehe Kapitel 4.8.3).

Bemerkenswert ist, dass alle G7-Staaten ein Monitoringsystem für die Indikatoren der SDGs aufgebaut haben. Es werden darin zwischen 66 und 244 Indikatoren gemessen. In manchen Staaten, beispielsweise in den Vereinigten Staaten, wird auf der Homepage des Monitoring-Systems, die beim nationalen Statistikinstitut ange-

siedelt ist, auch vermerkt, welche der von der UN vorgeschlagenen Indikatoren nicht gemessen werden (siehe Kapitel 4.8.4). Dass alle G7-Staaten die Indikatoren monitoren, kann daran liegen, dass die Verpflichtung dazu in der Agenda 2030 besonders betont wird. Sie ist in der Agenda 2030 unter Artikel 72 wie folgt festgehalten: „die Staaten verpflichten sich, die Umsetzung dieser Agenda in den nächsten 15 Jahren systematisch zu verfolgen und zu überprüfen“ (United Nations General Assembly, 2015, 31). Wieso gerade diese eine Verpflichtung aus der Agenda 2030 als einzige von allen G7-Staaten erfüllt wird, ist nicht klar nachzuvollziehen.

Interessanterweise war es auch bisher schon der Fall, dass das Monitoring von Nachhaltigkeitsstrategien jener Teil ihrer Implementierung war, der am besten funktioniert hat. Das war auch bei den MDGs ersichtlich (Casado-Asensio und Steurer, 2013). Hier wurde mit minimalem Aufwand Aktivität zu den Nachhaltigkeitsstrategien erzeugt, die die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien bis zu einem gewissen Maß ersetzt.

Die Frage danach, ob angekündigte Vorhaben in Bezug auf die Governance auch umgesetzt wurden, ist schwer zu beantworten. In den meisten Fällen sind Ankündigungen so vage und ohne Zeitangaben gehalten, dass keine Überprüfung ihrer Umsetzung möglich ist. Konkrete Ankündigungen wurden, sofern sie gemacht wurden, auch umgesetzt. Nur in einem Fall konnte ich feststellen, dass nach der Ankündigung einer partizipativen Internetplattform diese nicht erstellt wurde. Die im Jahr 2016 in Frankreich angekündigte Seite www.agendafrance2030.gouv.fr ging nie online (siehe Kap 4.3.3).

5.3 Staatliche Akteure zur Umsetzung der SDGs

In der Frage nach dem Vorhandensein staatlicher Akteure zur Umsetzung der SDGs lassen sich zwei Gruppen unterscheiden.

In sechs der sieben G7-Staaten sind ein oder mehrere hochrangige staatliche Akteure ernannt, die die Verantwortung für die Umsetzung der SDGs tragen sollen. Das sind Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada und Großbritannien. Wie aus Tabelle 10 ersichtlich ist, sind die Akteure in den sechs oben genannten Staaten an unterschiedlichen Stellen angesiedelt. Auch deren Aktivitäten variieren. Gemeinsamkeiten sind zwischen Kanada und Frankreich festzustellen, wo seit dem Jahr 2019 eine Roadmap beziehungsweise eine nationale Strategie für die Implementierung der SDGs entwickelt wird (siehe Kapitel 4.3.3, 4.7.3).

Tabelle 10: Staatliche Akteure und deren Aktivitäten zur Umsetzung der SDGs

Staat	Staatliche Akteure	Aktivitäten
Kanada	Auditor General Kanada; Sustainable Development Goals Unit im Ministry of Employment and Social Development Canada	Auditor General: Mängel in Implementierung festgehalten SDG Unit: Planung der nationalen Strategie ab 2019
Deutschland	Parlamentarischer Beirat für NH Entwicklung; Staatssekretärsausschuss; Rat für NH Entwicklung	Anpassung der NH Ziele an die SDGs; eNAP; Gesetzesfolgenabschätzung
Frankreich	Interministerielle Delegationen für Nachhaltige Entwicklung; Lenkungsausschuss	Entwicklung der Roadmap 2030
Italien	Umweltministerium	Konsultationen
Japan	SDGs Promotion Headquarter	Aktionen; PAPP
Großbritannien	DFDI – Implementierung der SDGs in Entwicklungsländern	

Hier gibt es drei Staaten, in denen die Verantwortung an höchster Stelle entweder im Bundeskanzleramt oder im Ministerrat angesiedelt wurde. Diese sind Deutschland, Italien und Japan (siehe Kapitel 4.2.3, 4.4.3, 4.5.3). In Frankreich und Kanada ist jeweils ein Ministerium für die Umsetzung der SDGs verantwortlich (siehe Kapitel 4.3.3, 4.7.3). Ferner kann hier Italien genannt werden, da dort neben dem Ministerrat auch das Umweltministerium für die Umsetzung verantwortlich ist (siehe Kapitel 4.4.3). In Frankreich liegt die Verantwortung ebenfalls beim Umweltministerium, in Kanada dagegen beim Sozialministerium, da hier die SDGs nicht zur Gänze mit der Nachhaltigkeitsstrategie vermischt werden (siehe Kapitel 4.3.3, 4.7.3).

In Großbritannien ist zwar ein staatlicher Akteur vorhanden, allerdings ist dieser mit dem Außenministerium (DFID) rein auf die Außenpolitik, beziehungsweise Entwicklungszusammenarbeit, beschränkt. Einen eigenen staatlichen Akteur zur innerstaatlichen Umsetzung gibt in Großbritannien nicht, wenn auch formell das Büro des Premierministers die Umsetzung koordiniert (siehe Kapitel 4.6.3).

In den Vereinigten Staaten sind keine hochrangigen staatlichen Akteure für die Umsetzung der SDGs vorhanden (siehe Kapitel 4.8.3).

Was nicht nur bei den Vereinigten Staaten, sondern auch in Großbritannien auffällt, ist die verstärkte Präsenz von NGOs, die die eigentlich staatliche Aufgabe der Umsetzung der SDGs zum Teil übernehmen. Diese versuchen vor allem, Universitäten,

Unternehmen und andere NGOs zu vernetzen und so einen Beitrag zur Erfüllung der SDGs zu leisten.

5.4 Zusammenfassung von Ähnlichkeiten und Unterschieden

Bei einem Vergleich aller G7-Staaten gibt es einige Ähnlichkeiten, aber auch viele Unterschiede in der Herangehensweise.

Ein Aspekt, den alle G7-Staaten umgesetzt haben, ist die Entwicklung und Implementierung eines Monitoring-Systems für eine unterschiedliche Anzahl an SDG-Indikatoren. Wie bereits beschrieben, hat jeder Staat ein System zum Monitoring implementiert. In vier Staaten wurden aufgrund der SDGs neue Indikatoren zum bestehende Monitoringsystem hinzugefügt, und zwar in Deutschland, Italien, Frankreich und Japan (siehe Kapitel 4.2.4, 4.3.4, 4.4.4, 4.5.4).

Ebenfalls gemeinsam ist den Staaten (abgesehen von den USA) in unterschiedlichem Ausmaß die eher zögerliche Umsetzung der SDGs, beziehungsweise eine nun schon mehrere Jahre dauernde Anlaufphase der Umsetzung. In den letzten vier Jahren sind fast alle G7-Staaten immer noch nicht in der Umsetzungsphase angelangt, sondern höchstens mit der Planung dieser beschäftigt. Bei den Staaten, die bereits eine Governance-Struktur zur Umsetzung aufgebaut haben, ist fraglich, welche Bedeutung diese in der alltäglichen Arbeit der Regierung und bei der Schaffung von Policies hat. Auch wenn Governance-Strukturen vorhanden sind, scheinen diese nur geringe Auswirkungen auf die Policies der Staaten zu haben. Das lässt auf eine rein symbolische Umsetzung der SDGs schließen.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist die geringe Aktivität der für die SDGs eingesetzten Gremien in politischen Entscheidungen. Dies ist in allen G7-Staaten außer den Vereinigten Staaten und Großbritannien, in denen keine solchen Gremien vorhanden sind, zu beobachten.

Die auffallendsten Unterschiede gibt es darin, ob die Umsetzung der SDGs in eine staatliche Ebene integriert ist, oder nicht. Hier reichen die Möglichkeiten vom Vorhandensein einer zuständigen Person an höchster Stelle der Regierung oder in einem Ministerium, bis zu überhaupt keiner nennenswerten Umsetzung.

Es sind zahlreiche Unterschiede in der Einführung von neuen Zielen und Maßnahmen zu sehen. Japan geht hier einen anderen Weg als die anderen G7-Staaten. In Japan liegt ein besonders starker Fokus auf der Motivation der Privatwirtschaft und nicht-staatlicher Initiativen zur Umsetzung der SDGs. Die staatlichen Aktivitäten dienen hauptsächlich zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades der SDGs in der Zivilbe-

völkerung und Wirtschaft. Der Staat produziert beispielsweise mit bekannten Musikern oder Fernsehstars Videos zur Bekanntmachung der SDGs (siehe Kapitel 4.5.3).

Auch Großbritannien hat eine eigene Herangehensweise an die SDGs. Durch die Ansiedelung der Verantwortung im Außenministerium ist diese vor allem auf das Ausland konzentriert. Das bedeutet, dass die SDGs vor allem als entwicklungspolitische Agenda wahrgenommen werden und weniger als im eigenen Land geltend. Die Aufteilung der Umsetzung im eigenen Staat auf alle Ministerien durch den Single Departmental Plan verstärkt außerdem die Siloisierung der Zuständigkeiten und verhindert eine integrierte Implementierung der SDGs (siehe Kapitel 4.6.3). Zwar ist auch in den anderen G7-Staaten außer den USA ein gewisser Schwerpunkt auf die SDGs als Thema der Entwicklungszusammenarbeit vorhanden, die alleinige Konzentration auf die EZA, die man in Großbritannien sehen kann, ist aber dort nicht der Fall.

Der dritte Sonderfall den ich herausheben möchte, sind die Vereinigten Staaten. Hier werden die SDGs von staatlicher Seite, abgesehen vom Monitoring, nicht beachtet. Eine Ausnahme stellt Präsident Barak Obama dar, der sich in einer Rede zu den SDGs bekannt hat. Es gibt nur zivilgesellschaftliche und regionale, beziehungsweise städtische Bemühungen, die SDGs zu implementieren. Diese sind sehr motiviert, wie am Beispiel New York zu sehen ist (siehe Kapitel 4.8.3).

Was an der Implementierung der SDGs in Deutschland auffällt, ist die sehr schnelle und strukturierte Einbeziehung der SDGs in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie und die zugehörigen Governance-Strukturen. Nach dieser bemerkenswerten Integration ist allerdings fraglich, welchen Einfluss die SDGs tatsächlich auf die staatlichen Policies und Tätigkeiten haben (siehe Kapitel 4.2.3).

6 Schlussfolgerungen

Abschließend möchte ich die Antworten auf meine vier Forschungsfragen kurz zusammenfassen und diskutieren.

Frage 1: Lassen sich bei der Umsetzung der SDGs staatliche Prioritäten erkennen? Wenn ja, wie wurden diese gesetzt und wie werden sie verfolgt?

Die Übernahme der SDGs in die nationalen Nachhaltigkeitsstrategien der G7-Staaten geschah auf unterschiedliche Art. Kanada, Deutschland und Frankreich orientieren sich an den bereits vorhandenen Prioritäten aus den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien. Kanada hat beispielsweise zum bisherigen Umweltschwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie noch einen sozialen Schwerpunkt hinzugefügt. Italien und Japan dagegen richten sich nach den von der UN verwendeten fünf Ps. In diesen beiden Staaten wurden die Nachhaltigkeitsstrategien neu formuliert und rund um die Prioritäten aus der Agenda 2030 aufgebaut.

In Großbritannien sind keine innenpolitischen Prioritäten vorhanden, da die SDGs nicht in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen wurden.

In den Vereinigten Staaten gibt es ebenfalls keine innenpolitischen Prioritäten zu den SDGs, da diese dort keine Bedeutung für die staatliche Politik haben.

Die nationalen Prioritäten spielen eine Rolle bei der Fixierung der Targets für die einzelnen SDGs.

Frage 2: Was wurde von den G7-Staaten seit dem Jahr 2015 unternommen, um die SDGs umzusetzen?

- **Was wurde angekündigt, was wurde tatsächlich umgesetzt? Mit welcher Begründung?**
- **Welche Institutionen, Governance-Prozesse beziehungsweise - Mechanismen wurden dafür etabliert? Inwiefern sind diese auch tatsächlich operativ tätig?**

Die G7-Staaten haben sowohl beim G7-Treffen im Jahr 2015 in Schloss Elmau, als auch beim Treffen im Folgejahr in Ise-Shima ein starkes Bekenntnis zu den SDGs und der Agenda 2030 abgegeben. Vor allem auf dem Treffen von Ise-Shima wurde die Agenda 2030 in vielen Themenbereichen angesprochen und bestätigt. Daher wäre eine umfangreiche Umsetzung der Agenda 2030 durch die G7-Staaten zu erwarten. Diese lässt jedoch auf sich warten. Die bisherigen Ansätze zur Umsetzung

lassen eher darauf schließen, dass das Bekenntnis zur Agenda 2030 und den SDGs rein symbolisch war.

In fünf der sieben Staaten wurden seit dem Jahr 2016 Änderungen an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie durchgeführt. Nur in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten geschah das nicht. In den anderen fünf Staaten sahen die Änderungen an den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien unterschiedlich aus. Während in Kanada und Frankreich neue Ziele und in Japan neue Maßnahmen zur Nachhaltigkeitsstrategie hinzugefügt wurden, gruppierten Deutschland und Italien ihre bestehende Strategie nach den SDGs neu. Daraus lässt sich schließen, dass die fünf Staaten, die ihre Nachhaltigkeitsstrategien aufgrund der SDGs geändert haben, diese zumindest symbolisch in ihre eigene Polity aufnehmen.

Verschiedene Governance-Institutionen und –Prozesse wurden für die Umsetzung der SDGs etabliert: In Frankreich wurde eine interministerielle Delegierte für Nachhaltige Entwicklung und ein hochrangiger Lenkungsausschuss für die SDGs eingesetzt, in Japan wurde das SDGs Promotion Headquarters etabliert, und in Kanada eine SDG Unit im Ministerium für Arbeit und soziale Entwicklung eröffnet. In Deutschland, Italien und Großbritannien wurden keine neuen Institutionen geschaffen, sondern die SDGs in vorhandene Institutionen integriert. Die operative Tätigkeit der Institutionen besteht vor allem aus regelmäßigen (meist ein- bis zweimal im Jahr stattfindenden) Treffen zu den SDGs.

Ein wichtiges Mittel zur Implementierung der SDGs sind partizipative Prozesse. In Deutschland, Frankreich, Italien und Kanada liefen und laufen öffentliche Konsultationen zu den lokalen Inhalten der SDGs. Meistens bezogen sich diese Konsultationen auf die Integration der SDGs in die Nachhaltigkeitsstrategien.

Wenn von den Staaten (seltene) konkrete Ankündigungen zur Governance gemacht wurden, wurden diese in den meisten Fällen auch umgesetzt. Die einzige Ausnahme ist Frankreich, wo eine Homepage zur öffentlichen Konsultation nicht umgesetzt wurde. Begründung konnte dafür keine gefunden werden. Meistens waren die Ankündigungen der Staaten so vage gehalten, dass ihre Umsetzung nicht wirklich nachvollzogen werden kann, beziehungsweise wurden eher Visionen anstatt konkreter Schritte angekündigt. Das zeigt deutlich, dass das Engagement der G7 für die SDGs symbolisch ist.

Für konkrete neue Governance zu den SDGs konnte ich in Deutschland ein Beispiel finden. In Deutschland wurde eine Gesetzesfolgenabschätzung eingeführt, die die Nachhaltigkeit und Anpassung neuer Gesetze an die SDGs prüfen soll. Die Aufnah-

me der SDGs in die Gesetzesfolgenabschätzung führt jedoch nicht zwingend zu einer negativen Bewertung des Gesetzes, falls die SDGs nicht beachtet werden.

Frage 3: Gibt es wichtige staatliche Akteure, die die Umsetzung der SDGs in den Staaten voranbringen wollen? Wenn ja, wer sind diese und was für Aktivitäten setzen sie?

In sechs der sieben Staaten sind staatliche Akteure zur Umsetzung der SDGs vorhanden, in fünf davon sind sie im Kabinett, Bundeskanzleramt oder einem Ministerium angesiedelt. In Großbritannien ist durch die Ansiedelung der SDGs im Außenministerium kein innerstaatlicher Rahmen für eine Umsetzung vorhanden. In den Vereinigten Staaten gibt es keine staatlichen Akteure für die Umsetzung der SDGs. Abgesehen vom Monitoring der Indikatoren durch das nationale Statistikinstitut gibt es dort seit einigen Jahren keine staatlichen Reaktionen auf die SDGs. In sechs der sieben G7-Staaten wurden für die Umsetzung der SDGs hochrangige Personen nominiert. In Kanada, Frankreich und Japan wurden dafür eigene Stellen oder Abteilungen geschaffen. In Italien und Deutschland liegt die Zuständigkeit für die SDGs im Umweltministerium beziehungsweise im Bundeskanzleramt, in Großbritannien liegt sie im Außenministerium. Die Vereinigten Staaten haben keine Zuständigkeit für die SDGs deklariert. Sowohl in Großbritannien und als auch in den Vereinigten Staaten ist eine starke zivilgesellschaftliche Organisation zu finden, wie beispielsweise UKSSD oder SDSN USA), die versucht, die SDGs zu implementieren. Die Zuständigkeit für die SDGs bei hochrangigen Staatsbediensteten sollte legt nahe, dass diese für die staatliche Politik von Bedeutung sind. Dass diese Zuständigkeit dennoch rein symbolisch ist, sieht man aus den fehlenden Policies und der fehlenden Governance zur Umsetzung der SDGs.

Die Aktivitäten zur Umsetzung bestehen vor allem aus der Abhaltung von Gremien und Räten zu den SDGs. Auch die Einrichtung von Homepages oder Workshops zur öffentlichen Konsultation ist verbreitet. Eine weitere Aktivität ist die Bekanntmachung der SDGs bei der Bevölkerung, beispielsweise in Japan.

Frage 4: Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede gibt es in den Staaten in Bezug auf Governance zu den SDGs? Wie lassen sich diese erklären?

Die auffallendste Gemeinsamkeit der G7-Staaten ist die Implementierung eines Monitoring-Systems für die Indikatoren der SDGs. Alle G7-Staaten haben dieses implementiert, auch wenn die SDGs sonst keine Rolle in ihrer Politik spielen. Auch die sehr zögerliche Herangehensweise an die SDGs kann als Gemeinsamkeit gesehen

werden. Hier heben sich lediglich die Vereinigten Staaten ab, die gar keine Aktivitäten zu den SDGs betreiben.

Unterschiede bei der Umsetzung konnte ich in der Ansiedelung der SDGs finden. Diese liegt entweder im Bundeskanzleramt (Deutschland, Italien, Japan) oder in einem Ministerium (Frankreich, Kanada, Vereinigtes Königreich). In Großbritannien und in den Vereinigten Staaten ist eine starke zivilgesellschaftliche Organisation festzustellen, die versucht, die SDGs zu implementieren.

Es gibt auch Unterschiede bei der Ansiedelung der Verantwortung beziehungsweise bei der Implementierung der SDGs. In Deutschland, Kanada, und Japan sind die SDGs nicht im Umweltministerium, sondern an einer anderen Stelle angesiedelt. Japan geht mit den SDGs Promotion Headquarters und der von diesem hauptsächlich betriebenen Bekanntmachung der SDGs bei Unternehmen und Privatpersonen einen eigenen Weg. In Kanada sind die SDGs im Arbeitsministerium angesiedelt. Der Umweltbereich war schon bisher mit der FSDS sehr gut abgedeckt.

6.1 Diskussion zum Mehrwert der SDGs

Als weltweit gültige integrierte Nachhaltigkeitsstrategie sollten die SDGs in alle politischen Institutionen aufgenommen, und dort in die Erarbeitung von Policies mit einbezogen werden. Wie in bereits in Kapitel 2.4 dargestellt, funktioniert diese umfassende Aufnahme der integrierten Strategien nur bedingt. Durch die Komplexität der 17 SDGs scheint ihre Implementierung die Staaten zu überfordern, insofern sie überhaupt gewillt sind, den Zielen Beachtung zu schenken.

Als die größten Wirtschaftsmächte haben die G7-Staaten großen Einfluss auf die weltweite nachhaltige Entwicklung und auch eine entsprechende Vorbildwirkung für andere Staaten. Wenn die Umsetzung der SDGs ernsthaft realisiert werden soll, müssten die G7-Staaten diese besonders engagiert betreiben. Um zu erforschen, inwiefern sie dies tun und damit ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, habe ich in dieser Arbeit versucht, ihre Wege zur Umsetzung der SDGs nachzuvollziehen.

Sowohl die Übernahme der SDGs in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie, als auch die Ausrichtung der Strategie nach den fünf Ps zeigen ein gewisses Engagement der Staaten für die SDGs. Dieser erste Schritt könnte zu weiterführenden Policies führen, wenn der politische Wille der Staaten vorhanden wäre. Wenn allerdings keine weiteren Maßnahmen folgen, bleibt die Aufnahme der SDGs in die Nachhaltigkeitsstrategie ein rein symbolischer Schritt. In den Vereinigten Staaten fehlt sogar dieser erste

symbolische Schritt zugunsten der SDGs. Hier wird nicht einmal versucht, symbolische Politik zu betreiben.

Während es die Abschlussberichte der G7-Treffen so aussehen lassen, als ob die SDGs in erster Linie für die Entwicklungshilfe relevant wären, haben doch fünf G7-Staaten eine staatliche Stelle für die Implementierung im Inland ernannt. Entwicklungshilfe hat zwar eine große Bedeutung in der Umsetzung der SDGs, ist aber nicht der einzige Aspekt in den Staaten.

Allgemein ist die Implementierung einer staatlichen Struktur für die SDGs sicher noch nicht abgeschlossen, auch wenn sie nun schon fünf Jahre dauert. In einigen Staaten besteht hier noch dringender Handlungsbedarf. Dabei geht es nicht nur um die formelle Errichtung einer Stelle für die SDGs, auch der Einfluss dieser Stelle auf das Geschehen im Staat gehört überdacht. Inhaltlich wurde erst in den Jahren 2018 und 2019 in Kanada und Frankreich begonnen, Roadmaps für die Implementierung der SDGs zu entwickeln. In den anderen Staaten gibt es derartige Pläne (noch) nicht.

Die fehlende Umsetzung der SDGs wird indirekt auch im SDSN Global Index sichtbar. Ein Beispiel hierfür ist Deutschland, das obwohl es noch keines der 17 Ziele erreicht hat, auf Rang 6 des Rankings liegt und in dem durch die SDGs keine wirklichen Änderungen in der Governance geschaffen wurden. Man kann also davon ausgehen, dass ein Großteil der Staaten noch weniger in der Umsetzung der SDGs erreicht hat, und auch die fünf über Deutschland gerankten Staaten nicht viel weiter sind.

Wie schon am Beginn von Kapitel 6 erwähnt, haben die SDGs einen universellen Anspruch auf die Verbesserung der Welt. Um die 17 Ziele bis zum Jahr 2030 umsetzen zu können, sind nur 15 Jahre Zeit. Fünf davon sind schon vergangen. Eigentlich sollte man die ersten Veränderungen durch die SDGs bereits sehen können. Vor allem staatliche Institutionen sollten die 17 SDGs mittlerweile in ihre Strukturen und ihre Arbeit integriert haben. Aber: Es sind soweit keine ausschlaggebenden Änderungen in den Policies und der Governance der Staaten wahrzunehmen. Zwar wurden Institutionen für die SDGs Großteils etabliert, deren Durchsetzungskraft ist allerdings nicht bemerkbar. Sie scheinen nicht in politische Entscheidungen integriert zu sein sondern nur parallel daneben herzulaufen. Bedeutende Entscheidungen werden immer noch ohne Bedacht auf die SDGs getroffen, die SDGs sind nicht in die politische Arbeit integriert. Der Anspruch der SDGs, die Welt in 15 Jahren gravierend zu verbessern, kann derzeit für die G7 nicht nachvollzogen werden. So sind die SDGs

derzeit vor allem als symbolische Politik zu sehen. Sie werden symbolisch von den G7-Staaten unterstützt, welche sich auch rege an ihrer Entwicklung beteiligt haben. Die Implementierung der SDGs selbst wird von den Staaten aber nicht, beziehungsweise nur sehr halbherzig vorangetrieben. An den Prioritäten der Regierungen hat sich durch die SDGs nichts geändert, sie sind nicht wie vorgesehen in die Regierungssysteme integriert worden, sondern laufen als zweitrangiges Parallelsystem daneben her. Die Staaten verwenden die SDGs vor allem, um ihre eigene Nachhaltigkeit zu betonen, eine wirkliche Bewegung in Richtung Nachhaltigkeit konnten die SDGs bisher nicht erreichen. Dies bestätigt die in Kapitel 2.3 und 2.4 zitierte Literatur von Casado-Asensio und Steurer (2013), sowie Nordbeck und Steurer (2016), in der dargestellt wird, wieso integrierte Strategien als politische Strategien nicht funktionieren. Die SDGs schreiben die seit dem Jahr 2001 andauernden Defizite der nachhaltigen Entwicklung fort, das heißt, ihre Implementierung findet ebenfalls parallel zum existierenden Governancesystem statt, die Implementierung der Policies scheitert an einer fehlenden Verbindung zur wirtschaftlichen Realität und mangelnden politischen Verpflichtungen. Es ist auch bei den G7-Staaten ersichtlich, dass die SDGs als reines Parallelsystem etabliert werden, das nicht die Macht hat, in das reguläre politische System einzugreifen. Man sieht, dass sie die einzelnen Politikbereiche nicht durch eine einzige Multi-sektorale Strategie verbinden können, auch wenn sie von einem zentralen Punkt aus gesteuert werden (Nordbeck und Steurer, 2016). Und man sieht, dass in jedem Staat unterschiedliche soziale und kulturelle Faktoren vorhanden sind, die die Implementierung der SDGs behindern. Die G7-Staaten täuschen vor, die SDGs ernst zu nehmen, um ihre eigene Nachhaltigkeit zu betonen, dahinter steht aber kein Wille, diese wirklich umzusetzen. Man könnte sogar soweit gehen, die Umsetzung der SDGs in den G7-Staaten als simulierte Politik nach Blühdorn (2007) zu bezeichnen. Bei dieser werden schädliche Zustände zwar bemerkt und beklagt, aber gleichzeitig beibehalten. Dies kann durch äußere Umstände geschehen, oder auch bewusst zur Beruhigung der Bevölkerung eingesetzt werden. So werden beispielsweise wirtschaftliche Interessen hier über Umweltprobleme gestellt, die zwar benannt, aber nicht behandelt werden.

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene haben die SDGs wesentlich mehr Aufmerksamkeit erlangt als auf staatlicher. Hier gibt es auch in den Staaten, in denen eine staatliche Umsetzung nicht oder nur sehr beschränkt vorhanden ist, eine zivilgesellschaftliche Bewegung zur Umsetzung der SDGs. Das zeigt deutlich die Funktion der SDGs als Strategie zur Bewusstseinsbildung, die von den NGOs vorangetrieben wird.

6.2 Ausblick

Die SDGs sind als langfristige Entwicklungsziele für die ganze Welt vorgesehen. Bei dem derzeit vorgelegten Tempo ist ihre Erreichung in den G7-Staaten bis zum Jahr 2030 nicht wahrscheinlich. Die Staaten haben bis jetzt fünf Jahre gebraucht, um die SDGs mehr oder weniger erfolgreich in ihre Governance zu integrieren. In den verbleibenden zehn Jahren sollte die Implementierung der SDGs mit dem vollen Engagement der Staaten laufen. Die Realität sieht anders aus: Die Vereinigten Staaten verzichten völlig auf eine Beschäftigung mit den SDGs. In Großbritannien sind sie vorwiegend ein Thema der Entwicklungszusammenarbeit. Die anderen fünf Staaten machen symbolische Schritte in die richtige Richtung. Die Tragweite dieser Schritte könnte besser, vor allem aber inhaltsvoller sein. Der Start einer Roadmap in Frankreich oder Kanada ist dafür vielleicht ein Anfang. In Deutschland ist eine gut strukturierte Einbindung der SDGs in die vorhandenen Nachhaltigkeitseinrichtungen vorhanden, deren Durchschlagskraft auf jeden Fall noch gestärkt werden sollte. Aber auch in diesen Staaten ist, wenn auch formalisiert, symbolische Politik zu erkennen. Die SDGs und Nachhaltigkeitsbemühungen greifen nicht in wichtige politische Entscheidungen ein.

Einige Themen der SDGs sind in den letzten Jahren mehr in den Vordergrund gerückt als andere. Seit dem Jahr 2019 werden besonders SDG13 - Klima und SDG7 - Energie forciert. Das beruht allerdings eher auf der aktuellen gesellschaftlichen Dynamik mit ihrem zunehmend dringlicheren Wunsch nach einer Klima- und Energie- wende, als auf der Existenz der SDGs. Diese tragen vor allem dazu bei, die Nachhaltigkeit in politischen Handlungen zu betonen, sind also wieder symbolische Politik. Nachdem die staatliche Implementierung der SDGs anscheinend versagt, bleibt nur das starke zivilgesellschaftliche und lokale Engagement, um die SDGs auf einer anderen Ebene doch noch voranzubringen. Die zahlreichen NGOs, Universitäten, Unternehmen, aber auch viele lokale Regierungen sind diejenigen, die SDGs derzeit vorantreiben.

Während jeder (Wirtschafts-)Krise wird schnell ersichtlich, dass die wirtschaftlichen Agenden immer Vorrang vor sozialen und Umweltagenden haben. So werden die Nachhaltigkeitsziele immer wieder hinten angereiht, und kommen nie wirklich zum Zug, da sie regelmäßig unter dem Vorwand von wirtschaftlichen Notwendigkeiten ausgehebelt werden.

Bis zum Jahr 2030, in dem die Agenda 2030 abgeschlossen sein soll, sind nur mehr 10 Jahre Zeit. Da die ersten fünf Jahre vertrödelt wurden, müssten die Staaten sich

besonders beeilen, um in der verbleibenden Zeit die SDGs noch zu erreichen. Eher wahrscheinlich sind kleinste Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit, die dem jetzigen Tempo entsprechen. Damit rückt die Erfüllung der SDGs in weite Ferne. Einige der Ziele werden wahrscheinlich mehr Beachtung finden als andere. Das beste Beispiel dafür, ist, wie schon genannt SDG 13 – Klima.

Wahrscheinlich ist, dass die SDGs bis zum Jahr 2030 dasselbe Schicksal ereilt wie die MDGs 20 Jahre zuvor. Einige Ziele werden teilweise umgesetzt sein, die meisten jedoch werden unerfüllt in die nächste globale Nachhaltigkeitsstrategie übernommen werden, falls es dann wieder eine geben wird.

In dieser Form haben globale Zielsetzungen wenig Erfolg (Nordbeck und Steurer, 2016). Um das zu ändern gibt es mehrere Möglichkeiten. Die eine ist, die globalen Nachhaltigkeitsstrategien in eine für die Staaten verbindlichere Form, wie beispielsweise internationale Abkommen, umzuwandeln, und eine Nicht-Erfüllung zu sanktionieren. Das wird nicht umsetzbar sein. Eine andere Möglichkeit ist, die globalen Zielsetzungen rein zur Information und Bewusstseinsbildung zu nutzen. Dafür ist vielleicht ein anderer, auf die Staaten konzentriert Rahmen sinnvoller. Eine dritte Möglichkeit wäre, die globalen Zielsetzungen wieder stärker auf einzelne Sektoren aufzuteilen, um so beispielsweise dem Umweltthema mehr Bedeutung zu geben. Es ist jedenfalls offensichtlich, dass globale Zielsetzungen in Zukunft anders angelegt werden müssen, um Erfolg zu haben.

7 Literatur

Aachener Stiftung Kathy Beys (2015): Lexikon der Nachhaltigkeit.

https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/weltgipfel_rio_de_janeiro_1992_539.htm

ausgehoben am 19.02.2019

Benson Wahlén, Catherine (2019): Japan Presents SDG Action Plan at G20 Meetings. <https://sdg.iisd.org/news/japan-presents-sdg-action-plan-at-g20-meetings/>

(ausgehoben am 29.05.2020)

Biermann, Frank, Norichika Kanie, Rakhyun E Kim (2017): Global governance by goal-setting: the novel approach of the UN Sustainable Development Goals. Science Direct. 2017.

Brimont, Laura (2017): Implementation of the SDGs: Where does France stand? Agence Française de Développement.

[https://ideas4development.org/en/implementation-sdgs-](https://ideas4development.org/en/implementation-sdgs-france/)

[france/https://ideas4development.org/en/implementation-sdgs-france/](https://ideas4development.org/en/implementation-sdgs-france/) (ausgehoben am 21.11.2018)

Bernstein, Steven (2017): The United Nations and the Governance of Sustainable Development Goals. In: Kanie, N., F. Biermann (2017): Governing through Goals. The MIT Press. Cambridge.

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2018): eNAP – eNachhaltigkeitsprüfung. <https://www.enap.bund.de/intro> (ausgehoben am 03.05.2018)

Bundesministerium Europa, Integration und Äußeres (2019): Sustainable Development Goals (SDGs [https://www.bmeia.gv.at/das-](https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/aktuelles/sustainable-development-goals-sdg/)

[ministerium/aktuelles/sustainable-development-goals-sdg/](https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/aktuelles/sustainable-development-goals-sdg/) (ausgehoben am 09.09.2020)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2015): G7 Elmau Fortschrittsbericht. Biodiversität – Lebenswichtig für nachhaltige Entwicklung. Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2019): Die Rio-Konferenz 1992.

http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/historie/rio_plus20/umweltgipfel/index.html (ausgehoben am 09.09.2020)

- Cabinet Office Japan (2018): Framework for `STI for SDGs Roadmap` - Case in Japan. http://www8.cao.go.jp/cstp/english/egm_presentation.pdf (ausgehoben am 14.11.2018).
- Casado-Asensio, Juan, Reinhard Steurer (2013): Integrated strategies on sustainable development, climate change mitigation and adaptation in Western Europe: communication rather than coordination. In: Journal of Public Policy (2014), 34:3, 437–473 & Cambridge University Press, 2013 doi:10.1017/S0143814X13000287.
- Center for Open Data Enterprise, Global Partnership for Sustainable Development Data (2017): U.S. SDG Data Revolution Roadmap - Roundtable Report. JANUARY 2017. Washington. <http://reports.opendataenterprise.org/us-sdg-report.pdf> (ausgehoben am 28.11.18)
- Council of the EU (2018): The Charlevoix G7 Summit Communiqué. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/06/09/the-charlevoix-g7-summit-communique/#> (ausgehoben am 11.12.2019)
- DEFRA (2011): Mainstreaming sustainable development – The Government’s vision and what this means in practice. https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/183409/mainstreaming-sustainable-development.pdf (ausgehoben am 03.07.2019)
- Die Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016. Eversfrank Berlin GmbH. Berlin.
- Die Bundesregierung (2018): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Konsultationspapier zur Aktualisierung der Strategie 2018. Berlin.
- Die Bundesregierung, (2018a): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018. Berlin.
- Division for Sustainable Development Goals (2017): Japan’s efforts towards achieving the SDGs through PPAP, Public Private Action for Partnership. In Voluntary National Review 2017. <https://sustainabledevelopment.un.org/memberstates/japan> (ausgehoben am 5.11.2018)
- Division for Sustainable Development Goals (2019): Voluntary National Reviews Database. <https://sustainabledevelopment.un.org/vnrs/> (ausgehoben am 18.03.2019)

- Division for Sustainable Development Goals (2019a): High-Level Political Forum on Sustainable Development. <https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf> (ausgehoben am 19.03.2019)
- Environment and Climate Change Canada (2016): Achieving a sustainable Future. A federal sustainable development strategy for Canada 2016-2019. <http://fsds-sfdd.ca/index.html#/en/goals/> (ausgehoben am 10.07.2019)
- Environment and Climate Change Canada (2019): Achieving a Sustainable Future. A federal sustainable development strategy for Canada 2019 to 2022. <http://fsds-sfdd.ca/index.html#/en/goals/> (ausgehoben am 04.09.2019)
- ESDN (2012): Single Country Profile, United Kingdom. <https://www.sd-net-work.eu/?k=country%20profiles&s=single%20country%20profile&country=United%20Kingdom> (ausgehoben am 14.06.2019)
- ESDN (2017): Single Country Profile, France. <https://www.sd-net-work.eu/?k=country%20profiles&s=single%20country%20profile&country=France> (ausgehoben am 13.05.2019)
- ESDN (2017a): Single Country Profile, Italy. <https://www.sd-network.eu/?k=country%20profiles&s=single%20country%20profile&country=Italy> (ausgehoben am 07.12.2018)
- ESDN (2019): Single Country Profile, Germany. <https://www.sd-net-work.eu/?k=country%20profiles&s=single%20country%20profile&country=Germany> (ausgehoben am 09.04.2019)
- European Commission (2016): Next steps for a sustainable European future. European action for sustainability. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. COM(2016) 739 final. Strasbourg.
- European Commission (2018): Homepage: Environment, http://ec.europa.eu/environment/sustainable-development/SDGs/index_en.htm (ausgehoben am 10.04.2018).
- European Commission (2019): Homepage: International Cooperation and Development. https://ec.europa.eu/europeaid/policies/european-development-policy/2030-agenda-sustainable-development_en (ausgehoben am 04.03.2019)

- Eurostat (2017): Sustainable development in the European Union. Monitoring Report on Progress towards the SDGs in an EU Context. 2017 edition. Imprimerie Centrale. Luxembourg.
- Federal Register (1999): President's Council on Sustainable Development. <https://www.federalregister.gov/agencies/president-s-council-on-sustainable-development> (ausgehoben am 6.8.2020)
- France Diplomatie (2017): <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/development-assistance/the-international-development-agenda/article/2030-agenda-for-sustainable-development-how-is-france-doing-may-2017> (ausgehoben am 21.11.2018)
- G7 Task Force for the Italian Presidency 2017 (2017): Taormina Progress Report. Investing in Education for Mutual Prosperity, Peace and Development. Rome.
- Government of Canada (2018): Achieving a Sustainable Future. Draft Federal Sustainable Development Strategy for Canada 2019 to 2022. http://fsds-sfdd.ca/downloads/Draft_FSDS_2019-2022.pdf (ausgehoben am 16.01.2019)
- Hege, Elizabeth, J. Vaille, D. Demailly, L. Brimont (2017): IDDRI Policy Brief N°5/2017 March 2017. Will France pass the Sustainable Development Goals (SDGs) test? An assessment of the new targets and challenges that SDGs will bring to France. https://www.iddri.org/sites/default/files/import/publications/pb0517en_eh-et-al._sdgs-fr.pdf (ausgehoben am 09.05.2019)
- Hege, Elizabeth (2019): Roadmap for the implementation of the SDGs in France: progress report. <https://www.iddri.org/en/publications-and-events/blog-post/roadmap-implementation-sdgs-france-progress-report> (ausgehoben am 27.05.2020)
- HM Government (2005): Securing the future - delivering UK sustainable development strategy. The UK Government Sustainable Development Strategy.
- HM Government (2019): Voluntary National Review of progress towards the Sustainable Development Goals. 2019. <https://www.gov.uk/government/publications/uks-voluntary-national-review-of-the-sustainable-development-goals> (ausgehoben am 30.07.2020)
- House of Commons Library (2016): Implementation of the Sustainable Development Goals. Debate Pack. 2016

- House of Commons Environmental Audit Committee (2017): Sustainable Development Goals in the UK: Government Response to the Committee's Ninth Report of Session 2016–17. 2017.
- Italian Ministry for the Environment Land and Sea (2017): Italy and the Agenda 2030 at a glance. Rome.
http://www.minambiente.it/sites/default/files/archivio/allegati/sviluppo_sostenibile/Italy_in_a_glance_VNR.pdf (ausgehoben am 30.11.2018)
- Japanische Regierung (2016): Ise-Shima Progress Report. G7 accountability on development and development-related commitments. Tokyo.
- Ministère de l'Écologie, du Développement durable et de l'Énergie (2015): La stratégie nationale de transition écologique vers un développement durable 2015-2020. <https://www.ecologique-solidaire.gouv.fr/strategie-nationale-transition-ecologique-vers-developpement-durable-2015-2020> (ausgehoben am 13.05.2019)
- Ministère de la Transition écologique et solidaire (2018): Le point d'étape de la France dans la mise en oeuvre des objectifs de développement durable - Juillet 2018. <https://www.ecologique-solidaire.gouv.fr/ODD> (ausgehoben am 9.5.2019)
- Ministry of Foreign Affairs Japan (2017): JAPAN - The SDGs Implementation Guiding Principles. 2017.
- Ministry of the Environment Japan (1993): The Basic Environment Law Law No.91 of 1993. <https://www.env.go.jp/en/laws/policy/basic/index.html> (ausgehoben am 05.06.2019)
- Morita, Kanako, Mahesti, Okitasari, Hiromi, Masuda (2019): Analysis of national and local governance systems to achieve the sustainable development goals: case studies of Japan and Indonesia. Springer.
<https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s11625-019-00739-z.pdf> (ausgehoben am 29.05.2020)
- Nordbeck, Ralf, Reinhard, Steurer (2016): Multi-sectoral strategies as dead ends of policy integration: Lessons to be learned from sustainable development. In: Environment and Planning C: Government and Policy 2016, volume 34, pages 737 – 755.
- NYC Mayor's Office for International Affairs (2019): Global Vision – Urban Action. Voluntary Local Review. New York City's Implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development. New York.

Office for National Statistics (2019): Sustainable Development Goals in the UK: progress on monitoring and reporting data: November 2019.

<https://www.ons.gov.uk/economy/environmentalaccounts/articles/sustainabledevelopmentgoalstakingstockprogressandpossibilities/november2019> (ausgehoben am 09.06.2020)

Office of the Auditor General of Canada (2018): Report 2—Canada’s Preparedness to Implement the United Nations’ Sustainable Development Goals.

http://www.oag-bvg.gc.ca/internet/English/att_e_43001.html (ausgehoben am 16.01.2019)

President of the General Assembly (2013): “The post-2015 development agenda: setting the stage!”, New York.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2019).

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/wir-haben-die-strategie-aktualisiert-1124112> (ausgehoben am 03.05.2019)

Prime Minister of Japan and his Cabinet (2018): Sustainable Development Goals (SDGs) Promotion Headquarters.

https://japan.kantei.go.jp/98_abe/actions/201806/_00038.html (ausgehoben am 16.01.2019)

Rat für Nachhaltige Entwicklung (2018): The 2018 Peer Review on the German Sustainability Strategy. <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-con->

tent/uploads/2018/05/2018_Peer_Review_of_German_Sustainability_Strategy_BITV.pdf (ausgehoben am 21.07.2020)

Rayner, J., M. Howlett (2009): Introduction: Understanding integrated policy strategies and their evolution. In: Policy and Society 28 (2009) 99-109. Science Direct. Elsevier.

Republique Francaise (2016): Report of the Implementation by France of the Sustainable Development Goals on the occasion of France’s national voluntary review to the United Nation High-Level Political Forum on Sustainable Development July 2016 – New York.

Research Italy (2017): 2017 Sustainable Development Festival

<https://www.researchitaly.it/en/events/2017-sustainable-development-festival/> (ausgehoben am 07.12.2018)

- Sachs, J., Schmidt-Traub, G., Kroll, C., Lafortune, G., Fuller, G. (2018): SDG Index and Dashboards Report 2018. New York: Bertelsmann Stiftung and Sustainable Development Solutions Network (SDSN) <https://dashboards.sdindex.org/> (ausgehoben am 25.09.2019).
- Sachs, J., Schmidt-Traub, G., Kroll, C., Lafortune, G., Fuller, G. (2019): Sustainable Development Report 2019. New York: Bertelsmann Stiftung and Sustainable Development Solutions Network (SDSN). <https://dashboards.sdindex.org/> (ausgehoben am 18.09.2019)
- Sanchez, Julia, S. Vaughan (2018): Time for Canada to Act on the Sustainable Development Goals. IISD. <http://sdg.iisd.org/commentary/guest-articles/time-for-canada-to-act-on-the-sustainable-development-goals/> (ausgehoben am 09.01.2018)
- SDSN (2019): The 2019 US Cities Sustainable Development Report. New York. <http://unsdsn.org/news/2019/07/08/sdsn-usa-launches-2019-u-s-cities-sustainable-development-report/> (ausgehoben am 12.09.2019).
- Spangenberg, Joachim H. (2017): Hot Air or Comprehensive Progress? A Critical Assessment of the SDGs. Sustainable Development. Sust. Dev. 25, 311–321 (2017). Published online 17 October 2016 in Wiley Online Library (wileyonlinelibrary.com) DOI: 10.1002/sd.1657.
- Spindler, Edmund A. (2011): Geschichte der Nachhaltigkeit - Vom Werden und Wirken eines beliebten Begriffes. <https://www.nachhaltigkeit.info/media/1326279587phpeJPyvC.pdf> (ausgehoben am 11.12.2019)
- Statistisches Bundesamt (2017): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2016
- Steurer, Reinhard, André Martinuzzi (2005): Towards a new pattern of strategy formation in the public sector: first experiences with national strategies for sustainable development in Europe, In: Environment and Planning C: Government and Policy 2005, volume 23, pages 455 – 472.
- Sustainable Development Office Environment Canada (2010): Planning for a sustainable future: a federal sustainable development strategy for Canada. <http://fsds-sfdd.ca/index.html#/en/goals/> (ausgehoben am 10.07.2019)

- Sustainable Development Office Environment Canada (2013): Planning for a Sustainable future: a federal Sustainable Development Strategy for Canada, 2013–2016. <http://fsds-sfdd.ca/index.html#/en/goals/> (ausgehoben am 10.07.2019)
- Sustainable Development Goals Unit (2019): TOWARDS Canada's 2030 Agenda National Strategy. Employment and Development Unit Canada. Gatineau. <https://www.canada.ca/en/employment-social-development/programs/agenda-2030/national-strategy.html> (ausgehoben am 19.08.2019)
- The White House (2015): Remarks by the President on Sustainable Development Goals. <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2015/09/27/remarks-president-sustainable-development-goals> (ausgehoben am 27.08.2020)
- UKSSD (2018): Measuring up - How the UK is performing on the UN Sustainable Development Goals.
- UKSSD (2019): SDG Scorecard – The UK Voluntary National Review <https://www.ukssd.co.uk/vnr-scorecard> (ausgehoben am 6.8.2020)
- UN (2018): Communications Materials <http://www.un.org/sustainabledevelopment/news/communications-material/>
- UNCED (1992): Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung. Rio de Janeiro. <https://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf> (ausgehoben am 02.04.2019)
- United Nations General Assembly (2015): Resolution adopted by the General Assembly on 25 September 2015. Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (2015): Addis Ababa Action Agenda of the Third International Conference on Financing for Development. New York.
- United Nations Department of Economic und Social Affairs, 2019: Sustainable Development Knowledge Platform. Open Working Group on Sustainable Development Goals. <https://sustainabledevelopment.un.org/owg.html> (Ausgehoben am 01.03.2019)
- United Nations High Level Forum for Sustainable Development (2018): Handbook for the preparation of Voluntary National Reviews. <https://sustainabledevelopment.un.org/vnrs/> (ausgehoben am 10.04.2018)

USDA (2019): Director and Council.

<https://www.usda.gov/oce/sustainable/director.htm> (ausgehoben am 18.09.2019)

US. National Statistics (2019): U.S. National Statistics for the U.N. Sustainable Development Goals. <https://sdg.data.gov> (ausgehoben am 12.09.2019).

Yin, Robert K., 1994: Case Study Research. Design and Methods. Second Edition. Sage Publications.

Youtube (2018): PPAP (Public-Private-Action-for-Partnership) × SDGs
<https://www.youtube.com/watch?v=ROHij1DCFMY>